

D7426E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.5/Mai 1984

DM 2.50

**Kein
Frieden
im
Süden
Afrikas**



Guatemala-Sonderteil
El Salvador
Libanon

Inhalt

Aktueller Kommentar	
Die Verminung Mittelamerikas	3
Südliches Afrika	
Kein Frieden im südlichen Afrika	4
Abkommen Moçambique-Südafrika	6
ANC: Kein Kompromiß mit dem Apartheidregime	8
Bonner Positionen zum südlichen Afrika	9
Gemeinsame Erklärung Angolas und Kubas	10
Oliver Tambo: Wir müssen unsere Position verteidigen	11
Libanon	
Neuordnung der Widersprüche	12
Kommuniqué der Lausanner Konferenz	14
Grenada	
Bericht einer britischen Untersuchungskommission	15
US-Geheimplan	16
Sonderteil GUATEMALA	17
El Salvador	
Erklärung der FMLN/FDR zu den Wahlen	42
J. Villalobos: Ein Tag mehr im Krieg	43
Bericht einer Beobachterdelegation	44
USA	
Was ist der militärisch-industrielle Komplex?	45
Rezension	
Bücher zum Waffenhandel	51
Lesermeinungen, Standpunkte	52
Infodienst zur Solidarität	53
Kurzinformationen	
Uruguay, Kolumbien, Chile, Türkei, Vietnam-China, Guinea, Bangladesh, Irak-Iran	54



Südliches Afrika

S. 4

Als „Wind des Friedens“ priesen westliche Beobachter den Nichtangriffsvertrag Moçambique-Südafrika. Samora Machel betrachtet ihn als Atempause. Die Befreiungsbewegung ANC sieht in ihm keinen Schritt zum Frieden. Angola will sein Abkommen mit Pretoria von einem Nichtangriffsvertrag unterschieden wissen. Wir dokumentieren und zeigen Hintergründe auf.

Guatemala-Sonderteil

S. 17

A. Mertes (CDU), Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, will in Guatemala einen bemerkenswerten Demokratisierungsprozeß erspäht haben. Unser Guatemala-Sonderteil vermag dies nicht zu bestätigen. Die Generalsdiktatur bleibt extrem repressiv, ohne den Volkswiderstand und die Guerilla ausschalten zu können.

Wir beleuchten die verschiedenen Seiten von Krise und Befreiungskampf in Guatemala.

El Salvador

S. 42

Neues Wahlspektakel, neue Farce. Auf diese Kurzformel könnte man die erste Runde der salvadorianischen Präsidentschaftswahlen vom 25. März d.J. bringen. Wir stellen die Einschätzungen der salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR und einer bundesdeutschen unabhängigen Beobachtergruppe vor.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechtild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: P. Bergmann, U. Kampmann, U. Nettelbeck, W. Paulus

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Redaktionsschluß: 14. 4. 1984

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,— DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Guatemala Infostelle, Argument, Öko Päd, Grenada-Nachrichten, Forum, Volksuni, Roederberg Verlag, Horizont, AG Spak, Brigada Carlos Fonseca, Weltkreis Verlag, Solidaritätshop 3. Welt.

Aktueller Kommentar: Die Verminung Mittelamerikas

Ronald Reagan ist nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen.

Bereits im November letzten Jahres konnte die Verurteilung der Grenada-Invasion durch die UN-Vollversammlung sein „Frühstück in keinsten Weise stören“. Genauso wenig berührte ihn jetzt die Forderung des von seiner Republikanischen Partei kontrollierten Senats, keine Finanzmittel für die Verminung von nikaraguanischen Häfen zu benutzen: „Wenn sie nicht bindend ist, kann ich damit leben.“

Andernfalls umgeht der US-Präsident den Kongreß. Am 13. April d.J. ordnete er die sofortige Lieferung von Waffen an El Salvador an, da ein entsprechender Beschluß des Kongresses auf sich warten ließ.

„Grenadero I“

Trotz UN-Beschlüssen, Protesten des US-Parlaments und der Verbündeten geht dieser US-Präsident, umgeben von anderen Vollzugsgehilfen der Rüstungsindustrie, seinen Weg: die schrittweise Auslösung eines Krieges gegen Nicaragua und die Befreiungsbewegung El Salvadors.

Am US-Kongreß vorbei wird Honduras hinter dem Rauchvorhang von Militärmanövern mit Stützpunkten für bereits 1.750 dort stationierte Marines und Rangers übersät. Die militärischen Übungen, die ohnehin nicht der Zustimmung des Kongresses bedürfen, gehen unterdessen weiter.

Am 1. April d.J. begannen die Manöver „Grenadero I“ an denen sich u.a. Truppen der 82. Luftlandedivision beteiligen, die bereits an der Grenada-Invasion beteiligt waren. Sie dienen u.a. dazu, an der Grenze zu El Salvador und Nicaragua zwei Flugpisten anzulegen.

An den „Ocean Venture '84“-Manövern in der Karibik beteiligen sich ab dem 20. April 30.000 US-Soldaten.

Die direkte Beteiligung der USA am Krieg in Mittelamerika ist kein Geheimnis mehr. Sie wird schleichend ausgeweitet, um die Öffentlichkeit daran zu gewöhnen und um den Kongreß vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Regelmäßig halten US-Spionageflugzeuge aus Honduras und der Panamakanalzone Ausschau nach salvadorianischen Guerilleros. US-Piloten sind selbst an Bombenangriffen in El Salvador beteiligt. Der Aufbau und die Steuerung der nikaraguanischen „Contras“ durch den CIA ist schon lange ein offenes Geheimnis.

Doch bisher leugnete die Reagan-Admi-

nistration eine direkte Beteiligung an ihren Sabotageaktionen. Sie stellte die „Contras“ als „Freiheitskämpfer“ dar, die Waffentransporte an die Befreiungsfront in El Salvador verhindern und die Sandinistas zu Zugeständnissen zwingen sollen.

Mit dieser Argumentation erreichte Reagan bisher die Bewilligung von 64 Mio Dollar für die antisandinistischen Söldner und ihr Anwachsen von ursprünglich 500 auf heute 18.000 Mann. Erst das offizielle Eingeständnis, daß der CIA direkt an der Verminung nikaraguanischer Häfen beteiligt ist und der US-Präsident im Februar d.J. dazu seine schriftliche Einwilligung gab, löste in den USA Empörung aus.

Selbst bedingungslose Unterstützer Reagan'scher Mittelamerikapolitik wie die Senatoren Daniel P. Moynihan und Barry Goldwater zeigten sich verärgert. Goldwater bemängelte in einem Brief an den CIA-Direktor William S. Casey, daß er als Vorsitzender des Geheimdienstausschusses über die Verminung nicht informiert wurde: „Dies ist eine Handlung, die das internationale Recht verletzt. Dies ist eine Kriegshandlung.“

Die sonst um Ausgewogenheit bemühten Contadora-Staaten (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama) kritisierten die Verminung und die neuerlichen Manöver in Honduras. Kanada, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Spanien und sogar die Regierung Thatcher intervenierten bei der Reagan-Administration. Frankreich bot sich gar an, bei der Räumung der Minen behilflich zu sein.

Trotz alledem macht die Reagan-Administration weiter wie gehabt. Kaum war ihre Beteiligung an der Verminung bekannt gemacht, eröffneten die 8.000 „Contras“ eine neue Offensive gegen Nicaragua. Das Veto Washingtons im UN-Sicherheitsrat gegen eine Verurteilung der Verminung und die Ablehnung aller Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, den Nicaragua eingeschaltet hatte, machen erneut deutlich, daß man sich herzlich wenig um das Völkerrecht schert.

„Das legalistische Herangehen an internationale Angelegenheiten“, so die UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, sei unangebracht, um mit der „Realität der kommunistischen Aggression und Subversion“ umzugehen.

Auch heute sind die internationalen Proteste nicht mehr als ein Sturm im Wasserglas. So hatte Frankreich seine Hilfe bei der Minenräumung von der Beteiligung anderer westeuropäischer Staaten abhängig gemacht — die natürlich ausblieb.

Und Bonn stellt sich als einziges europäisches Land voll hinter die USA.

Werner Marx (CDU), Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, kritisierte mit ähnlichen Worten wie J. Kirkpatrick die Schelte der westlichen Regierungen. Er bemängelte, daß sie bei der Beurteilung der Lage die Interessen der USA nicht berücksichtigen würden. Marx rechtfertigte die Verminung damit, daß über nikaraguanische Häfen Waffen nach El Salvador verschifft würden und die Minen nicht dazu dienten, Schiffe zu versenken.

Die kriegerischen Handlungen Washingtons finden auf dem Hintergrund einer für die Interventen zusehends ungünstigeren Lage in der Region statt. Guatemala und Kostarika stehen einer offenen US-Aggression immer ablehnender gegenüber.

Die Absetzung des Oberbefehlshabers der honduranischen Armee Gustavo Alvarez Anfang April d.J. hat neue Hoffnungen auf eine friedlichere Außenpolitik Honduras' geweckt. Das Wahldebakel in El Salvador und der Stärkezuwachs der Guerilla hat die Position des salvadorianischen Regimes nicht gerade gestärkt.

Doch Reagan steht angesichts des Vormarsches der FMLN und der Wahlen in Nicaragua unter Zeitdruck. Entweder es gelingt, die sandinistische Regierung vor den Wahlen zu stürzen bzw. diese zu verhindern, oder Washington hat es am 4. November 1984 mit einer gewählten Regierung zu tun.

Die Sandinistas verlassen sich jedenfalls nicht auf das Wohlwollen der Weltöffentlichkeit. Sie haben alle Staaten aufgefordert, „das nikaraguanische Volk mit den technischen und militärischen Mitteln zu versorgen, die notwendig sind, um sich gegen den staatlichen Terrorismus, der von der US-Regierung gegen das Volk und die Regierung Nikaraguas losgelassen wurde, zu verteidigen“. Ein Einmarsch von US-Truppen in El Salvador oder Nicaragua könnte Mittelamerika in ein riesiges Minenfeld verwandeln — aus dem sie ungeschoren nicht mehr herauskommen.

Nico Biver



Rainer Falk

Kein Frieden im Südlichen Afrika

Noch zur Jahreswende 1983/84 unternahm Südafrika mit der „Operation Askari“ seine größte Militäraktion gegen Angola seit der Invasion von 1975/76. Bis zu 250 km drangen Armee-Einheiten Pretorias auf angolanisches Gebiet vor. Jetzt, ein gutes Vierteljahr später, schwärmen westliche Beobachter vom „Wind des Friedens und der Veränderung“, der den südlichen Teil des Kontinents durchwehe. Das Disengagementabkommen mit Angola von Mitte Februar und das Nkomati-Abkommen über „Nichtangriff und gute Nachbarschaft“ mit Moçambique vom 16. März d.J. gelten als Beweise für eine „neue“ südafrikanische Friedenspolitik, tatkräftig unterstützt und inspiriert durch das „konstruktive Engagement“ der Reagan-Administration.

Konfliktursachen unberührt

Doch die diplomatischen Arrangements sind von geringer Stabilität und lassen die eigentlichen Ursachen des Konflikts im Südlichen Afrika unberührt.

Solange es keine „klar ausgehandelte Lösung (der Namibiafrage; d. Verf.) gibt,“ machte Sam Nujoma, Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), klar, „wird das Volk von Namibia seinen Widerstand fortsetzen, bis die vollständige Freiheit für unser Land errungen ist“¹.

Und Dr. Allan Boesak, Präsident des Weltrates der Reformierten Kirchen und Mitbegründer der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) in Südafrika, sagt: „Wie viele Verträge auch unterzeichnet werden mögen, wir werden den Kampf für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit nicht aufgeben – der letzte (und entscheidende) Vertragsabschluß muß mit uns erfolgen.“²

Als gelte es, genau dies zu unterstreichen, griff eine Einheit des Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation), der bewaffnete Arm der südafrikanischen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC), eine knappe Woche vor der pompösen Vertragsunterzeichnung am Nkomati-Fluß eines der größten südafrikanischen Treibstoffdepots in Ermelo, nahe der Grenze zu Swazi-

land, an. Die Rauchsäulen über Ermelo demonstrieren ebenso wie verstärkte Kämpfe zwischen der südafrikanischen Armee und SWAPO-Guerilleros in Nordnamibia, daß „die Rechnung“ nicht ohne den Faktor „Befreiungsbewegungen“ gemacht werden kann.

Gleichwohl wäre es naiv zu übersehen, daß sich die Bedingungen des Befreiungskampfs im Südlichen Afrika durch die erfolgreiche Vertragspolitik Pretorias zumindest vorübergehend verschlechtert haben. Im Nkomati-Abkommen (siehe Kasten) mußte sich Moçambique verpflichten, die Durchreisemöglichkeiten für ANC-Mitglieder durch sein Territorium zu unterbinden. Zwar hält Moçambique seine prinzipielle Position der politischen und moralischen Solidarität mit dem ANC aufrecht. Flüchtlinge aus Südafrika erhalten in Moçambique weiterhin Asyl und der ANC diplomatischen Status in Maputo.

Auch jene Vertragsklauseln, die eine Duldung südafrikafeindlicher Militärbasen auf moçambiquanischem Territorium untersagen, sind von geringer praktischer Bedeutung, da der ANC auch bisher über derartige Basen nicht verfügt hat. Aber die allgemeinen Bewegungsmöglichkeiten des ANC, „um in unser eigenes Land zu gelangen“, werden dennoch eingeschränkt – „ein vorübergehendes Problem“, so ANC-Präsident Oliver Tambo, „das überwunden werden kann“ und das „wir auch schon in der Vergangenheit gehabt“ haben³.

„Friedliche Koexistenz“

Schwerer wiegt da, daß die FRELIMO-Regierung dem Rassistenregime in Pretoria implizit ein Maß an Anerkennung seiner völkerrechtlichen Legitimität zugestehen mußte, das ihm die schwarzafrikanischen Staaten bislang stets versagt haben.

„Solche Übereinkommen, abgeschlossen mit einem Regime, das weder das moralische noch das juristische Recht hat, unser Land zu regieren,“ heißt es treffend in einer am Tage der Vertragsunterzeichnung von Nkomati herausgegebenen Stellungnahme des ANC (siehe Kasten), „können nur zur Verfestigung der un-

rechtmäßigen Herrschaft der weißen Siedlerminderheit in Südafrika beitragen.“

So liegt klar auf der Hand, daß das Botha-Regime den Vertrag von Nkomati nutzen wird, um seine internationale Isolierung zu durchbrechen – auch wenn Moçambique seine politische Gegnerschaft zum Apartheidsystem weiterhin öffentlich und ernsthaft erklärt.

Eine „friedliche Koexistenz“ zwischen einem unabhängigen Land wie Moçambique, das sich den Prinzipien des Antirassismus, der Rassengleichheit und der internationalen Solidarität verbunden fühlt, und dem Apartheidstaat, auf den wegen seiner inneren Verfassung und seiner systembedingten Aggressivität nach außen alle Kriterien völkerrechtlicher Ächtung zutreffen, kann es auf Dauer nicht geben. Gerade deshalb aber wird es sich in Zukunft erst erweisen müssen, ob der von Maputo mit dem Nkomati-Abkommen beabsichtigte „Modus vivendi“ (so Präsident Samora Machel) dem Land die erhoffte Atempause auch tatsächlich verschaffen wird.

Immerhin gestand Südafrika im Gegenzug die Einstellung seiner Unterstützung für den Nationalen Moçambiquanischen Widerstand (RNM) zu, jene Terrororganisation, die als Instrument südafrikanischer Destabilisierungspolitik in den vergangenen Jahren vorzugsweise Objekte des wirtschaftlichen Aufbaus sabotiert und die Landbevölkerung massakriert hatte.

Noch am selben Tag, als das Abkommen unterzeichnet wurde, unterband Pretoria die Tätigkeit des in der Provinz Transvaal stationierten Rundfunksenders der RNM. Die RNM ihrerseits verkündet großspurig, daß sie über genügend Waffen verfüge, um sich noch mindestens zwei weitere Jahre am Leben zu erhalten.

Und es gehört keine große Sehergabe dazu, um vorherzusagen, daß Südafrika eine künftige Verstärkung der bewaffneten Widerstandstätigkeit des ANC als Vertragsverletzung Maputos interpretieren und erneut mit seiner Trumpfkarte RNM drohen wird.

Die grundsätzliche Instabilität des Nkomati-Abkommens rührt nicht zuletzt aus dem Umstand, daß es Moçambique aus

einer Zwangslage heraus geschlossen hat, in die es durch Südafrikas jahrelangen unerklärten Krieg, durch eine Hochwasserkatastrophe 1977/78 und die darauffolgende schwerste Dürre seit 200 Jahren gebracht worden war.

Seit seiner Unabhängigkeit — so bilanzierte die Regierung vor kurzem anlässlich des Antrags auf Umschuldung seiner 1,4 Mrd Dollar Auslandsschuld bei westlichen Geberländern und -institutionen — hat das Land unverschuldet wirtschaftliche Schäden in Höhe von 5,6 Mrd Dollar erlitten.

Der größte Teil davon, nämlich 3,6 Mrd Dollar, ist durch den unerklärten Krieg Pretorias verursacht worden. Die militärischen Überfälle durch die südafrikanische Armee und die Sabotageaktivität der RNM in den Jahren 1982/83 kosteten Moçambique mindestens 333 Mio Dollar — etwa genau so viel wie die gesamten Exporteinnahmen im selben Zeitraum gebracht haben.

Und wer immer noch meint, wirtschaftliche Sanktionen seien eine ineffektive, stumpfe Waffe, dem gibt die von Südafrika gegen Moçambique verfolgte Boykottstrategie ein Lehrbeispiel, das das Gegenteil beweist. Durch gezieltes Ansetzen an den Schwachstellen der von kolonialer Deformation und Verflechtung gekennzeichneten Ökonomie Moçambiques brachte Pretoria das Land an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs: Insgesamt über 3,4 Mrd Dollar kostete Moçambique der Rückgang des südafrikanischen Handelstransports über Maputo, die bewußte Verringerung der moçambiquanischen Wanderarbeiter in den südafrikanischen Minen und die von Südafrika einseitig verfügte Aufhebung der „Goldklausel“⁴.

Auch die Mitte Februar 1984 zwischen Angola und Südafrika in Lusaka geschlossene Übereinkunft ist zum Teil vor diesem Hintergrund zu sehen. Obwohl das Land immerhin Kriegsschäden von rund 10 Mrd Dollar zu beklagen hat, wiegt dieser Faktor freilich nicht ganz so schwer wie im Falle Moçambiques. Denn Angolas Spielraum ist aufgrund seiner reichen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen (Öl, das in Kooperation mit dem US-amerikanischen Multi Gulf Oil gefördert wird!) immer noch größer. Und das, obwohl Südafrikas unerklärter Krieg gegen den nördlichen Nachbarn Namibias die höchste Eskalationsstufe erreicht hatte.

In der Lusaka-Übereinkunft, in der die Bildung eines gemeinsamen Komitees zur Überwachung des Waffenstillstands an der namibisch-angolanischen Grenze vorgesehen ist, hat Luanda den Abzug der südafrikanischen Armee aus dem seit 1981 besetzten Südteil des Landes durchgesetzt.

Für einen formellen Nichtangriffspakt oder ein Sicherheitsabkommen mit Südafrika hingegen sieht die MPLA-Regierung keinen Anlaß, da die Sicherheit der angolanisch-namibischen Grenze „eine Angelegenheit der Verständigung zwischen der Regierung Angolas und der zukünftigen unabhängigen Regierung Namibias“ sei⁵.

Nur im Zusammenhang mit einer umfassenden Regelung der Namibiafrage läßt sich nach angolanischer Auffassung der jetzt erreichte, begrenzte Fortschritt stabilisieren. Das „Disengagement“ wird folglich so lange als „brüchig“ angesehen, so lange Südafrika nicht parallel dazu die UN-Sicherheitsratsresolution 435 von 1978 (Wortlaut in: AIB

10/1981, S.8) akzeptiert und seine logistische und militärische Unterstützung für die in Angola operierende UNITA einstellt⁶.

Diese Bedingungen haben der angolische Staatspräsident José Eduardo dos Santos und der kubanische Regierungschef Fidel Castro am 19. März 1984 in einer gemeinsamen Erklärung in Havanna (siehe Kasten) erneut bekräftigt — gleichsam auch als unverzichtbare Voraussetzung für einen Abzug der kubanischen Unterstützungsgruppen aus Angola.

Spätestens an diesem Punkt stellt sich die Frage nach den Motiven und Zielen, die die Regierung Botha zu ihrer „neuen“ Vertragspolitik veranlaßt haben.

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß es sich bei dem jüngsten taktischen Schwenk um keine neue Strategie handelt, vielmehr um eine Art Wiederanknüpfung an die „Détente“-Politik Südafrikas von Mitte der 70er Jahre, für deren Verwirklichung sich Pretoria unter den gegenwärtigen Bedingungen mehr Chancen ausrechnet.

Schon damals hatte der inzwischen abgelöste südafrikanische Premierminister Vorster unter dem Eindruck der siegreichen Befreiungskämpfe in den portugiesischen Kolonien eine Ära der „Entspannung“ für das Südliche Afrika verkündet. Ziel dieser durch eine rege Pendediplomatie des damaligen US-Außenministers Henry Kissinger unterstützten Politik war es, die Machtergreifung durch revolutionäre Befreiungsbewegungen in den Nachbarstaaten zu verhindern.

Durch ein Netz von Verträgen mit „gemäßigten“ Regierungen sollte ein „cordon sanitaire“ (Sicherheitsring; d. Red.) um das weiße Südafrika herum geschaffen werden, der es abschirmt von der Ausstrahlung des unabhängigen Afrika und den Befreiungskampf von seinen Grenzen fernhält. Auch später noch hat Pretoria Versuche in diese Richtung unternommen.

Bekanntlich jedoch blieb dieser Politik der Erfolg versagt. Außer den Pretoria ohnehin mit Haut und Haaren ausgelieferten Bantustan-„Regierungen“ fand sich — wie erst jetzt bekannt wurde — lediglich Swasiland (am 17. Februar 1982) zur Unterzeichnung eines Sicherheitsabkommens mit Südafrika bereit. Auf das Scheitern seiner „Détente“-Politik reagierte Pretoria mit der bekannten Eskalation seiner Destabilisierung und seines unerklärten Krieges gegen die Länder der Region. Trotz des kaum zu ermessenden Schadens, den Pretoria seinen Nachbarländern auf dieser Weise zufügte, führte jedoch das Setzen auf militärische Eskalation allein auch nicht zum Erfolg.

Wandaufschrift und Luanda: „Der Kampf geht weiter — Der Sieg ist gewiß“



Über den in Pretoria herrschenden Eindruck hinaus, daß die Frontstaaten infolge der jahrelangen Zermürbungstaktik jetzt genügend geschwächt seien, um es erneut mit einem „Friedens“-Manöver zu versuchen, hat zweifellos die tiefe innere Krise, in der sich Südafrika befindet, den Druck in diese Richtung verstärkt.

Seit einem Jahr nun klagt der innere Kreis um Premierminister Botha über die hohen Kosten des Namibia/Angola-Krieges, der mehr als 1,2 Mio Dollar am Tag verschlingt, ganz zu schweigen von den rund 410 Mio Dollar, mit denen Pretoria jährlich das Budget seines Statthalters in Namibia bezuschussen muß.⁷

Infolge der Dürre der letzten beiden Jahre, die das Land vom Getreideexporteur zum -importeur machte, entstanden dem Botha-Regime Einnahmeausfälle und zusätzliche Kosten, die den Staatshaushalt ebenso belasten wie die horrenden Militärausgaben (mehr als 2,5 Mrd Dollar jährlich) und die Kosten, die mit der Verwirklichung der die Apartheid stabilisierenden „Verfassungsreform“ (begrenzte Mitbestimmungsrechte für Inder und Mischlinge bei Ausschluß der schwarzen Mehrheit)⁸ verbunden sind. Das Regime sieht sich so heute mit einem Haushaltsdefizit konfrontiert, das doppelt so hoch ist wie jene 2% des Bruttoinlandprodukts, auf die es nach den verpflichtenden Auflagen des Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds von 1982 begrenzt sein müßte.

Trotz all dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist es dennoch kaum vorstellbar, daß der Taktikwechsel in Pretoria ohne die fieberhafte diplomatische Aktivität der Reagan-Administration zustande gekommen wäre. Wenn die letzten Monate etwas beweisen, so dies, daß die USA sehr wohl in der Lage sind, das Regime zu einem Kurswechsel zu bewegen, sofern er nur im westlichen Interesse liegt.

Dies widerlegt die in der westlichen Presse kolportierte These, der Westen sei an und für sich gutwillig um eine Konfliktlösung im Südlichen Afrika bemüht, werde in diesem Bemühen jedoch ständig durch die Aktionen seiner „außer Kontrolle geratenen“ Partner am Kap der Guten Hoffnung durchkreuzt.

So wie zur Mitte der 70er Jahre die Pendeldiplomatie Henry Kissingers muß heute der Unterstaatssekretär im State Department, Chester Crocker, mit seinem Konzept des „konstruktiven Engagements“ als der eigentliche Architekt der jüngsten Entwicklung angesehen werden.

Bereits im letzten November machte Crockers Abteilungsleiter Frank Wisner anlässlich eines Südafrika-Besuchs unmißverständlich klar, daß die Zeit für zielgerichtete Verhandlungen mit

Abkommen Moçambique

Die Regierung der Volksrepublik Moçambique und die Regierung von Südafrika, im folgenden die hohen vertragsschließenden Parteien genannt,

die Prinzipien der strengen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der souveränen Gleichheit, der politischen Unabhängigkeit und der Unverletzbarkeit der Grenzen aller Staaten anerkennend;

das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bekräftigend;

die international anerkannten Prinzipien des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und das Prinzip der Gleichberechtigung aller Völker anerkennend;

der Verpflichtung aller Staaten, sich in internationalen Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegenüber der territorialen Integrität oder politischen Unabhängigkeit irgendeines Staates zu enthalten große Bedeutung beimessend;

der Verpflichtung aller Staaten, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen und somit den internationalen Frieden sowie Sicherheit und Gerechtigkeit zu wahren, große Bedeutung beimessend;

die Verantwortung der Staaten anerkennend, nicht zu gestatten, daß ihr Territorium zur Ausführung von Kriegshandlungen, Aggressionen oder Gewalt gegenüber anderen Staaten benutzt wird;

im Bewußtsein der Notwendigkeit, gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung und zum gegenseitigen Nutzen zu fördern;

in der Überzeugung, daß gutnachbarliche Beziehungen zwischen beiden hohen vertragsschließenden Parteien zu Frieden, Sicherheit, Stabilität und Fortschritt im Südlichen Afrika, auf dem afrikanischen Kontinent und in der Welt beitragen;

haben feierlich das Folgende vereinbart:

Artikel 1

Die hohen vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, die Souveränität und Unabhängigkeit untereinander zu respektieren und sich, um diese grundsätzliche Verpflichtung zu erfüllen, der Einmischung in die

inneren Angelegenheiten des anderen zu enthalten.

Artikel 2

(1) Die hohen vertragsschließenden Parteien werden die Meinungsverschiedenheiten und Streitpunkte, die zwischen ihnen entstehen und die den gegenseitigen Frieden oder den Frieden und die Sicherheit in der Region gefährden könnten, durch Verhandlungen, Nachforschungen, Vermittlung, Ausgleich, Schiedsspruch oder andere friedliche Mittel lösen und sich verpflichten, weder allein noch zusammen mit anderen Gebrauch von Gewaltanwendung gegen die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des anderen zu machen.

(2) Im Sinne dieses Artikels fällt unter die Anwendung von Gewalt unter anderem:

- A) Angriffe durch Land-, Luft- oder Seestreitkräfte,
- B) Sabotage,
- C) Ungerechtfertigte Konzentration solcher Streitkräfte an den oder in der Nähe der internationalen Grenzen der hohen vertragsschließenden Parteien,
- D) Verletzung der internationalen Grenzen zu Land, in der Luft oder zu Wasser irgendeiner der hohen vertragsschließenden Parteien.

(3) Die hohen vertragsschließenden Parteien werden in keiner Weise bewaffnete Truppen irgendeines Staates oder einer Gruppe von Staaten unterstützen, die gegen die territoriale Souveränität oder politische Unabhängigkeit der anderen vertragsschließenden Partei mobilisiert worden sind.

Artikel 3

(1) Die hohen vertragsschließenden Parteien werden nicht gestatten, daß ihre jeweiligen Territorien, territorialen Gewässer oder ihr Luftraum als Basis, Transitstelle oder in einer anders gearteten Weise von einem anderen Staat, einer anderen Regierung, ausländischen Streitkräften, Organisationen oder Individuen benutzt werden, die Gewaltakte, Terror oder Aggression gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit des anderen oder gegen die Sicherheit seiner



UDF: „Der letzte Vortrag wird mit uns abzuschließen sein“

- Südafrika von Nkomati

Einwohner planen, vorbereiten oder ausführen.

(2) Um Aktionen oder Vorbereitung von Aktionen, die in Paragraph 1 dieses Artikels genannt wurden, vorzubeugen oder zu verhindern, verpflichten sich beide hohen vertragsschließenden Parteien insbesondere:

(a) daß sie auf ihrem jeweiligen Territorium die Organisation irregulärer Streitkräfte oder bewaffneter Banden, Söldner eingeschlossen, verbieten oder verhindern, die beabsichtigen, die in Paragraph 1 dieses Artikels erwähnten Aktionen durchzuführen;

(b) daß auf ihrem jeweiligen Territorium Basen, Ausbildungszentren, Unterschlupfe, Beherbergung und Transitstellen für Elemente unterbunden werden, die beabsichtigen, Aktionen durchzuführen, die in Paragraph 1 des Artikels genannt wurden;

(c) daß auf ihrem jeweiligen Territorium Waffenzentren und -depots jeder Art verschwinden, die von Elementen benutzt werden, auf die in Paragraph 1 dieses Artikels Bezug genommen wurde; (...)

(g) daß in ihren jeweiligen Territorien strenge Kontrolle über Elemente ausgeübt werden, die die in Paragraph 1 dieses Artikels genannten Aktionen ausführen oder propagieren;

(h) daß Elemente, die die in Paragraph 1 dieses Artikels genannten Aktionen vorschlagen oder planen, daran gehindert werden von einer Stelle innerhalb des Territoriums eines der jeweiligen Staaten zu einer Stelle der jeweils anderen oder auf das Territorium eines dritten, an die hohen vertragsschließenden Parteien angrenzenden, Staates zu gelangen, gegen den die besagten Elemente solche Aktionen vorschlagen oder auszuführen planen; (...)

Artikel 4

Die hohen vertragsschließenden Parteien werden allein und gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß die internationale Grenze zwischen ihren jeweiligen Territorien wirkungsvoll kontrolliert wird und daß die Grenzposten effektiv arbeiten, um illegale Übertritte vom Territorium der einen hohen vertragsschließenden Partei zum Territorium der anderen zu verhindern,

insbesondere wenn es sich um Elemente handelt, auf die in Artikel 3 des vorliegenden Abkommens Bezug genommen wurde.

Artikel 5

Die hohen vertragsschließenden Parteien werden auf ihren Territorien Propagandaaktionen, die zu einem Aggressionskrieg gegen die andere hohe vertragsschließende Partei anspornen ebenso verbieten wie Propagandaaktionen, die darauf abzielen, Terrorakte und Bürgerkrieg auf dem Territorium der anderen hohen vertragsschließenden Partei herbeizuführen. (...)

Artikel 9

(1) Jede der hohen vertragsschließenden Parteien wird für eine Sicherheitskommission hochrangige Repräsentanten benennen, um die Verwirklichung des vorliegenden Abkommens zu überwachen und zu beobachten. (...)

Artikel 11

Dieses Abkommen wird am Tag der Unterzeichnung in Kraft treten. Das Abkommen, auf das sich die hohen vertragsschließenden Parteien einigten, wird durch den Notenwechsel in Kraft gesetzt.

Urkundlich dessen haben die Unterzeichnenden im Namen ihrer jeweiligen Regierung dieses Abkommen vierfach unterzeichnet und besiegelt, in portugiesischer und englischer Sprache, wobei beide Versionen gleichermaßen authentisch sind.

Ausgeführt und unterzeichnet an der gemeinsamen Grenze an den Ufern des Nkomati-Flusses am Tag des 16. März 1984.

Samora Moises Machel,
Präsident der Volksrepublik
Moçambique
Präsident des Ministerrates,
für die Regierung der
Volksrepublik Moçambique.

Pieter Willem Botha,
Premierminister der Republik
Südafrika,
für die Regierung der
Republik Südafrika.

(Quelle: Rand Daily Mail, 17.3.1984)



US-Hintermann Chester Crocker mit P.W. Botha

Moçambique „reif“ sei. Zugleich stellten die USA Moçambique als Köder Nahrungsmittelhilfe in Aussicht. Anfang Dezember 1983 „überzeugte“ Crocker den südafrikanischen Außenminister Roelof 'Pik' Botha in Rom, daß ein südafrikanischer Rückzug aus Südafrika ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Namibialösung sein könne, während Wisner zeitgleich auf den kapverdischen Inseln mit einer angolanischen Delegation verhandelte.

Im Februar 1984 dann stand Crocker Pate bei der angolanisch-südafrikanischen Übereinkunft von Lusaka. Der Einstieg der USA geht so weit, daß sie inzwischen ein offizielles Büro in Windhoek errichtet haben, das den Waffenstillstand mit überwachen soll.⁹

Unterdessen freilich signalisierte der inzwischen mit Ad-hoc-Aufgaben im Südlichen Afrika beauftragte Ex-Außenminister Alexander Haig mit einem Besuch bei Jonas Savimbi im angolanischen Busch, daß der UNITA-Faktor unverändert eine Karte in der Hand der Washingtoner Politik im Südlichen Afrika bleibt. Angesichts des Debakels der USA im Libanon und der wachsenden Widerstände gegen die Washingtoner Mittelamerikapolitik (siehe unlängst den Proteststurm gegen die Verminung der Häfen Nikaraguas durch den CIA!) scheint die emsige Aktivität Chester Crockers tatsächlich die letzte Hoffnung der Reagan-Administration zu sein, vor dem Wahltermin Ende 1984 doch noch einen außenpolitischen Erfolg präsentieren zu können. Auch eine „Pax Americana“ in der Region des Südlichen Afrika ist freilich mit mehreren Dilemmata behaftet. Ronald Reagan ist im Wahlkampf 1980 mit dem Versprechen aufgetreten, daß seine Politik zu einem Abzug der Kubaner aus Angola führen werde.

Um dies zu erreichen, hat die Reagan-Administration ihre Zustimmung zur Verwirklichung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 von 1978 vom Rückzug der Kubaner und der Beteiligung der UNITA an der Zentralregierung in Lunda abhängig gemacht (sog. „Linkage“). Die „Linkage“-Strategie hat den Namiapirozess zwischenzeitlich jedoch in eine schier ausweglose Sackgasse gebracht und die westliche Kontaktgruppe mehr oder weniger funktionslos werden lassen (Austritt Frankreichs Ende 1983!). Sie hat sich ferner bis zu einem gewissen Grad gegen die USA gekehrt, seitdem Angola und Kuba jetzt einen kubanischen Abzug von der Verwirklichung der Resolution 435 abhängig machen und die angolanische Regierung in der UNITA-Frage nicht mit sich reden läßt.

Hinzu kommt die Tatsache, daß die Hinnahme eines SWAPO-Sieges in Windhoek – eine zwangsläufige Konsequenz der

Verwirklichung der UN-Resolution 435 — die südafrikanische Position in der Region schwächen würde. Dies aber widerspricht dem Grundkonzept des „konstruktiven Engagements“, das die aktive Einbeziehung Südafrikas in die Regional- und Globalstrategie der USA einschließt. Und dies beinhaltet die ausdrückliche Anerkennung der strategischen Bedeutung Südafrikas für den Westen und die Intensivierung des wirtschaftlichen Engagements (durch verstärkten Handel und Kapitalexport). Im Vordergrund der Überlegungen der Reagan-Administration steht dabei, daß Südafrika als stärkste Militärmacht der Region ein nützliches Instrument zur Abwehr des „internationalen Kommunismus“ sei. In diesem Sinne hat die Reagan-Administration in den letzten Jahren die aus der Ära Carters (1977-81) stammenden Re-

striktionen für den Handel mit Südafrika zunehmend abgebaut. Selbst das internationale Waffenembargo aus dem Jahre 1977 ist dabei mehr und mehr durchlöchert worden, indem die USA den Export atomarer Technologie und militärisch verwendbarer Industriegüter nach Südafrika gestatteten. Kürzlich wurde sogar nachgewiesen, daß die USA in den Haushaltsjahren 1981-83 direkte Waffenexporte im Wert von mehr als 28,3 Mio Dollar offiziell autorisiert haben¹⁰.

Jetzt ist die Regierung Reagan mit einer Gegenbewegung im Kongreß und Repräsentantenhaus konfrontiert. Die im Repräsentantenhaus bereits verabschiedeten Amendments zur Exportgesetzgebung würden US-Bankkredite an Südafrika untersagen, den Import südafrikanischer Krügererrands verbieten, Neuin-

vestitionen von US-Konzernen in Südafrika unter Strafe stellen und die Kontrollen des US-Nuklearexports verschärfen.

Auch um diesen Bestrebungen zuvorzukommen, käme der Regierung Reagan ein „Erfolg“ im Südlichen Afrika gelegen.

Ob es zu einem Durchbruch in der Namibiafrage kommt, scheint vor dem Hintergrund der aktuellen Beweggründe und der grundsätzlichen Zielstellungen Südafrikas und der USA fraglich, aber nicht gänzlich ausgeschlossen.

Die Anwendung des UN-Plans würde vom Zeitpunkt eines Waffenstillstands zwischen Südafrika und der SWAPO (zu dem Pretoria gegenwärtig nicht bereit ist) mindestens 7 Monate beanspruchen. Doch das südafrikanische Kalkül scheint gegenwärtig eher darauf hinauszulaufen,

Stellungnahme des ANC-Exekutivkomitees Keinen Kompromiß mit dem Apartheidregime!

Das Nationale Exekutivkomitee des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas trat im Anschluß an den Vertragsabschluß Moçambiques mit dem Botha-Regime zu Beratungen über die aktuelle Lage im Südlichen Afrika zusammen. Auf dem Treffen wurde am 16.3.1984 folgende Stellungnahme verabschiedet.

In den letzten Wochen hat das rassistische und kolonialistische Südafrika eine tollkühne diplomatische, politische und propagandistische Gegenoffensive im Südlichen Afrika durchgeführt.

Die grundlegenden Ziele dieser Offensive bestehen u.a. darin:

- den ANC im Südlichen Afrika zu isolieren und die unabhängigen Länder unserer Region zu zwingen, Pretoria bei der Schwächung des ANC, der Vorhutbewegung des Kampfes des Südlichen Afrika für die nationale Emanzipation, zur Hand zu gehen;
- den bewaffneten Kampf für die Freiheit Südafrikas zu liquidieren;
- neue Brückenköpfe für das Bestreben des Regimes in Pretoria hinzuzugewinnen, die Einheit der Frontstaaten zu untergraben, die Konferenz für Entwicklung und Zusammenarbeit im Südlichen Afrika (SADCC) zu zerstören und sie durch eine sog. Staatenvereinigung zu ersetzen, um so die unabhängigen Länder des Südlichen Afrika in Klientelstaaten Südafrikas zu verwandeln, und
- das Ansehen der Frontstaaten in der Kampagne des weißen Minderheitsregimes zu nutzen, um die internationale Isolierung der Apartheid Südafrikas zu vermindern und Südafrika selbst sowie seinem kolonialistischen und faschistischen Staat Legitimität zu verleihen.

Das Botha-Regime hat bei der Verfolgung dieser Ziele versucht, die unabhängigen Länder unserer Region auf das Niveau seiner Bantustan-Schöpfungen zu bringen, indem es sie gezwungen hat, wie zuvor die Bantustans Transkei, Bophutatswana, Venda und Ciskei sog. Nichtangriffspakte mit Pretoria abzuschließen.

Solche Verträge, die mit einem Regime, das weder ein moralisches noch legales Recht hat unser Land zu regieren, abgeschlossen wurden, können nur zur Verlängerung der Unrechtsherrschaft der südafrikanischen weißen Siedlerminderheit beitragen. Aus genau diesem Grunde hat diese Minderheit seit Jahren versucht, das unabhängige Afrika in solche Abkommen zu verwickeln.

Der Afrikanische Nationalkongreß ist sich zutiefst der enormen politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsprobleme, denen viele Völker unserer Region gegenüberstehen, bewußt. Die Schuld für viele dieser Probleme muß direkt dem Regime in Pretoria angelastet werden, das versucht hat, die Unabhängigkeit der Länder unserer Region durch eine Politik der Aggression und Destabilisierung zu beeinträchtigen.

Wir sind überzeugt, daß dieses Regime, das sich von Kopf bis Fuß besudelt hat mit dem Blut tausender Menschen, die es im Südlichen Afrika ermordet hat, nicht der Erbauer von Gerechtigkeit und Frieden in unserer Region sein kann. Genausowenig kann der Verbündete dieses Regimes, die Reagan-Administration der Vereinigten Staaten, mit ihrer pro-Apartheidpolitik des „konstruktiven Engagements“ der Erbauer von Gerechtigkeit und Frieden in dieser Region sein, wo sie doch ein Engel des Krieges, der Reaktion und Unterdrückung in anderen Regionen der Welt, die USA selbst eingeschlossen, ist.

Ein gerechter und dauerhafter Frieden ist in unserer Region nicht möglich, solange das Apartheidregime und seine Unterdrückungssysteme in Südafrika und Namibia, die eigentliche Quelle von Krieg und Unsicherheit in dieser Region, fortbestehen. Das Botha-Regime weiß, daß kein Frieden eingekehrt ist: Vielmehr hat es Zuflucht zu anderen Mitteln genommen, um seinen Krieg für die Vorherrschaft im Südlichen Afrika fortzusetzen.

Die Situation in unserer Region bestätigt aufs Neue die Richtigkeit der Beschlüsse des Maputo-Gipfels der Frontstaaten, der im

März 1982 abgehalten wurde. Dieser Gipfel stellte fest: „Unter Führung des ANC lehnt sich das Volk, durch Streiks und bewaffnete Aktionen, entschieden gegen die Apartheid auf.“ Er verpflichtete die Frontstaaten darauf, „ihre materielle und diplomatische Unterstützung der Befreiungsbewegungen, der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias; d. Red.) und des ANC von Südafrika zu verstärken, so daß sie den bewaffneten Kampf für die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit des Volkes verstärken können.“

Diese Erklärung wurde verabschiedet in dem Bewußtsein, daß nur die Zerstörung des Apartheidregimes und die Befreiung Südafrikas und Namibias die fundamentalen Voraussetzungen für Frieden, Stabilität und stetigen Fortschritt in unserem Gebiet sind. Diese gemeinsam getragene Position bestätigte erneut die Verpflichtung des Volkes von Südafrika, unter der Führung des ANC seine Offensive für den Sturz des Apartheidregimes und die Übernahme der Macht durch die Massen auszuweiten, unter Anwendung aller Mittel einschließlich bewaffneter Aktionen. Wir sind und werden dieser Ansicht treu bleiben.

Das Regime in Pretoria handelt in dieser Weise, weil es sich aus der Krise, die sein rassistisches und kolonialistisches Apartheidsystem bedroht, herauswinden will. Es hofft, daß es noch der „Befriedung“ unserer Nachbarn und der Vertreibung des ANC aus unserer Region, freie Hand haben wird, um die demokratische Massenbewegung unseres Landes zu unterdrücken und so die Bedingungen zu schaffen für ein Netz von Maßnahmen zur Verfeinerung und Stärkung seines Apartheidsystems.

Daher besteht unsere grundsätzliche Aufgabe jetzt — und sie muß es bleiben — darin, unsere politische und militärische Offensive im Innern Südafrikas zu intensivieren. Dies ist die dringende Aufforderung, die wir an die Massen unseres Volkes richten, an alle demokratischen Gruppierungen und an alle Mitglieder und Einheiten des ANC und

Bonner Positionen zum Südlichen Afrika

weitere Zeit für die Durchsetzung seines alten Konzepts einer internen „Lösung“ für Namibia zu gewinnen, unter Ausschaltung der SWAPO und unter Umgehung der UNO.

Diesem Ziel diene der (für die SWAPO und Angola unannehmbare und auch bereits abgelehnte) Vorschlag, eine sog. Allparteienkonferenz über Namibia zu veranstalten, an der nicht nur Südafrika und die SWAPO, sondern auch die USA(!), Angola, die UNITA (!), Zambia als Vermittler und die von Pretoria abhängige, Ende 1983 gegründete Vielparteienkonferenz (aus fünf namibischen Quisling-Organisationen) teilnehmen sollten.

Diesem Ziel dient auch die südafrikanische Forderung, die in der Resolution 435 vorgesehene UN-Überwachungstruppe für den Wahlprozeß durch ein

Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Flügel des ANC; d. Red.).

Auf unsere eigene Kraft vertrauend, werden wir die Pläne des Feindes des südafrikanischen Volkes durch Aktionen vereiteln, und unseren Vormarsch zur Zerstörung des Systems kolonialistischer Vorherrschaft der weißen Minderheit in unserem Land fortsetzen.

Die zentrale und dringende Frage der südafrikanischen Politik ist die Vernichtung des weißen Minderheitsregimes, die Übernahme der Macht durch das Volk und die Ausrottung des gesamten Apartheidsystems, der kolonialistischen und rassistischen Vorherrschaft, der faschistischen Tyrannei, der Überausbeutung der schwarzen Mehrheit und der imperialistischen Aggression und Expansion durch diese siegreichen Massen. Diese Frage war und ist angesiedelt im Kampf innerhalb der Grenzen unseres Landes und nirgendwo sonst. Wir sind berechtigt zu erwarten, daß uns all jene überall auf der Welt, die sich selbst zu den antikolonialen und antirassistischen Kräften zählen, uns die Hände reichen, um uns bei der Erlangung dieses gerechten Ziels zu unterstützen.

Die Völker des Südlichen Afrika wissen aus eigener Erfahrung, daß es keine friedliche Koexistenz zwischen Freiheit und Unabhängigkeit auf der einen und Kolonialismus auf der anderen Seite geben kann. Wir sind zuversichtlich, daß diese Massen, ihre Parteien und Regierungen, die sich seit Jahren für die Sache der totalen Befreiung Afrikas eingesetzt haben, dieser Sache treu bleiben und unserem Volk bis zum Sieg fest zur Seite stehen werden.

Wir sind ebenfalls sicher, daß das restliche Afrika und die progressive Weltgemeinschaft dem Botha-Regime die Anerkennung verweigern werden, die es so dringend wünscht, daß sie neue Maßnahmen zu seiner Isolierung ergreifen und ihre politische, diplomatische, moralische und materielle Unterstützung für den ANC steigern werden.

Unter Führung des ANC wird der Kampf für die Befreiung des Südlichen Afrika weitergehen und an Breite und Wirksamkeit hinzugewinnen, bis wir unseren Sieg errungen haben. Vorwärts zu einer Regierung des Volkes!

Alfred Nzo, ANC-Generalsekretär, für das Nationale Exekutivkomitee
16. März 1984

Sambias Präsident Kenneth Kaunda appellierte kürzlich an die Bundesregierung, sie möge sich stärker um die Unabhängigkeit der ehemaligen deutschen Kolonie Namibia bemühen. Insbesondere erwarte er eine federführende Rolle Bonn's in der sog. westlichen Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, BRD, Kanada und — das kürzlich ausgescherzte — Frankreich) und neue Vorschläge zur Umsetzung der UN-Resolution 435/1978, die eine international kontrollierte Lösung der Namibiafrage vorsieht.

Doch die Hoffnungen Kaundas sind auf Sand gebaut. Seit dem Bonner Regierungswechsel vom Herbst 1982 hat die Bundesregierung das Feld im Südlichen Afrika mehr und mehr der Reagan-Administration überlassen. Ihre eigene Strategie in dieser Region ist von anhaltenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Flügelparteien der Kohl/Genscher-Koalition, FDP und CSU, belastet.

Kurz vor Weihnachten 1983 legte die Rechtskoalition im Parlament ein Kompromißpapier vor, in dem die von Außenminister Genscher geforderte Kontinuität in der Außenpolitik nur mühsam gewahrt blieb. Zwar lehnt die Bundesregierung die Apartheid „entschieden“ ab, weil sie „elementaren westlich-demokratischen Vorstellungen“ widerspreche.

Gleichwohl bleibt für sie das Apartheidregime ein privilegierter Partner im Rahmen einer Politik des „kritischen Dialogs“. An der rassistischen Regierung vorbei könne es „keinen friedlichen Wandel“ geben, dessen Tempo in erster Linie „vom Mut und der Weitsicht“ der südafrikanischen Regierung abhängt.

„Kritischer Dialog“ mit Pretoria

Dieser Positionsbestimmung, die von der internationalen Gemeinschaft geforderte Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria wie selbstverständlich ausschließt und einem Blankoscheck für dessen Rassenpolitik gleichkommt, schließen sich einige weitere Kurskorrekturen nach rechts an, insbesondere in Bezug auf die südafrikanische Besatzungspolitik in Namibia:

Zum einen wurde der Kurs des „Dialogs“ in der Namibiafrage zugunsten der von Pretoria favorisierten Gruppen der Vielparteienkonferenz relativiert, so daß die SWAPO jetzt nur noch „ein entscheidender Gesprächspartner“ für Bonn ist. Zum anderen hat die Regierung Kohl das von den USA im Verein mit Südafrika geforderte Junktim zwischen dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola und dem Rückzug der südafrikanischen Besatzungstreitmacht aus Namibia als „ein unumstößliches Faktum“ akzeptiert. Angesichts dieser Zustimmung zur „Linkage“-Strategie verkommt das Bonner Festhalten an der UN-Resolution 435 zur reinen Pflichtübung.

Den rechtesten Kräften innerhalb der Bonner Koalition, vor allem Franz-Josef Strauß (CSU), geht es jedoch um mehr.

Sie wollen eine ungeschminkte und offene Unterstützung des Apartheidregimes. „Südafrikanische Streitkräfte als fremde Truppen in Namibia zu bezeichnen, ist schlechterdings Unsinn“, meint Strauß im Gleichklang

mit den südafrikanischen Rassisten.

„Wenn diese Streikkräfte nicht in Namibia wären, dann gäbe es dort Mord und Totschlag...“ Und: „Es ist unzulässig, schlechterdings vom Apartheidsystem zu sprechen und alles zusammen in einen Topf zu werfen.“ Für „menschenfeindlich und unchristlich“ hält der bayrische Regierungschef denn auch die Forderung nach gleichem Stimmrecht für alle in Südafrika.

Konsequenterweise fährt Strauß seinen eigenen politischen Kurs im Südlichen Afrika. Er fordert offen die Wiedereröffnung eines bundesdeutschen Konsulats in Windhoek.

Straußens Parteifreund Jürgen Warnke, seit dem Regierungswechsel Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, bemüht sich dabei, einen Kurswechsel der Bundesregierung gegenüber den Frontstaaten durchzusetzen. Zu diesem Zweck nahm der Bonner Minister Anfang Februar 1984 sogar an der Gipfelkonferenz für die Koordination der Entwicklungszusammenarbeit unter den Frontstaaten (SADCC) in Lusaka teil. Die mitgebrachte Hilfszusage von 2,5 Mio DM für Infrastrukturprojekte dieser Länder kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß Bonn die Entwicklungshilfeleistungen für diese Region seit der „Wende“ beträchtlich gekürzt hat.

Zwei Jahre lang zeichnete Bonn maßgeblich dafür verantwortlich, daß der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft die Hilfsleistungen der EG für Angola und Moçambique blockiert hat.

Unter dem neuentdeckten Slogan vom „Politikdialog“, der die Bonner Entwicklungshilfe künftig begleiten soll, mischt sich die Bundesregierung tatkräftig in die inneren Verhältnisse des Frontstaates Moçambique ein. Noch vor kurzem hatte sie aus Anlaß einer Anfrage der GRÜNEN im Bundestag bestritten, Hilfszusagen für die Reparatur von zerstörten Eisenbahnlinien, Brücken und sonstigen Infrastruktureinrichtungen gestrichen und Mittel für SADCC-Projekte zurückgezogen zu haben.

Jetzt hat die Bundesregierung bei Regierungsverhandlungen in Maputo allein die „Ernährungsproblematik zum Schwerpunkt ihrer Hilfe“ gemacht. Staatssekretär Volkmar Köhler gegenüber der Presse ganz offen: „Diese Änderung der Priorität wurde von der Bundesregierung in schwierigen Verhandlungen gegen die dortigen Vorstellungen durchgesetzt.“

Auch die zaghaft gewährte Nahrungsmittelhilfe (im letzten Dezember 95 Tonnen Trockenfisch) sehen Bonner Politiker als geeignetes Instrument an, um eine „Mäßigung“ Moçambiques zu erreichen.

Keine Überraschung war es deshalb, als Bundeskanzler Helmut Kohl der anlässlich der Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts zwischen Südafrika und Moçambique am 16. März 1984 am Nkomati-Fluß zusammengekommenen Versammlung seine Glückwünsche übermitteln ließ. Nachdem der südafrikanische Außenminister Roelof „Pik“ Botha Ende November 1983 bei einem Bonn-Besuch das Terrain vorbereitet, soll im Juni d.J. Südafrikas Premierminister Pieter Willem Botha höchstpersönlich auf Einladung des Kanzlers in die Bundeshauptstadt kommen.

Kontingent von US-Truppen und Soldaten aus „gemäßigten“ afrikanischen Staaten zu ersetzen, womit US-kontrollierte Wahlen gewährleistet wären. Am 30. März d.J. schließlich drohte der südafrikanische Außenminister Botha ganz offen damit, sein Land könnte die Resolution 435 ganz fallenlassen, „wenn die Kubaner Angola nicht verlassen“.

Von der angolanischen Regierung forderte er ultimativ eine „dringende Klarstellung“ ihrer Position, da die gemeinsame Erklärung mit den Kubanern vom 19.3.1984 „dem Geist und Buchstaben des Abkommens von Lusaka widerspricht und die guten Beziehungen im Zeichen der Disengagement-Kommission kompromittiert“! Botha erklärte sibyllinisch, „Alternativen zur 435 könnten gefunden werden“, und fügte hinzu, sogar in diesem Falle „hoffen wir, daß die Unabhängigkeit Namibias internationale Anerkennung erlangt“.¹¹ Wie wenig das südafrikanische Manövrie-

ren in der Namibiafrage aufgeht, beweist freilich nicht nur die ganze Geschichte dieses Problems in den letzten 10 Jahren. Auch die von Pretoria am 1. März d.J. mit dem Hintergedanken, einen neuen Spaltpilz in die SWAPO zu tragen, verfügte vorzeitige Freilassung des Mitbegründers der namibischen Befreiungsbewegung, Herman Toivo ja Toivo, stellte sich als Bumerang heraus.

Toivo, der inzwischen ins Politbüro der SWAPO berufen wurde, erklärte vor Journalisten in Lusaka, er glaube nicht, daß ein südafrikanisches Waffenstillstandsabkommen mit Angola einen Fortschritt für die SWAPO und Namibia darstelle. Und gegenüber dem Windhoek Observer sagte der „Vater der Unabhängigkeit Namibias“, als der er im Volk gilt: „Was mich betrifft, so ist es mein Auftrag, Namibia zu befreien..., aber wir werden nicht frei sein, solange unsere Brüder und Schwestern in Südafrika unter der Unterdrückung leben.“¹²

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Namibia News Briefing, London, Nr. 9/März 1984
- 2) Zit. nach: Sowetan, Soweto, 16.3. 1984
- 3) So O. Tambo auf einer Pressekonferenz am 21.3.1984 in London, dokumentiert in: ANC Weekly News Briefing, Sonderausgabe „Clarion Call To All Opponents Of Apartheid“, London, März/April 1984. Auszüge nachstehend.
- 4) Zahlen nach: AFRICASIA, Paris, Nr. 4/April 1984. Aufgrund der „Goldklausel“, die noch aus der Zeit der portugiesischen Kolonialherrschaft stammte, wurde ein Teil der Löhne der moçambiquanischen Minenarbeiter direkt an die Regierung in Maputo zu einem sehr günstigen Umtauschwert in Gold ausbezahlt.
- 5) Angolan Press Agency (ANGOP), Luanda, 7.3. 1984
- 6) ANGOP, 9.3.1984
- 7) Vgl. South, London, Nr. 4/April 1984
- 8) Siehe AIB 1/1984, S. 44-45
- 9) Vgl. dazu: Time, New York, 26.3.1984
- 10) Siehe: CounterSpy, Washington, März-Mai 1984, S. 52f.
- 11) Zit. nach: Afrique Asie, Nr. 30/9.4.1984; Le Monde, beide Paris, 22.3. 1984
- 12) Zit. nach: AFRICASIA, a.a.O.

Gemeinsame Erklärung Angolas und Kubas

Vor mehr als 2 Jahren haben die Regierungen der Volksrepublik Angola und der Republik Kuba in ihrer weltweit verbreiteten gemeinsamen Stellungnahme vom 4. Februar 1982, mit absoluter Klarheit ihre prinzipielle Position hinsichtlich der im Südlichen Afrika vorherrschenden Spannungssituation dargelegt.

Die inzwischen vergangene Zeit hat die Berechtigung aller in dieser Erklärung enthaltenen Punkte nur noch bestätigt, die die Zustimmung der Weltöffentlichkeit und einhellige Sympathie nahezu aller Länder der Erde gefunden hat. Schmäbliche Ausnahmen sind die Regierungen der Vereinigten Staaten und Südafrikas gewesen, die seit Jahren an der verderblichen „Linkage“-Formel (Kopplung einer Namibia-Lösung an den vorherigen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola; d. Red.) festhalten, welche keine rechtliche und moralische Grundlage hat und von der ganzen Welt, mit Ausnahme ihrer Urheber, zurückgewiesen wird.

Der heldenhafte, von seinen internationalistischen Verbündeten standhaft unterstützte Widerstand des angolanischen Volkes hat die imperialistischen Aggressoren von der Unmöglichkeit überzeugt, die Volksrepublik Angola zu beugen und ihren revolutionären Prozeß zu liquidieren, und er zwang sie dazu, Verhandlungen zu einer neuen Grundlage zu akzeptieren.

Die Regierung der Volksrepublik Angola hat die Regierung Kubas detailliert über den Verlauf der Gespräche, die mit Südafrika und den Vereinigten Staaten von Amerika derzeit im Gange sind, informiert, in welchen Angola grundsätzlich eine Verhandlungslösung des Konflikts sucht, in dem sich das angolanische Volk seit Jahren mit den südafrikanischen Aggressoren konfrontiert sieht. Dies würde die sofortige Anwendung der Resolution 435/78 des Sicherheitsrates der UNO und die Unabhängigkeit Namibias erleichtern.

Im Zusammenhang mit diesen Friedensbemühungen seitens Angolas behält die ge-

meinsame Stellungnahme vom 4. Februar volle Gültigkeit und stellt eine prinzipielle Grundlage für jegliche Verhandlungslösung dar, die die gegenwärtigen Spannungen beseitigt und Frieden und volle Unabhängigkeit für die Nationen dieser Region sichert. Unter strikter Beachtung der gemeinsamen Stellungnahme bekräftigen die Regierungen Kubas und Angolas, daß sie aufgrund ihrer eigenen Entscheidung und in Ausübung ihrer Souveränität den schrittweisen Rückzug des kubanischen internationalistischen Militärkontingents einleiten werden, sobald folgende drei Bedingungen erfüllt sind:

1. einseitiger Rückzug der südafrikanischen rassistischen Streitkräfte vom angolanischen Territorium;

2. strikte Anwendung der Sicherheitsratsresolution 435/78, wirkliche Unabhängigkeit Namibias und vollständiger Rückzug der südafrikanischen Streitkräfte, die dieses Land illegal besetzt halten;

3. Einstellung jeglicher direkter Aggression oder Aggressionsdrohung gegen die Volksrepublik Angola seitens Südafrikas, der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten. Zusammen mit diesen drei Bedingungen ist, wie die Regierung Angolas in der Erklärung vom 26. August 1983 von Präsident José Eduardo dos Santos ausdrückte, die Einstellung jeglicher Hilfe an die konterrevolutionäre Organisation UNITA und jegliche andere Marionetten-Gruppierung seitens Südafrikas, der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Verbündeten unverzichtbar.

Diesen Forderungen zu genügen, würde eine Respektierung der Normen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen, die Beachtung der zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der UN-Vollversammlung, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und der Organisation für Afrikanische Einheit bedeuten.

Die Regierung Kubas erweist, im Namen des kubanischen Volkes, dem Heldentum des angolanischen Volkes, das seit fast einem

Vierteljahrhundert den Befreiungskrieg gegen die Kolonialisten, Rassisten, ihre imperialistischen Gebieter und deren Lakaien führt und einen hohen Blutzoll bei der Erringung seiner vollen Unabhängigkeit und internationalistischer Hilfe für andere Brudervölker gezahlt hat, seine tiefe Ehrerbietung.

Die Regierung der Volksrepublik Angola bekundet die unendliche Dankbarkeit des angolanischen Volkes für die internationalistische Hilfe des kubanischen Volkes, die es seinem Befreiungskampf seit zwei Jahrzehnten erweist und bezeugt der Großzügigkeit, dem Opfermut und dem Heldentum der über 150.000 Kubaner, die in Angola auf militärischem wie zivilem Gebiet gearbeitet haben, ihre tiefste Anerkennung, womit sie für die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und den nationalen Wiederaufbau Angolas einen unschätzbaren Beitrag geleistet und damit einen historischen Beitrag für die Sache aller Völker des Kontinents erbracht haben.

Beide Regierungen drücken ihre Bewunderung für und Solidarität mit dem heldenhaften Kampf der Völker Namibias und Südafrikas aus, den sie unter Führung ihrer einzigen legitimen Repräsentanten SWAPO und ANC gegen das schändliche Apartheidregime führen, und bekräftigen ihre Überzeugung, daß eine solch widerwärtige Institution zum Untergang verurteilt ist.

Unterzeichnet in Havanna am 19. März 1984, in zwei Originalen, eines in Spanisch und das andere in Portugiesisch, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Fidel Castro Ruz

Erster Sekretär des Zentralkomitees der KP Kubas und Präsident des Staats- und Ministerrates der Republik Kuba

José Eduardo dos Santos

Vorsitzender der MPLA-Partei der Arbeit und Präsident der Volksrepublik Angola (Quelle: Granma, Havanna, 25.3.1984)

Oliver Tambo

Wir müssen unsere Position verteidigen



Am 21.3.1984 erläuterte Oliver Tambo, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), auf einer Pressekonferenz des Gesamtstadtrats von London ausführlich die Position seiner Organisation zum Abkommen Südafrika-Moçambique und zu den Konsequenzen für den Befreiungskampf in Südafrika.

(...) Zuerst einmal gibt es nichts in dem Abkommen, und mit Sicherheit wurde seitens der moçambikanischen Regierung nichts gesagt, was die Annahme begründen könnte, der ANC würde aus Moçambique hinausgeworfen. Im Gegenteil, die moçambikanische Regierung hat darauf bestanden, daß sie fortfahren wird, den vom ANC geführten Kampf selbst politisch, diplomatisch und moralisch zu unterstützen.

Zweitens entspricht es nicht der Wahrheit, ist es schlicht falsch, daß der Afrikanische Nationalkongreß Angriffe auf Südafrika von Moçambique aus gestartet habe. Es gibt nicht einen einzigen Fall, in dem wir das getan haben.

Natürlich gingen wir durch Moçambique, ein afrikanisches Land, wie wir durch andere afrikanische Staaten gegangen sind. Wir hatten die Erlaubnis dazu.

Aber wir nahmen nichts von Moçambique her in Angriff. Wir haben keine Angriffe von irgendeinem Staat nach Südafrika hinein unternommen. Dies ist südafrikanische Propaganda. Was werden wir angesichts dieses Nichtangriffspaktes machen, der Moçambique untersagt, Südafrikanern den Durchgang zurück in ihr eigenes Land zu gestatten? Nun, wir haben viele Probleme dieser Art in der Vergangenheit gehabt, und so beziehen wir uns auf sie — als ein zu lösendes Problem.

Was wir in der Tat wissen, ist, daß unsere Aktionen in Südafrika geplant und durchgeführt wurden. Wir werden damit fortfahren, das zu tun. Wir werden einen Weg finden, diese Aktionen zu intensivieren.

Tatsächlich ist dieses Abkommen eine Heraus-

forderung der Opfer des Apartheidsystems. Wenn es für uns erforderlich wird, allein zu stehen, allein zu kämpfen, so wie sich die Briten einst einer Offensive der Nazis gegenüber versahen, dann wird es das sein, was wir tun werden. Wir sind diesbezüglich absolut zuversichtlich. Unser Volk ist bereit, die Herausforderung anzunehmen.

Es war nie die Politik des Afrikanischen Nationalkongresses, die Nachbarstaaten des Südlichen Afrika mit den Opfern zu belasten, die zur Vernichtung des Apartheidsystems aufgebracht hätten werden müssen. Sie hassen dieses System, und sie haben uns aus ihrem Haß auf dieses System unterstützt, wissend, daß es während seines Bestandes keine Freiheit für sie, keine Unabhängigkeit, keine Souveränität, keinen Frieden, keine Stabilität und keinen Fortschritt geben kann. Und wenn sie unter einem Druck stehen, der ihre Fähigkeiten begrenzt, den Kampf, einen gerechten Kampf, einen Kampf der Völker der Welt zu unterstützen, dann wird der ANC nicht klagen. Wir verstehen. (...)

Wir operieren in Südafrika selbst

Nichtsdestoweniger haben wir Fortschritte gemacht. Aber für die Entfaltung unseres Kampfes in Südafrika vertrauen wir nicht auf die Aktivitäten derer außerhalb Südafrikas. Die sind in der internationalen Solidaritätsarbeit engagiert, die lebenswichtig für uns ist.

Wir sind in Südafrika, und ich glaube, die Zeit wird beweisen, daß es Südafrika nichts nützen wird, Länder zu solchen Abkommen, die sie gegen den Befreiungskampf in Afrika stellen, zu zwingen. Es wird nichts nützen, weil die Menschen, die das Apartheidsystem und solcherart Verbrechen bekämpfen, in Südafrika sind; und das ist es, worin unsere Stärke liegt. Aber was den Grad betrifft, in dem wir von außen — als ANC und als Südafrikaner — den Kampf im Innern verstärken können: Wir wer-

den das Problem lösen. Und, wie gesagt, die Zeit wird zeigen, daß das Abkommen keinen Effekt gehabt haben wird, soweit es um diesen Punkt geht.

Ich bin nicht geneigt zu diskutieren, was die moçambikanische Regierung in einer gegebenen Situation tun oder unterlassen sollte. Sie müssen in der Sache ihre eigenen Entscheidungen fällen, Positionen bestimmen und sie verfolgen, soweit es von ihrem Gesichtspunkt her notwendig ist.

Ich bin nicht sicher, ob ich in ihrer Lage so weit gegangen wäre wie sie.

Aber man muß akzeptieren, daß die südafrikanische Regierung, das südafrikanische Regime, beschlossen hatte, es als Staat zu liquidieren, und daß sie knapp davor standen.

Moçambique, die Führung Moçambiques, hatte nach Lage der Dinge zwischen Leben und Tod zu wählen. Sie wählten das Leben; und Leben hieß, mit den Schlächtern des Südlichen Afrika zu reden. Es hieß, die verhaßte Hyäne zu umarmen, und sie hatten so zu handeln.

Was schließlich uns betrifft, wir müssen diese Entscheidung akzeptieren, aber unsere eigenen Positionen, unseren Kampf verteidigen.

Die internationale Gemeinschaft hat zu berücksichtigen, daß Moçambique sich gezwungen fühlte, so zu handeln, wie es getan hat. Die internationale Gemeinschaft darf nicht übersehen, daß dieses kein Abkommen über das Apartheidsystem in Südafrika ist.

Das System gibt es; es ist kein Gegenstand dieses Abkommens.

Aus Bothas (Premierminister Südafrikas; d. Red.) Sicht sucht das Abkommen die Apartheid zu schützen, und wir müssen sicherstellen, daß die Apartheid unter wachsendem Druck gerät. Das Botha-Regime wird versuchen, dieses Abkommen als Trittbrett für weitere Abkommen im Südlichen Afrika und dann das Südliche Afrika als Treppenstufe zur internationalen Anerkennung zu nutzen.

Wir müssen dem widerstehen. Dies ist eine neue Herausforderung der internationalen Gemeinschaft, das Regime zurück in die Isolation zu verweisen. Es versucht, sich aus ihr herauszuhangeln. Es versucht stattdessen den ANC in die Isolation zu bringen; und wir rufen unsere Freunde auf, sie zu stoppen.

Wir werden sie durch unsere Aktionen in Südafrika stoppen, aber wir brauchen eine viel größere internationale Unterstützung, als wir bisher gehabt haben. Und die Frontstaaten benötigen das auch; denn wären sie angemessen politisch, materiell und militärisch unterstützt worden, hätten sie nicht das tun müssen, was zu tun sie hassen.

Darum ist dieses Abkommen ein eindringlicher Appell an alle Gegner des Apartheidsystems, jetzt das zu tun, was sie bisher nicht geleistet haben — d.h. ihre zuverlässige Unterstützung zu bekräftigen und ihre Regierungen zu Taten gegen das Apartheidregime und zur Verteidigung der Länder des Südlichen Afrika zu bewegen. (...)

(Quelle: Weekly News Briefing, Sonderausgabe „Clarion Call To All Opponents Of Apartheid“, London, März/April 1984, S. 1-7, hier S. 4-6)



„Wir werden diese Aktionen intensivieren“ — Bombenangriff des Unkhonto we Sizwe am 3. 4. 1984 in Durban

Ivesa Lübben-Pistofidis

Neuordnung der inneren Widersprüche



Lausanner-Konferenz: v.l.n.r. A. Gemayel, S. Frangieh, R. Karame, N. Berri, W. Junblat. Rechts: Drusische Patrouille in Westbeirut

ten, mal der einen Seite, mal der anderen Seite das Wort redete.

„Wir sind entschlossen, hier und heute die Abschaffung des konfessionellen Systems durchzusetzen“, meinte Nabih Berri, der Führer der Amal-Bewegung bei der Eröffnung der Lausanner Konferenz. Denn für eine bloße Neuverteilung der Macht hätten die Leute nicht gekämpft, fügte er hinzu.²

Berri und Junblat forderten in einem gemeinsamen Papier, das sie der Konferenz vorlegten, neben der Abschaffung



„Noch mehr Kämpfe, noch mehr Blut.“ Das war die erste Reaktion des Linksrepräsentanten Walid Junblat, nachdem die zweite Runde der libanesischen Versöhnungskonferenz am 20. März d.J. in Lausanne beendet worden war.

Dabei herausgekommen war ein Kommuniqué (siehe Kasten), das aus so vagen Absichtserklärungen bestand, daß es kaum als Grundlage für eine Befriedung des von 8 Jahren Bürgerkrieg und israelischer Invasion zerstörten Landes, geschweige denn für eine wirkliche Neuordnung herhalten kann.

Israel-Abkommen aufgekündigt

Zunächst sah es noch so aus, als würde nach der Eroberung West- und Südbeiruts und der Befreiung des Schufgebirges durch die nationalen Kräfte in Lausanne mehr herauskommen als noch im November 1983 in Genf. Dort hatte man sich lediglich auf die Feststellung des „arabischen Charakters“ des Libanon einigen können.¹

Immerhin war der Kanossagang Amin Gemayels Anfang März d.J. nach Damaskus, bei dem der libanesischer Präsident seinem syrischen Amtskollegen Hafez al-Assad die Aufkündigung des libane-

sisch-israelischen Abkommens von Khaldé (Mai 1983) versprochen hatte, erst durch den militärischen Druck der mit Syrien verbündeten patriotischen Kräfte zustande gekommen.

Das, was sich dann aber tatsächlich in Lausanne abspielte, war nichts anderes als die tragikomische Neuinszenierung des libanesischen Dramas.

In den Verhandlungen zwischen den neun Repräsentanten der verschiedenen libanesischen Klassen und Religionsgemeinschaften brachen all die Widersprüche wieder auf, die die gesellschaftliche Realität des Libanon seit seiner Unabhängigkeit charakterisieren: der Machtkampf zwischen den verschiedenen Familienclans um die Vorherrschaft innerhalb der maronitischen Gemeinschaft, das Gezänk zwischen maronitischer Kompradoren- und sunnitische Handels- und Nationalbourgeoisie um das größte Stück am Kuchen der politischen Macht, die gemeinsame Front aller Fraktionen der Bourgeoisie gegenüber allen Forderungen, die mehr Rechte und mehr Einfluß für die breite Masse des libanesischen Volkes mit sich bringen würden.

Dazwischen agierte ein Präsident, der, seiner sozialen Basis zunehmend beraubt, um seinen Präsidentenstuhl zu ret-

der Religionsporporzes im Parlament die völlige Entkonfessionalisierung der Verwaltung und vor allem der Armee und des Geheimdienstes, die bisher mehr oder weniger nur der verlängerte Arm der Phalangisten waren, die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk und die Wahl des Ministerpräsidenten durch das Parlament.

Um möglichen Ängsten der christlichen Gemeinschaften vor einer „moslemischen Übermacht“ entgegenzuwirken, sollte als zweite Kammer ein Senat eingerichtet werden, in dem jede Religionsgruppe ungeachtet ihrer wirklichen Größe vertreten und mit einem Veto-recht gegenüber allen Gesetzesvorschlägen, durch die sie „vitale Interessen“ gefährdet sähe, ausgestattet sein soll.

Noch auf der Genfer Konferenz vom Oktober/November 1983 hatte Junblat ein Papier vorgelegt, das als Gegenleistung für die Kündigung des israelisch-libanesischen Abkommens in der Verfassungsfrage weitgehende Zugeständnisse machte. Doch hatte sich durch die militärischen Erfolge der Linken vom Februar 1984 das Kräfteverhältnis im Libanon stark zugunsten der Opposition verschoben und sich gleichzeitig die phalangistisch geführte Regierung Gemayel der-

art diskreditiert³, daß die Linken innerhalb und außerhalb der Nationalen Errettungsfront – in Lausanne repräsentiert durch Junblat und Berri – die Abschaffung des Religionssystems auf die Tagesordnung setzen konnten. Denn der Konfessionalismus ist für sie die wichtigste Ursache für den seit Jahren immer wieder aufflammenden Bürgerkrieg.

Dieses System ermöglichte einer kleinen Minderheit von Libanesen den exklusiven Zugriff auf den Staatsapparat, ohne den breiten Schichten des Volkes eine



Syriens Außenminister Khaddam und A. Gemayel

Möglichkeit der politischen Artikulation zuzugestehen.

Zudem konnte es durch die starre Aufteilung der Macht unter den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie nicht einmal Kräfteverschiebungen innerhalb der herrschenden Klasse reflektieren, so daß jeweils entstehende Disproportionen sofort zu bürgerkriegsartigen Zusammenstößen eskalierten. Deren Leidtragende waren wiederum in erster Linie die einfachen libanesischen Arbeiter und Bauern, die Leute, die nicht das Geld hatten sich ins Ausland abzusetzen und ihr Scherflein ins Trockene zu bringen. Daß die Forderung nach Beendigung des Religionszwistes, der immer wieder zur Verschleierung der wirklichen Klassengegensätze erhalten mußte, ernst gemeint ist, wird auch deutlich daran, daß Junblats Kritik auch vor der eigenen Partei nicht haltmacht:

„Auch meine eigene Partei (Sozialistische Fortschrittspartei; d. Red.), die sich vor allem aus Drusen zusammensetzt, muß wieder zu ihrem Grundsatz einer multikonfessionellen sozialistischen Partei zurückfinden. Die Amal-Bewegung ist auch dazu entschlossen. Tatsächlich glauben Berri und ich, im Gegensatz zu unseren Gegnern und konservativen Verbündeten, und von dieser Überzeugung

werden wir nicht abgehen, daß die Entkonfessionalisierung des parlamentarischen Systems unabdingbare Voraussetzung für den Wiederaufbau eines modernen und brüderlichen Libanon ist, in dem es keinen Unterschied zwischen christlichen und moslemischen Bürgern gibt.“⁴

Genau diese Haltung führte auch Ende März d.J. zur Entwaffnung der nasseristischen Murabitun-Miliz (geführt von Ibrahim Koleilat) durch die patriotischen Kräfte in Westbeirut.

Die ehemals nasseristischen Murabitun, die vor der israelischen Invasion 1982 noch der libanesischen Nationalbewegung angehörten und deren Mitglieder vor allem dem sunnitischen Kleinbürgertum entstammen, hatten nämlich in den von ihnen kontrollierten Stadtbezirken damit begonnen, christliche Bewohner aus ihren Wohnungen zu vertreiben.⁵

Die beiden Führer der faschistischen Libanesischen Kräfte, Pierre Gemayel (Phalange) und Camille Chamoun (Nationalliberale Partei) machten gleich zu Beginn der Lausanner Konferenz deutlich, daß sie außer zu leichten Modifikationen der Verfassung (Änderung des Verhältnisses zwischen den Parlamentssitzen der christlichen und denen der moslemischen Gemeinschaften von jetzt 6:5 auf 5:5) zu keiner grundsätzlichen Verfassungsänderung bereit seien. Um Zeit für neue Waffengänge zu erhalten, waren sie ohnehin nur bereit, über eine Feuerpause und über die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ zu verhandeln. Der sollte es dann überlassen bleiben, weitere Schritte zur Konsolidierung des Libanon einzuleiten, ohne daß in Lausanne verhandelt werden sollte, welche Maßnahmen damit gemeint seien.

Hielt sich Pierre Gemayel noch mit einer Kritik an der Kündigung des Abkommens von Khalde zurück, um seinem Präsidenten-Sohn nicht in den Rücken zu fallen, so bezeichnete sein Verbündeter Chamoun die Kündigung des Abkommens als „schweren Fehler“, wenn nicht gar als „Verrat“⁶.

Ohnehin scheint sich Chamoun, der seit der Vernichtung seiner Tiger-Milizen 1980 durch die Phalange Pierre Gemayels nur noch die Rolle des Juniorpartners innerhalb der Libanesischen Kräfte spielt, von einem Ausbau der Beziehungen zu Israel eine Stärkung seiner Rolle innerhalb der faschistischen Allianz zu erhoffen.

Widersprüche gibt es auch im Lager der Phalangisten. So veröffentlichte parallel zu den Lausanner Verhandlungen Gemayels eigener Stabschef, Fuad Abu Nader, in Beirut ein Papier, in dem Israel als „einziger Verbündeter der Christen in der Region“ bezeichnet wird, der „geeignete Maßnahmen unternehmen wird, um

die Sicherheit der Christen zu schützen“⁷ – eine deutliche Warnung an die politische Führung der Phalangisten.

Die Vertreter des moslemischen Establishments Saeb Salam und Adel Osseiran, hielten ihrerseits die Zeit für gekommen, sich unter dem Druck der Volksbewegung der phalangistischen Hegemonie zu entledigen, und ihrer eigenen Klasse mehr Einfluß im Staatsapparat zu verschaffen.

Eine völlige Abschaffung des Religionsporporzes schwebt aber auch ihnen nicht vor, da sie dadurch sehr wahrscheinlich ihrer traditionellen Wählerschaft beraubt würden.

Raschid Karame, der noch nach der Unterzeichnung des libanesisch-israelischen Abkommens im Mai 1983 gemeinsam mit W. Junblat und Suleiman Frangieh die Nationale Errettungsfront gegründet hatte, um das Land vor dem Ausverkauf an Israel zu bewahren, kehrte jetzt, wo es um innere Reformen ging, den progressiven Kräften den Rücken, um sich wieder in die Front der sunnitischen Notablen einzureihen.

Ausscheren Frangiehs

Es war ausgerechnet der zweite konservative Kopräsident der Nationalen Errettungsfront, S. Frangieh, der den ausgehandelten Kompromißvorschlag torpedierte.

Er tat dies, weil der Kompromiß eine Verminderung der Rechte des maronitischen Präsidenten zugunsten des sunnitischen Ministerpräsidenten vorsah.⁸ Der ehemalige Staatspräsident und Verbündete Gemayels während des libanesischen Bürgerkrieges 1975/76 hatte 1978 das Rechtsbündnis verlassen, nachdem seine Bündnispartner zu deutlich die Fühler gen Israel ausgestreckt hatten, während er selbst eher auf eine Zusammenarbeit mit Syrien setzte. Und jetzt richtete Frangieh, der eben noch im Lager der Opposition gestanden hatte, an die beiden anderen maronitischen Führer den Vorwurf, die Interessen ihrer Religionsgemeinschaft verraten zu haben.

Enttäuscht kommentierte Walid Junblat das Verhalten seiner bisherigen Bündnispartner: „Man hat uns von zwei Seiten im Stich gelassen: zum einen seitens der sunnitischen Führer, denen es leider wichtiger war, ein größeres Stück des Kuchens zu ergattern, als das Prinzip des laizistischen Staaten zu verteidigen, zum anderen von Frangieh, der nur seine Rivalen Pierre Gemayel und Camille Chamoun zu überbieten trachtet, um sie von der Führung der maronitischen Gemeinschaft zu vertreiben.“⁹

Schon vor Lausanne waren auch bestimmte Differenzen zwischen Syrien

Kommuniqué der Lausanner Konferenz

An der zweiten Runde der Nationalen Versöhnungskonferenz vom März 1984 in Lausanne (Schweiz) — die erste Runde fand im Herbst 1983 in Genf statt — nahmen neun libanesische Politiker und je ein Vertreter Syriens und Saudi Arabiens als offizielle Beobachter teil. Den Vorsitz führte Libanons Staatspräsident Amin Gemayel. Die Konferenz nahm folgende Schlußdeklaration an:

Die Libanesische Versöhnungskonferenz, die vom 12. bis zum 20. März 1984 in Lausanne tagte, hat einen bedeutenden Fortschritt bei der Behandlung der konstitutionellen, politischen und sozialen Probleme erzielt, die auf der Tagesordnung standen. Das schließt unabwendbar die Bildung eines institutionellen Komitees ein, das aus einer Anzahl von Juristen und Politikern besteht, die mit der Vorbereitung der zukünftigen Verfassung beauftragt werden.

Die Konferenz hat einstimmig beschlossen: 1. einen Waffenstillstand und die Ausarbeitung eines Sicherheitsplanes, der auf folgendem beruht:

- Entflechtung der Streitkräfte,
 - Rückzug der schweren Waffen,
 - Ausarbeitung eines Plans, der die Rückkehr der Armee in ihre Kasernen vorsieht,
 - Übernahme der Verantwortung für Sicherheit und Ordnung durch die inneren Sicherheitskräfte (Gendarmerie), die durch Wehrpflichtige und Reservisten der Armee ergänzt werden,
 - Bildung eines hohen Sicherheitskomitees, militärisch und politisch, das unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik steht. Dieses Komitee wird verantwortlich sein, den Sicherheitsplan durchzuführen, Beschlüsse zu fassen und im Rahmen der genannten Grundsätze entsprechende Maßnahmen zu treffen;
 - 2. die Einstellung aller negativen Medienkampagnen in jeder Form;
 - 3. die Bildung eines institutionellen Komitees, das einen neuen Verfassungsentwurf für den Libanon der Zukunft ausarbeitet. Dieses Komitee besteht aus 32 Mitgliedern, die der Präsident der Republik in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Konferenz auswählt. Das institutionelle Komitee muß innerhalb von 6 Monaten einen Bericht über die Ergebnisse seiner Arbeit vorlegen;
 - 4. die Mitglieder der Versöhnungskonferenz werden ihre Konsultationen fortsetzen und auf Einladung des Präsidenten der Republik zusammentreffen;
 - 5. die Konferenzteilnehmer schätzen die konstruktive Rolle Seiner Exzellenz, des Ministers Mohamad Ibrahim Al-Massoud, Vertreter Seiner Majestät König Fahd Ibn Abdul Aziz (Saudi Arabien), und Seiner Exzellenz, des stellvertretenden Präsidenten der Syrischen Arabischen Republik, Abdul Halim Khaddam, Vertreter Seiner Exzellenz Präsident Hafez al-Assad, hoch ein;
 - 6. die Konferenz dankt den Behörden des Kantons Vaud und den Schweizer Bundesbehörden für ihre gute Gastfreundschaft und ihre Bemühungen, die die besten Voraussetzungen für den Ablauf der Arbeiten dieser Konferenz geschaffen haben.
- (Quelle: Arab News, Jidda, 22.3.1984)

und dem linken Flügel der libanesischen Opposition deutlich geworden.

Noch als Berri und Junblat in Beirut den Rücktritt Amin Gemayels forderten, dem sie die Hauptverantwortung für die schweren Verwüstungen in Südbeirut zuschrieben, versicherte der syrische Präsident Assad dem libanesischen Besucher Amin Gemayel seine Unterstützung als Gegenleistung für die Kündigung des Khalde-Abkommens.

Für die Syrer erscheint ein schwacher Präsident Gemayel, dem das Regime in Damaskus leicht seinen Willen aufzwingen kann, vorteilhafter als eine selbstbewußte, von den libanesischen Massen (sie haben die syrische Intervention auf seiten der Phalangisten im Bürgerkrieg 1976 noch nicht vergessen) getragene patriotische Regierung in Beirut.

In Lausanne wandelte sich die Rolle der Syrer. Sie waren durch die Unterstützung der Nationalen Rettungsfront und durch die Präsenz eigener Truppenkontingente im Libanon, die den fortschrittlichen Milizen eine gewissen Rücken- deckung gewährt hatten, faktisch selber zur Konfliktpartei geworden. Nun schlüpfte sie wieder ins Gewand eines Vermittlers, der versucht, es allen Recht zu machen.

Das Hauptanliegen der syrischen Libanonpolitik waren die Kündigung des libanesisch-israelischen Abkommens von Khalde und die Beendigung der US-Truppenpräsenz im Libanon. Insofern deckt sich das Interesse Syriens mit dem der libanesischen demokratischen Kräfte.

Die israelische Hegemonie im Libanon, die durch das Khalde-Abkommen besiegelt werden sollte, die Festschreibung der israelischen Militärpräsenz im Südlibanon und die weitreichenden Interventionsmöglichkeiten sowohl für die zionistische Armee wie auch für die USA selber, stellten eine direkte Bedrohung Syriens dar.

Dies hätte einmal den militärischen Nachschub Syriens über die libanesischen Häfen unmöglich gemacht. Zum anderen hatte der US-Imperialismus schon mehrfach versucht, den Libanon in ein Sprungbrett für Aggressionen gegen Syrien zu verwandeln.¹⁰

Das von Washington initiierte Abkommen vom 17. Mai 1983 sollte eine Lösung des Nahostproblems im US-amerikanischen Sinne vorbereiten helfen, bei der die von Israel annektierten Golanhöhen keine Rolle mehr gespielt hätten. Nach der Vertreibung der Marines aus Beirut und der Kündigung des Khalde-Abkommens durch Amin Gemayel lag das Hauptinteresse des Assad-Regimes allerdings in einer möglichst schnellen Befriedung und Stabilisierung des Nachbarlandes. Denn der anhaltende Bürgerkriegszustand kann immer wieder als

Vorwand für die USA und Israel herhalten, im Libanon zu intervenieren. Dabei wäre eine Konfrontation mit Syrien fast unausweichlich, was die jetzt errungenen Positionsgewinne Syriens wieder zunichte machen könnte.

Zwar weiß auch Damaskus ganz genau, daß ohne die Abschaffung des Konfessionalismus im Libanon langfristig keine Stabilität herzustellen ist¹¹. Man weiß aber auch, daß die Abschaffung des Religionsystems nur gegen die gesamte libanesische herrschende Klasse durchzusetzen ist und unweigerlich zu einer offenen militärischen Konfrontation mit den Phalangisten führen muß.

Gerade das will Syrien jedoch vermeiden — aus Furcht, daß die Führung der Phalangisten als Gegenreaktion einen maronitischen Staat nach dem Vorbild des „Freien Libanon“ des Major Haddad proklamieren und sich dann offiziell der Protektion Israels unterstellen könnten.

Syrischer Rollentausch

„Unsere syrischen Freunde“, so W. Junblat, „die ja auch bei sich ein laizistisches Regime haben, sind im Prinzip nicht vollkommen anderer Meinung als wir. Aber sie versuchen gleichzeitig, sich der Unterstützung unserer christlichen Gegner zu vergewissern, um den inneren Frieden herzustellen und sie für die arabische Sache zu gewinnen. Damaskus versucht gute Beziehungen zu allen Fraktionen der politischen Führung herzustellen, um sie so insgesamt zu seinem Verbündeten zu machen.“¹²

Diesen Anschein der Überparteilichkeit Syriens erhärtete Hafez al-Assad Anfang April d.J. mit der Aussage: „Unsere Position hinsichtlich einer Regierung der nationalen Einheit ist die der vollen Unterstützung. Falls eine solche Regierung gebildet ist, werden wir auf ihre Anforderungen eingehen, weil sie die Vertretung des libanesischen Volkes sein wird. Solch eine Regierung wird auf der Seite Syriens stehen, um Israel bedingungslos aus dem Libanon auszuschließen.“¹³

Durch die Rolle des Vermittlers versucht das Assad-Regime nicht zuletzt sein eigenes politisches Gewicht in der Region zu stärken. Es tut dies nicht zuletzt mit Blick auf zukünftige globale Nahostverhandlungen und als Gegengewicht zu der sich anbahnenden Allianz zwischen Palästinenserführer Arafat, dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und dem jordanischen König Hussein.

Andererseits sind seinem politischen Spielraum durch seine starke finanzielle Abhängigkeit von Saudi Arabien, das immerhin 1/3 des syrischen Staatsbudgets finanziert, gewisse Grenzen gesetzt.

Nicht zuletzt reflektiert die syrische Position gegenüber den verschiedenen

politischen Kräften im Libanon auch das politische Kräfteverhältnis in Syrien selbst. Dort haben die Spannungen zwischen dem antiimperialistischen Flügel des Baath-Regimes – repräsentiert durch Präsident Assad und die Führung des Militärs – und dem prowestlichen Flügel, geführt vom Präsidentenbruder Rifaat Assad, zugenommen.

Durch ihre Unschlüssigkeit in Lausanne haben die Syrer eher das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten – nämlich ein gewisses Mißtrauen bei ausnahmslos allen libanesischen Beteiligten.

Einen Tag nach dem Ende der Konferenz kündigte ein Sprecher der Phalangisten an, in direkte Verhandlungen mit der Sozialistischen Fortschrittspartei W. Junblats, der Amal und anderen Gruppen, eingeschlossen die Kommunistische Partei, treten zu wollen. Gerüchte in Beirut besagen, daß es schon erste Kontakte gegeben hätte.

Aber selbst wenn sich diese Gerüchte bewahrheiten sollten, wird eine Lösung des Libanonkonflikts ohne Syrien kaum möglich sein. Es ist nach wie vor das Haupthindernis für die Durchsetzung der US-Nahostpläne. Und es hat dank der engen politisch-militärischen Kooperation mit der Sowjetunion auch bislang weder Drohungen und Erpressungen noch Versprechungen der Reagan-Administration nachgegeben.

Im Gegenteil, das gegenwärtige syrische Regime hat durch den Abschluß von zwei US-Aufklärungsflugzeugen im Dezember 1983 gezeigt, daß es nicht bereit ist, sich der amerikanischen Dominanz im Nahen Osten zu unterwerfen.

Das räumt auch Junblat ein, wenn er sagt: „Ich will einen vereinigten, arabischen, souveränen und laizistischen Libanon. Das war auch das Programm meines Vaters. Aber ob ich will oder nicht, ich kann dieses Programm nur in einer Allianz mit Syrien verwirklichen.“¹⁴

Anmerkungen:

- 1) Siehe AIB 1/1984, S. 8ff.
- 2) Le Monde (LM), Paris, 14.3.1984
- 3) Siehe AIB 3/1984, S. 4-12
- 4) LM, 17.3.1984
- 5) Vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 319/9.4.1984, S. 13
- 6) LM, 14.3.1984
- 7) Ebenda
- 8) LM, 21.3.1984
- 9) Ebenda
- 10) Siehe AIB 11-12/1983, S. 11-13 und AIB 3/1984, S. 5ff.
- 11) In Lausanne befürwortete Syriens Außenminister Khaddam zwar eine vage gehaltene „Reform“ des libanesischen Systems, aber nicht die von der libanesischen Linken geforderte Absetzung Präsident Amin Gemayels. Khaddam weiter: „Der Libanon muß ein vereinigtes, unabhängiges und souveränes Land bleiben.“ The Middle East, London, April 1984, S. 8
- 12) LM, 17.3.1984
- 13) Time, New York, 2.4.1984
- 14) LM, 17.3.1984

Grenada

Rupert Downing

Erkenntnisse im besetzten Grenada



US-Ranger führen „Subversions“verdächtige Grenadier ab

In der Woche vor Weihnachten 1983 weilte eine britische Kommission in Grenada, die die Situation nach der US-Invasion (25.10.1983) untersuchte. Unter ihren acht Mitgliedern befanden sich u.a. der Abgeordnete der Labour-Partei, Jeremy Corbin, und der Vorsitzende der britisch-grenadischen Freundschaftsgesellschaft, Rupert Downing. Wir bringen Ausschnitte aus R. Downings Bericht über die Lage in Grenada, den er auf der Grenada-Solidaritätskonferenz am 28. Januar d.J. in Hamburg (siehe AIB 3/1984, S.36ff.) vortrug.

Als wir uns in Grenada befanden, kündigten die US-Amerikaner an, daß sie ihre „Kampftruppen“ abziehen und nur 300 Militärpolizisten zurücklassen würden, die zusammen mit karibischen Streitkräften die Sicherheit der Insel aufrecht erhalten sollten.

Tatsächlich jedoch wurde nur ein Teil der schweren Ausrüstungen und ein Teil der US-Streitkräfte abgezogen. Eine sehr große und sehr gut ausgerüstete karibische und US-amerikanische Streitmacht verschanzte sich in Grenada und setzte damit die militärische Besetzung der Insel fort.

Zusätzlich zu dieser andauernden militärischen Besetzung Grenadas gab es eine umfangreiche geheimdienstliche Präsenz.

Das größte Ministeriumsgebäude in der

Hauptstadt St. George's – der Sitz des Ministeriums für nationale Mobilisierung – wurde vom CIA übernommen, und zu seinem Hauptquartier gemacht.

Die Geheimdienstoperationen bestanden im Grunde in einer andauernden Belästigung und Überwachung aller Grenadier, die in irgendeiner Art während der Revolution politisch tätig waren. Darunter waren nicht nur Mitglieder der New Jewel Bewegung (NJM), sondern auch Menschen, die Aktivisten in der Nationalen Frauenorganisation, in den Gewerkschaften und in anderen progressiven Organisationen waren, die während der Revolution arbeiteten. Diese Operation schloß die Inhaftierung von über 1.200 Grenadiern im Straflager von Point Salines ein.

Wir sprachen mit einigen Leuten, die in diesem Lager gefangen gehalten wurden, und wir erfuhren Einzelheiten über ihre Behandlung während der Inhaftierung. Diese Behandlung schloß die Benutzung von Würgestricken ein, um die Menschen während den Verhören zu foltern. Die Gesichter von Gefangenen wurden in Schlammflöcher getaucht und es gab andere Arten von Verletzungen, die ihnen während der Inhaftierung zugefügt wurden.

Das Ziel dieser Vernehmungen, die die US-Geheimdienstleute an dieser sehr großen Gruppe von Grenadiern vornahmen, war nicht Aufklärung über jene

Leute zu erhalten, die verantwortlich für die Ereignisse am 25. Oktober waren. Es ging ihnen nur darum deren Mitgliedschaft und Aktivitäten festzustellen, Details über die Organisation der NJM und anderer progressiver Organisationen des Landes zu erhalten.

Die gesamte Operation, die die US-Amerikaner durchführten, hatte zum Ziel, den „kommunistischen“ Einfluß festzustellen sowie jegliche progressiven Kräfte im Land einzuschüchtern und zu neutralisieren, um damit die fortdauernde Besetzung des Landes abzusichern.

Um dieses Ziel zu erreichen, war das Büro des britischen Generalgouverneurs Paul Scoon im Grunde eine US-amerikanische Behörde.

Auf seinem Schreibtisch gab es drei Flaggen, eine US-amerikanische, eine barbadische, eine jamaikanische, aber keine grenadische Flagge, noch nicht einmal eine britische. Der Generalgouverneur, der von US-Beamten angeleitet und beraten wird, führt das Land diktatorisch durch Dekrete.

Es ist ebenfalls wichtig, die Position des Übergangsrates zu verstehen.

Die offiziellen Medien suggerieren in

ihren Berichten, daß diese Übergangsregierung in Grenada eine neutrale sorgsame Regierung ist, die aus ehrenwerten Beamten besteht, die in der Lage seien weiter dazu beizutragen, das Land zu demokratischen normalen Verhältnissen zu führen. Tatsache ist jedoch, daß der Übergangsrat nur über eine eingeschränkte Autorität verfügt, die an ihn durch den Generalgouverneur delegiert wird.

In all unseren Diskussionen mit Mitgliedern dieses Übergangsrates war ersichtlich, daß er weit davon entfernt ist, eine neutrale, nichtpolitische Autorität zu sein.

Eines der wichtigsten Tätigkeitsgebiete des Übergangsrates war die sofortige Suspendierung aller progressiven Massenorganisationen und lokalen demokratischen Räte (parish councils) sowie die Einstellung einer großen Zahl von Wohlfahrtsprogrammen.

Im öffentlichen Dienst und den verschiedenen Ministerien wurde eine große Zahl von Menschen entfernt. Die Gesamtzahl der Personen, die seit der Invasion entlassen wurden, wurde von der kanadischen Hilfsorganisation in Grenada auf 3.500

geschätzt.

Zusätzlich wurden wirtschaftliche Schlüsselprojekte, die von der Revolutionären Volksregierung (PRG) begonnen worden waren, gestoppt.

Dazu gehören die agroindustriellen Werke, der kaffeeverarbeitende Betrieb, die Ausbildungsschule der Staatsfarmen und andere Projekte, die – wenn möglich – privatisiert werden sollen.

Im landwirtschaftlichen Bereich wurde bereits mehr als die Hälfte des vom Staat kontrollierten Landes vom Übergangsrat in Privatbesitz zurückgegeben.

Eine andere Auswirkung ist die, daß jegliche geplante Hilfe, die aus verschiedenen Quellen nach Grenada fließen sollte, darunter von der Organisation erdöl-exportierender Länder (OPEC), aus osteuropäischen Ländern und 14 Mio Pfund Sterling von der Weltbank, gestoppt wurde.

Die einzige Hilfe, die nach Grenada fließt, kommt aus den USA und Großbritannien.

Das allgemeine Ziel des Hilfsprogramms ist der Aufbau einer Infrastruktur, die die US-amerikanische militärische Präsenz rund um den Flughafen von Point Salines unterstützen wird und die die Grundlage für US-Investitionen in Grenada schaffen soll (siehe auch Kasten zum Programm US-AID; d. Red.).

Ein anderes wichtiges Hilfsgebiet ist der Aufbau einer 550 Mann starken paramilitärischen Polizeitruppe, die für die Sicherheit verantwortlich sein soll. Das Hauptziel des Hilfsprogramms ist die wirtschaftliche Abhängigkeit Grenadas von den USA zu erhöhen.

Sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in anderen Politikbereichen wird versucht, das grenadische Modell einer gemischten Wirtschaft mit einem lebendigen Staatssektor und der Teilnahme des Volkes an der Planung des Landes abzuschaffen und eine Wirtschaft die vollständig vom Privatsektor beherrscht wird aufzubauen.

Die einzigen Leute, die Zugang zur Übergangsregierung haben, sind die Handelskammer, die die Handelsbourgeoisie vertritt, und die Plantokratie, die Großgrundbesitzer.

Als wir dort waren, organisierte die Handelskammer eine Petition, die in St. George's zirkulierte, um zu erreichen, daß die US-Streitkräfte mindestens 5 Jahre bleiben sollten. Die sog. nichtpolitische Übergangsregierung legte jedem staatlichen Angestellten einen Fragebogen vor, in dem er gefragt wurde, ob die US-Amerikaner weitere 5 Jahre bleiben sollten oder ob Grenada ein assoziierter Staat der USA werden sollte. Während unserer Anwesenheit plante ein Komitee von Geschäftsleuten in St. George's eine proamerikanische Demon-

Fortsetzung auf S. 41

Geheimpläne der US-AID

Programm zur Rückverwandlung Grenadas

Ein Geheimdokument der offiziellen Agentur für Internationale Entwicklung der USA (US-AID) belegt, wie die US-Besitzer in Grenada für vorrevolutionäre Zustände sorgen wollen – um das Land in ein Investitionsparadies für US-Konzerne zu verwandeln. Der darin enthaltene „Plan für eine langfristige wirtschaftliche Entwicklung“, der eine Finanzhilfe von 20 Mio Dollar vorsieht, ist Teil eines umfassenden Dokuments, das vom Major der US-Streitkräfte, Gary Henderson, und vom AID-Funktionär Bob Otto ausgearbeitet wurde.

Das hier in Auszügen veröffentlichte Dokument beweist eindeutig, daß auf Grenada nicht die Übergangsregierung oder der Generalgouverneur, sondern nach wie vor die US-Besitzer das Sagen haben.

Finanzhilfe

Der Plan sieht eine Finanzhilfe für folgende Bereiche vor (Zahlen in Mio Dollar):

● Stärkung der wirtschaftlichen Stabilität und Liquidität	5,0
● Wasserversorgung	5,0
● Verbesserung des Straßensystems	4,5
● Gesundheit und Erziehung	3,0
● Programme der landwirtschaftlichen Expansion	2,0
● Programme für Schenkungen an Private Freiwillige Organisationen (OPGS) und Spezielle Entwicklungsaktivitäten (SDA)	0,5
(...)	

Programme

- Fortsetzung des Flughafenbaus.
- Wiederaufbau der durch den Krieg beschädigten Gebäude. (...)
- Kurzfristige und langfristige Garantierung der Sicherheit und Stabilität.
- Umstrukturierung des Bildungssystems.
- Aufhebung der Preiskontrollen und Revision der Struktur der Zolltarife.
- Neue Regierungspolitik im Bereich der Privatinvestitionen.
- Beseitigung der Staatsfarmen und des staatlichen Handelsverkehrs. (...)

Empfehlungen

- (...)
- Fortsetzung der nordamerikanischen militärischen Präsenz um Berater- und Kampfaufgaben wahrzunehmen. Schwerpunkt der Aktivitäten in den Bereichen zivile Angelegenheiten, Ingenieurwesen, psychologische, legale und medizinische Operationen. (...)
- Schrittweise Aufgabe der Preiskontrolle für Lebensmittel, Herabsetzung der Steuern für Importgüter und Erhöhung der Produktion der landwirtschaftlichen Exportgüter. (...)
- Durchführung eines Dialogs und einer wirtschaftlichen Analyse, um die staatlichen Betriebe zu verkaufen. (...)

(Quelle: Pensamiento propio, Managua, Nr. 11-12/Januar 1984, S.30)

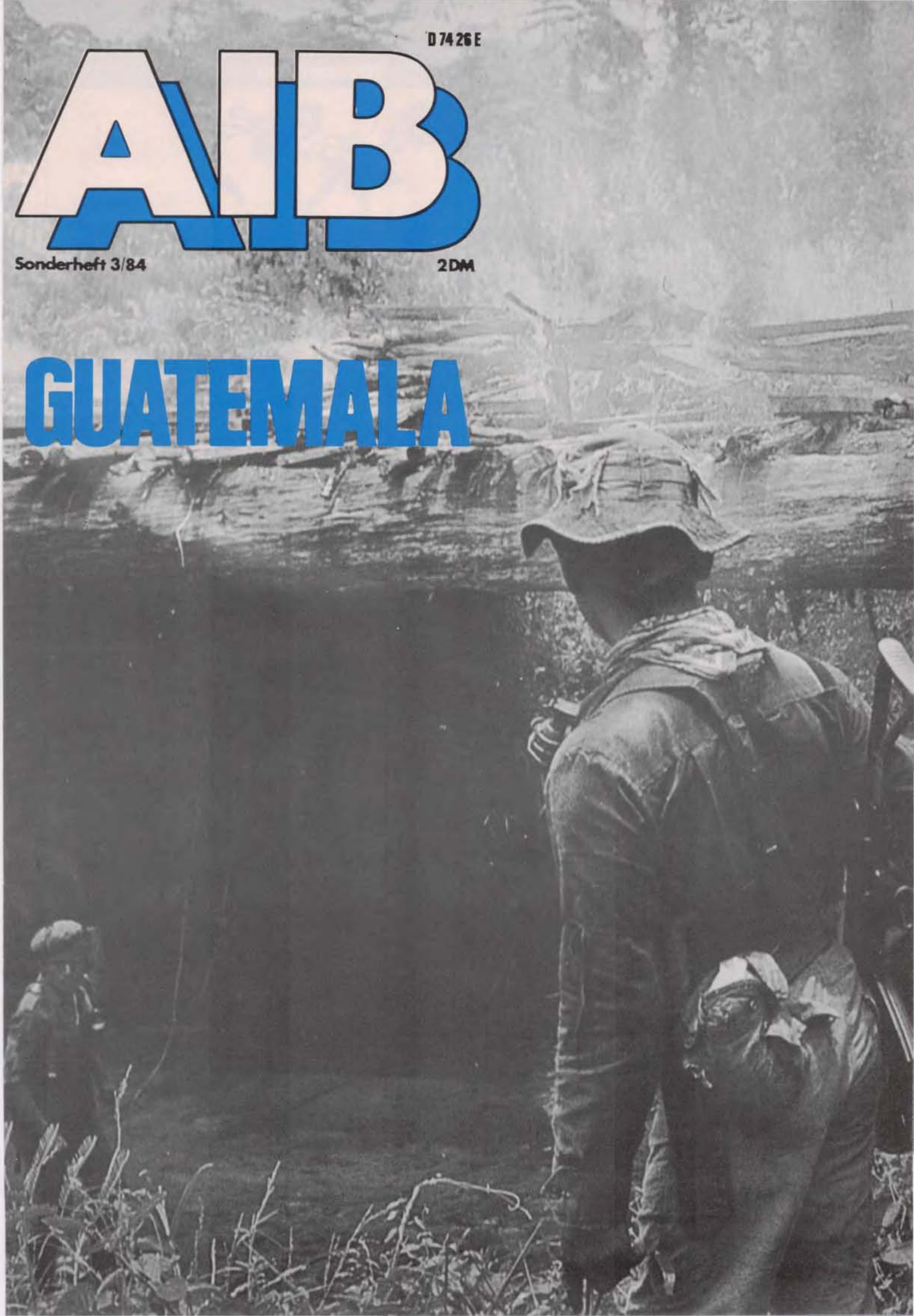
D 74 26 E

AIB

Sonderheft 3/84

2DM

GUATEMALA



Inhalt

Vorbemerkung	II
<i>Nico Biver</i> Guatemalas Platz in der Mittelamerikakrise	III
Franz Bushin Die Aufstandsbekämpfung bleibt Regierungsprogramm	V
Guatemala-Daten	VI
Vereinigungsproklamation der URNG	IX
<i>Bernd Graul</i> Krisen ohne Unterlaß	XV
<i>Gespräch mit Julia Esquivel</i> Christen im Widerstand	XVIII
<i>Das Beispiel Coca-Cola</i> Versuch, eine Gewerkschaft zu zerstören	IXX
Geschichte eines blutigen Kampfes	XX
<i>Die US-Intervention 1954</i>	XXI
<i>Aktions- und Materialspiegel</i>	XXII

Vorbemerkung



„Ich glaube, daß Guatemala ein Schlüssel zu Lateinamerika ist... Die guatemaltekeische revolutionäre Erfahrung bietet wichtige Schlüssel für ganz Lateinamerika. Nicht als ein nachahmenswertes Modell, ...sondern als eine Quelle großer, schmerzlich erlernter Lektionen...“ So kennzeichnete der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano in seiner Schrift „Guatemala: Occupied Country“ (Besetztes Land) die Beispielwirkung des Landes Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre.

Die Hoffnungen in den Reformprozeß 1944-54 im nördlichsten Staat Mittelamerikas wurden durch die US-Intervention 1954 zerschlagen. Als in den Jahren 1966/67 in Guatemala die Guerilla, unter Einsatz von US-Militärberatern, aufgerieben wurde, ging eine weitere – durch den Guerillasieg in Kuba 1959 genährte – Hoffnung der Völker Mittelamerikas zu Bruch. Die Militärdiktatur Guatemalas verschaffte sich mit der Ermordung von rund 70.000 Oppositionellen bis Anfang der 80er Jahre Weltruf.

Mit dem Sieg der Sandinistas in Nicaragua 1979 und der ihn begleitenden Krise der Diktaturen und dem Aufschwung des Volkswiderstands in El Salvador und Guatemala rückte die sog. United-Fruit-Republik erneut in den Blickpunkt. Im aktuellen Interventionskonzept der Reagan-Administration in Mittelamerika ist Guatemala eine aktive Vorpostenrolle gegen die Befreiungsbewegung El Salvadors und das befreite Nicaragua zudedacht. Doch der guatemaltekeische Widerstand bindet ein ansehnliches Interventionspotential im eigenen Land. Kommt es zur regionalen Eskalation, so wird Guatemala zwangsläufig einer der Kampfschauplätze sein.

Aus bundesdeutscher Sicht gibt es einen Grund mehr, sich dem Innenleben Guatemalas eingehender zuzuwenden: die skandalöse Haltung der Bundesregierung. Staatsminister Alois Mertes (CDU) reihte nach einer Mittelamerikareise im März d.J. Guatemala ins Lager der „demokratischen Grundordnung“ ein: „Guatemala hat 1982 nach langen Jahren blutiger Diktatur aus eigener Kraft einen Demokratisierungsprozeß eingeleitet.“ Und die Bundesrepublik habe da mitzuhelfen.

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: P. Bergmann, U. Kampmann, U. Nettelbeck, W. Paulus

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,— DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 14. 4. 1984

Anzeigen: Guatemala Infostelle, Argument, Öko Päd, Grenada-Nachrichten, EAST, Forum, Linke Zeitung, Roederberg Verlag, Horizont, AG Spak, Brigade Carlos Fonseca, Weltkreis Verlag, Volksuni, CON, Solidaritätshop 3. Welt.



„Green Berets“ in Guatemala

Guatemala in der Mittelamerikakrise

Nico Biver

Der US-Botschafter Frederick Chapin, der inzwischen abgelöst wurde, begründete seine Beteiligung am Militärputsch vom 8. August 1983 damit, daß General Rios Montt zwar der „beste Präsident war, den Guatemala in letzter Zeit hatte, jedoch nicht die Anforderungen der USA erfüllte“.¹

Hauptkritikpunkt Washingtons war die mangelnde Einbeziehung Guatemalas in die Mittelamerikapläne Reagans. Von Mejia Victores erhoffte man sich eine bessere Abstimmung der Politik in diesem Bereich.

Anfängliche Äußerungen der neuen Machthaber schienen diese Erwartungen zu bestätigen.

Der damalige Armeechef Lopez Fuentes bezeichnete am 27. August 1983 „die Einheit der mittelamerikanischen Armee mittels des Mittelamerikanischen Verteidigungsrates (CONDECA) als angebracht und nötig. Dadurch können wir die Probleme der Subversion in der Region beenden, über die Verteidigung Mittelamerikas wachen, die lokalen Armeen stärken und den Vormarsch des Kommunismus bekämpfen“.²

Auf Initiative und unter Führung der neuen guatemaltekischen Militärregierung kam es im Oktober 1983 zur Wiederbelebung dieser schon totgeglaubten Allianz unter Einschluß von Honduras und El Salvador. Die militärische und politische Stoßrichtung, die der US-amerikanischen Mittelamerikapolitik entspricht, wurde nie verheimlicht: Zurückdrängung der Befreiungsbewegung in El Salvador und als strategisches Hauptziel die Zerschlagung der sandinistischen Revolution.

Die guatemaltekische Armee beteiligte sich auch zwischenzeitlich an militärischen Drohgebärden gegenüber der sal-

vadorianischen Guerilla, indem sie in demonstrativer Weise für kurze Zeit ein Truppenkontingent an die Grenze schickte. Gleichzeitig dämpften jedoch verschiedene Äußerungen guatemaltekischer Armee- und Regierungsvertreter den Optimismus der USA über die Einbeziehung der guatemaltekischen Armee in ihre Interventionspläne.

General Lopez Fuentes erklärte im September 1983, seine Regierung würde sich „nicht in Konflikte mit anderen Nationen der Region einmischen“.³ Und noch deutlicher drückte sich Außenminister Anrade am 15. Dezember 1983 aus: „Guatemala verfolgt eine sehr unabhängige Außenpolitik. Was Mittelamerika anbetrifft, so wollen wir nicht als Instrument ausländischer Kräfte benutzt werden. Wir sind aufgefordert worden, eine aktivere Rolle in Mittelamerika zu spielen, und wir haben uns einfach geweigert.“⁴

Genügend im eigenen Land zu tun

Anrade nennt die ausländischen Kräfte zwar nicht beim Namen, doch es ist eindeutig, daß damit die USA gemeint sind. Mejia Victores drückte sich im März d.J. gegenüber der spanischen Nachrichtenagentur EFE noch deutlicher aus.⁵ Er erklärte, daß eine militärische Invasion gegen Nicaragua die Probleme der Region nicht lösen würde, und lehnte eine Teilnahme an regionalen Militärmanövern ab. Daß dies nicht nur Lippenbekenntnisse sind, zeigt auch die Tatsache, daß Guatemala trotz des Drängens Washingtons nicht an den US-Manövern „Grenadero I“, die am 1. April d.J. in Honduras begannen, teilnimmt. Die Gründe dafür, daß die jetzige Dikta-

tur sich nicht vollständig den Interventionsplänen der Reagan-Administration in der Region unterwerfen will, sind in der besonderen Lage der guatemaltekischen Bourgeoisie und Armee zu suchen. Die guatemaltekischen Agrarexporteure, die traditionell ihre Produkte auf dem mittelamerikanischen Markt absetzen, mußten bereits jetzt durch Verschärfung der Kriegssituation Ausfuhrminderungen hinnehmen. Die Handels- und Industriebourgeoisie will vermeiden, daß die Wirtschaft des Landes unter den Folgen eines regionalen Krieges noch mehr in Mitleidenschaft gezogen wird.

Große Teile der Armee und der Bourgeoisie wollen nicht für die USA die Kastanien aus dem Feuer holen.

Sie haben im eigenen Land genügend „zu tun“, um die Guerilla in Schach zu halten. Sie können es sich deshalb rein militärisch nicht leisten, größere Teile ihrer knapp 20.000 Mann starken Armee in anderen Ländern einzusetzen.

Dies heißt jedoch nicht, daß Guatemala kein Interesse daran hätte, einen Sieg der Befreiungsbewegung in El Salvador zu verhindern und die Revolution in Nicaragua rückgängig zu machen. Im August 1983 besuchte zwar zum ersten Mal seit dem Sieg der sandinistischen Revolution wieder ein guatemaltekischer Außenminister Nicaragua, aber für Mejia Victores bleibt das Land weiterhin „Zentrum der Instabilität“ und als solches sein Gegner.

Aus diesem Grund sind die Regierenden in Guatemala nach Aussagen von Oberst Djamala Dominguez gern dazu bereit, die befreundeten Armeen mit Munition zu versorgen oder auf Wunsch Militärberater zu entsenden. Aber alles das geschieht mit der Absicht, daß die entsprechenden Armeen „ihre Probleme“ selbst

lösen.

Auf politischer Ebene bildet Guatemala zusammen mit den Regierungen von El Salvador, Honduras und Kostarika die sog. diplomatische Achse, deren Ziel es ist, Nikaragua diplomatisch und politisch zu isolieren und nicht zuletzt die Friedensbemühungen der Contadora-Staaten (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama) zu behindern.

Die „Achsenmächte“ gaben in der Vergangenheit mehrfach gemeinsame Erklärungen zur Verurteilung angeblicher Übergriffe nikaraguanischer Truppen gegen Honduras und Kostarika ab. Und für das Contadora-Treffen in Panama am 8. Januar d.J. hatten sie ebenfalls ein Paket von Forderungen vorbereitet, um eine mögliche Friedenslösung hinauszuzögern.

Auf Washington angewiesen

Diese politischen Hilfsdienste sind der Reagan-Administration allerdings zu wenig. Mehrere Faktoren könnten die Mejia-Victores-Diktatur dazu bewegen, sich stärker den Wünschen Washingtons zu beugen.

Die Verstärkung des Guerillakampfes, die sich derzeit abzeichnet, wird dazu führen, daß Guatemala auf Militärhilfe der USA angewiesen bleibt. Die Reagan-Administration hat bereits jetzt 10,4 Mio Dollar Unterstützung für 1985 beantragt. Bisher konnte die Militärhilfe nur auf Umwegen nach Guatemala gelangen, da die Carter-Administration sie 1977 wegen der Menschenrechtsverletzungen eingestellt hatte.

Vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet verfügt Washington über mehrere Trümpfe, um Guatemala gefügig zu machen. US-Konzerne kontrollieren nicht nur über 30% der Industrie, sondern die gesamte Nickel-, Erdöl- und Bananenproduktion. Die Kreditabhängigkeit der Regierung und der Bourgeoisie von US-Banken und von internationalen Finanzinstitutionen, die wie der Internationale Währungsfonds (IMF) von den USA kontrolliert werden, und ein Außenhandelsanteil der USA von über 30% machen die Druckmöglichkeiten auf Guatemala deutlich.

Angesichts der Wirtschaftskrise im Land ist Guatemala außerdem auf Wirtschaftshilfe angewiesen, die in größerem Umfang nur von den USA kommen kann. Bis 1990 will die Reagan-Administration, entsprechend den Plänen der Kissinger-Kommission 4,5 Mrd Dollar lockern machen.

Dies soll nicht nur das Regime stabilisieren, sondern ihm auch eine Teilnahme an den Interventionsplänen schmackhaft machen.

Damit es aber soweit kommt, muß Rea-

gan zuhause noch einige Hürden überwinden.

Im November 1983 hatte der Kongreß sowohl die beantragte Militär- als auch die Wirtschaftshilfe wegen der Menschenrechtsverletzungen abgelehnt. Der jetzt beantragten 10,4-Mio-Dollar-Waffenhilfe droht ein ähnliches Schicksal, obwohl Reagan vor dem Senat von einer „signifikanten Verbesserung der Menschenrechte“ zu berichten wußte.⁶

Aus diesem Grunde fordert Washington von den Machthabern in Guatemala, den Terror etwas zu verringern. Um die Unterstützung für Guatemala im US-Kongreß durchsetzen zu können, aber auch um die Aggressionspolitik gegen Nikaragua zu rechtfertigen, forderte die Reagan-Administration von Mejia Victores, Scheinwahlen durchzuführen. Nach anfänglichen Protesten stimmte dieser dem, nicht zuletzt auf inneren Druck hin, zu.

Trotzdem zeichnet sich noch keine Verringerung der internationalen Isolierung des Regimes ab. Mitte März d.J. verurteilte die UN-Menschenrechtskommission Guatemala wegen fortgesetzter Verbrechen gegen die Grundrechte des Menschen mit 28 gegen 3 Stimmen.

Bonner Reinwaschungen

Ganz allein steht Washington allerdings nicht bei dem Versuch, die Verhältnisse in Guatemala zu beschönigen.

Die Bonner Regierung hat sich, wie auch in allen anderen Fragen, die Mittelamerika betreffen, auf Seiten der Reagan-Administration gestellt, da sie bekanntlich weltweit nichts unternimmt, was den „nationalen Interessen“ der USA entgegenstehen würde.

Wie die USA, so hat auch die BRD von allen mittelamerikanischen Staaten allein Nikaragua vom Erhalt von Entwicklungshilfe ausgeschlossen. Staatsminister Alois Mertes (CDU), der nach einer Mittelamerikareise im Februar d.J. die Wahlen in Nikaragua als eine Farce bezeichnete, sah in Guatemala eine Wende zum Besseren: „Guatemala hat 1982 nach langen Jahren blutiger Diktatur aus eigener Kraft einen Demokratisierungsprozeß eingeleitet.“⁷

Damit meinte er nicht etwa die Zeit seit dem Machtantritt von Mejia Victores, sondern seit dem von Rios Montt, der allein für 15.000 Morde verantwortlich ist. Kurz vor dem Machtantritt Mejia Victores hatte bereits am 25.7.1983 der SPD-Rechtsaußen und Mitglied des auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Günther Herterich, in Guatemala von einer „demokratischen Öffnung“ geschwärmt und Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt.⁸

Daß Bonn im Gegensatz zu seinen EG-Partnern dazu beiträgt, das Völkermordregime Guatemalas hoffähig zu machen, liegt jedoch nicht allein an der engen Anbindung an die USA. Guatemala ist das Land mit den höchsten BRD-Investitionen in Mittelamerika, und Bonn ist nach den USA und den Staaten der Region der drittgrößte Handelspartner mit einem Anteil von 11%.

Die bundesdeutschen Unternehmen ziehen außerdem ihren Nutzen aus dem wirtschaftlichen Hilfsprogramm Reagans für Mittelamerika und die Karibik, der sog. Initiative des Karibischen Beckens (CBI). Die guatemalteisch-deutsche Industrie- und Handelskammer forderte ihre Partner in der Bundesrepublik auf, statt in Südostasien in Guatemala zu produzieren und in die USA zu exportieren, da die CBI dafür Zollfreiheit vorsieht.⁹

Ob allerdings dieser Ruf gehört wird, ist mehr als zweifelhaft, da das Anwachsen der Guerilla und die Versuche Washingtons, Guatemala in einen regionalen Krieg einzubinden, das Investitionsklima nicht gerade verbessern.

Anmerkungen:

- 1) Servicio de Informacion de Guatemala (SIAG), Mexiko, Nr. 6/1983, S.4
- 2) Enfoyprensa, Informacion de Guatemala, Mexiko, Nr. 35/1983, S.3
- 3) SIAG, Nr. 3/1983, S.5
- 4) El Dia, Mexiko, 16.12.1983
- 5) Siehe: Granma Semanal, Havanna, 25.3.1984
- 6) Süddeutsche Zeitung, München, 16.3.1984
- 7) Deutschland Magazin, München, Nr. 3/März 1984, S. 36
- 8) Mittelamerika Informationsdienst, Frankfurt, 4.8.1983
- 9) SIAG, Nr. 12/1984, S.6

AG SPAK
PUBLIKATIONEN

NEUERSCHEINUNG:



AG SPAK M 63
ISBN-3-923126-28-X
149 Seiten
13.- DM

Enrique Blanco Cruz leitet die Ausländerfeindlichkeit aus der sozio-ökonomischen Entwicklung Deutschlands seit Beginn dieses Jahrhunderts ab. Sein Hauptanliegen ist eine Gesamtdarstellung der Entstehungsfaktoren von Ausländerfeindlichkeit, wobei er den Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Entwicklung und der Manifestierung von Ausländerfeindlichkeit in den Mittelpunkt stellt.

Zu beziehen über den Buchhandel und direkt bei:
AG SPAK-Publikationen
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Franz Bushin

Die Aufstandsbekämpfung bleibt Regierungsprogramm

Spätestens seit Anfang Juni 1983 hatten es die Spatzen von den Dächern gepfeifen, daß die Stabilität des Regimes von Rios Montt Risse zeigte.

Die Unzufriedenheit der herrschenden Kreise fand ihren deutlichsten Ausdruck in dem Brief des dienstältesten Generals, Echeverria Vielman, an Rios Montt vom 5.6.1983. Dort fordert Echeverria¹: die Trennung von militärischen und politischen Funktionen, die unverzügliche Anberaumung von Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung und die Aufhebung der Steuerreform, die den Mehrwertsteuersatz gemäß den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) auf 10% festsetzte.

Ferner beklagte Echeverria die Differenzen zwischen der Katholischen Bischofskonferenz und der Regierung, die sich insbesondere nach dem Papstbesuch Anfang März 1983 zugespitzt hatten.

Versager Montt

Dieser Brief spiegelt also vor allem die Beunruhigung derjenigen herrschenden Kreise wider, die negativ von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen Rios Montts betroffen waren. Dabei handelt es sich hauptsächlich um die Fraktion der Industriellen (die auch das Agrar„reform“-Programm „tierra y trabajo“ (Land und Arbeit) von der US-amerikanischen Agentur für Internationale Entwicklung (AID) unterstützen) und um die Händler.

Das Eingreifen der Militärspitze am 8.8.1983 unter der Führung von Mejia Victores und Generalstabschef Lopez Fuentes war vorprogrammiert, denn der religiöse Fanatiker Rios Montt und seine Kamarilla waren nicht mehr tragbar, wie die inneren Machtkämpfe innerhalb des Unternehmertums und der Armee zeigten.

Die Auseinandersetzungen innerhalb des Unternehmertums spielten sich in deren Verband CACIF (Koordinationskomitee der Vereinigungen des Landwirtschafts-, Handels-, Industrie- und des Finanzsektors) ab. Während der hegemoniale Agroexportsektor seine bevorzugte wirtschaftspolitische Behandlung verteidigen konnte, kam es insbesondere durch die Mehrwertsteuereinführung zur Be-



Putschgeneral Mejia Victores

nachteiligung von Industrie und Handel. Letztere waren auch im allgemeinen stärker von der nationalen und internationalen Wirtschaftskrise betroffen.

Auch in der Armee gab es Auseinandersetzungen. Einige Offiziere, die teils auch eine wichtige Rolle beim vorletzten Putsch vom 23. März 1983 gespielt hatten, sahen sich in ihren Forderungen nach geringerer Anpassung Guatemalas an die Interessen der USA und nach stärkerer Teilhabe an der Macht enttäuscht.

Rios Montt war nicht in der Lage, den Fraktionierungsprozeß in der Armee und im Unternehmertum in den Griff zu

bekommen. Ebenso ist sein Unterfangen, die Guerilla zu besiegen, fehlgeschlagen.

Um den Putsch unblutig vollziehen zu können, mußte Mejia Victores nur noch den richtigen Zeitpunkt abwarten. Im Juli 1983 verhielt sich die oberste Militärspitze unter Mejia Victores zunächst still. Sie befürchtete, daß es zu neuen Spaltungen in der Armee kommen könnte.

Ferner wurde in dieser Zeit die Zustimmung von dem der Militärspitze verbundenen Teil des Unternehmertums eingeholt. Eine wichtige Rolle spielte dabei der jetzige Außenminister Andrade Diaz-Duran, der ein Berater von Mejia Victores war und den „modernerer“ Agroexportkreisen nahesteht.

Zwei Tage vor seinem Putsch, am 6. August 1983, traf sich Mejia Victores mit dem Oberbefehlshaber des Kommandos Süd der US-Streitkräfte mit Sitz in Panama, Paul F. Gorman, auf dem vor Honduras ankernden Flugzeugträger Ranger (zugegen waren auch der Oberbefehlshaber der honduranischen Streitkräfte, Gustavo Alvarez, und der salvadorianische Verteidigungsminister Vides Casanova), um auch von dem strategischen Partner des Unternehmens letzte Rückversicherung zu erlangen.

Am 8. August 1983 fand der Führungswechsel (es handelte sich nicht um einen



US-Flugzeugträger „Ranger“ einsatzbereit vor den Küsten Mittelamerikas



Guatemala

Geographie und Bevölkerung

Territorium: 108.889 qkm
 Einwohner: 7,6 Mio (1983)
 Bevölkerungswachstum: 3,0% (1960-80)
 Bevölkerungsstruktur: 54% Indios (Maya-Quiché), 43% Mestizen (Landinos), 3% Weiße
 Sprachen: Spanisch (Amtssprache), 23 Maya-Quiché-Dialekte
 Religion: 70-80% römisch-katholisch, 20-30% protestantische Sekten
 Hauptstadt: Guatemala-Stadt (1,5 Mio Einwohner)

Politisches System

Herrschaftsform: Faschistische Militärdiktatur, die die Interessen der Landoligarchie, der Kompradorenbourgeoisie und des US-Kapitals vertritt. Staatspräsident ist seit dem Putsch vom 8.8.1983 Oscar Humberto Mejia Victores.
 Für den 1. Juli d.J. sind Parlamentswahlen vorgesehen. Bisher wurden über 40 Parteien der Rechten und des Zentrums neu belebt oder gegründet: Revolutionäre Partei (PR, Ende der 40er Jahre gegr.), Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN, gegr. 1954), Nationale Erneuerungspartei (PNR, gegr. Mitte der 70er Jahre), Institutionelle Demokratische Partei (PID, gegr. 1965), Authentische Nationalistische Zentrale (CAN, gegr. 1978), Guatemaltekeische Christdemokratie (DCG, gegr. 1955), Vereinigte Front der Revolution (FUR, gegr. 1970). Die DCG, die PNR und die sozialdemokratische FUR haben sich am 20.2.1984 zusammen mit weiteren 8 Gruppierungen zur Demokratischen Koordination Guatemalas (CDG) zusammengeschlossen.
 Die revolutionären Organisationen arbeiten in tiefster Illegalität. Sie verfolgen alle eine Strategie des revolutionären Volkskriegs: Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT, gegr. 1949), PGT - Nationaler Führungskern (PGT-N, entstand 1978 aus einer Abspaltung der PGT), Rebelle Streitkräfte (FAR, gegr. 1962), Guerillaarmee des Volkes (EGP, gegr. 1972), Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA; gegr. 1979). PGT-N, FAR, EGP und ORPA haben sich 1982 zur Revolutionären Nationalen Guate-



ist die Zeitung der Demokratischen Sozialisten ★ bringt zweimal im Monat Nachrichten, Hintergrundberichte, Diskussionsbeiträge zu aktuellen Themen ★ Engagiert sich, für Frieden und Abrüstung, für Arbeitszeitverkürzung, für mehr soziale Dienstleistungen und demokratische Rechte, für Gleichstellung der Frauen ★ unterstützt den Aufbau einer breiten linken Alternative ★ hilft aktiv bei der Schaffung einer neuen Partei: links, wo das Herz schlägt ... und kluge Köpfe nicht fehlen

linke zeitung

Deine Zeitung: Jetzt abonnieren!

- Ich bitte um Zustellung eines Probe-exemplars der lz.
- Ich abonniere die lz, die Zeitung der Demokratischen Sozialisten. Das Abonnement gilt für mindestens drei Monate und verlängert sich um den gleichen Zeitraum, falls es nicht 4 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
- 3 Monate (6 Ausgaben) DM 25,50
- 6 Monate (12 Ausgaben) DM 51,00
- 12 Monate (24 Ausgaben) DM 102,00

Vorname/Zuname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort/Zustellpostamt

Lieferung ab

Datum/Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:
 Demokratische Sozialisten
 Hohe Straße 28
 6050 Offenbach

linke zeitung

Regierungswechsel!) nach altbewährtem Muster statt: der ehemalige Verteidigungsminister wird Regierungschef. Als Rechtfertigung für den Putsch machte sich Mejia Victores die Forderungen des Echeverria-Briefes zu eigen.

Die Hauptziele der neuen Machthaber sind die Aufstandsbekämpfung, die in den letzten 20 Jahren wichtigstes Tätigkeitsgebiet jedes Regimes war, und die Überwindung der internationalen Isolierung. Ziele und Mittel des „neuen“ Regimes bleiben deckungsgleich mit dem von Rios Montt, das 15.000 Menschenleben forderte.

Mejia Victores: „Falke unter Falken“

Auch wenn die im Brief von Echeverria enthaltenen Forderungen formal erfüllt zu werden scheinen, bleibt die Parole der „Rückkehr zur Demokratie“ ein hohles Versprechen.

Zwar sind die Sondergerichte verschwunden, doch bleiben bis heute 400 Personen, die ihnen zugeführt wurden und deren Aufenthaltsort unbekannt ist, in Haft. Ferner werden die dort gefällten Urteile keinerlei Revision unterzogen². Davon abgesehen sind auch in der „normalen“ Gerichtsbarkeit eine große Anzahl von Personen nach wie vor ohne Prozeß und Anklage in Händen der Sicherheitskräfte (so z.B. die Arbeitsanwältin Yolanda Urizar und der Gewerkschaftsführer José Luis Ramos).

Obwohl der Ausnahmezustand aufgehoben wurde, sind nach Angaben der guatemaltekeischen Zeitung Prensa Libre allein in den ersten 16 Tagen des Novembers 1983 41 Personen von der Polizei ermordet, 18 entführt, 22 verletzt, 630 festgenommen worden und 2 verschwunden.³ Politische Funktionen wurden von militärischen getrennt (mit Ausnahme von Mejia Victores, der sich zum Divisionsgeneral küren ließ). Diese Maßnahme wird allerdings hauptsächlich als Vehikel der Machterhaltung der neuen Kamarilla und zur Abschiebung von hohen Generälen, die unliebsam werden könnten, benutzt.

Es wurde verkündet, daß man durch Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zur „Konstitutionalität“ zurückkehren wolle. Dabei stützen sich die Regierenden allerdings auf die Vorlagen zum Parteiengesetz von Rios Montt. In diesen wird einer Verzögerung von Parteienbildungen Tür und Tor geöffnet, was der Erhaltung der Macht in den Händen des Militärs und der hinter ihnen stehenden Oligarchie durchaus zweckdienlich ist.

Das Verhältnis der Regierung zur Kirche hat sich verschlechtert, u.a. weil der neue Erzbischof, Próspero Penados antidiktatorisch eingestellt ist. Die Erklärungen



I-Daten

maltekischen Einheit (URNG) zusammengeschlossen.

Volksorganisationen: Nationales Komitee der Gewerkschaftlichen Einheit (CNUS, entstand 1976 durch den Zusammenschluß von drei Gewerkschaftszentralen verschiedener Einzelgewerkschaften).

Landarbeiter und Kleinbauern haben sich 1978 im Komitee der Einheit der Bauern (CUC) organisiert. Darüber hinaus bestehen noch demokratische und revolutionäre Organisationen der Studenten, Christen und Elendsviertelbewohner. Einzelpersonlichkeiten dieser Volksorganisationen gründeten 1982 das Guatemaltekeische Komitee der Patriotischen Einheit (CGUP).

Wirtschaft

Bruttoinlandprodukt (BIP): 8,0 Mrd Dollar (1983 in Preisen von 1980)

BIP pro Kopf: 1052 Dollar

Durchschnittliches Wachstum des BIP pro Kopf: 2,8% (1960-1980); -4,5% (1981-83)

Struktur der Beschäftigten (1979): Landwirtschaft 57,2%; Industrie und Bauwesen 17,8%; Dienstleistungen 24,9%

Arbeitslose 1,5 Mio (1983)

Inflation: 10,4% (im Jahresdurchschnitt 1970-80)

Auslandskapital: 193 ausländische Unternehmen, davon ca. 80% US-Firmen

Währung: 1 Quetzal = 1 Dollar = 2,6 DM (Stand September 1983)

Außenverschuldung: 2,94 Mrd Dollar (1983)

Exportstruktur (1980): Kaffee 30,6%, Baumwolle 13,4%, Zucker 4,6%, Nickel 4,0%, Bananen 3,0%

Wichtigste Handelspartner: USA (ca. 30%), mittelamerikanische Staaten (ca. 25%), BRD (ca. 10%), Japan (ca. 8%)

Soziales

Analphabeten: 53% (1981)

Lebenserwartung: 59 Jahre (1981)

Säuglingssterblichkeit: 66 pro 1.000 (1981)

Landverteilung: 20% der Bevölkerung besitzen 72% des bebauten Bodens

Einkommensverteilung: 5% der Bevölkerung erhalten 34% des Volkseinkommens

Geschichte

- 4.-9. Jht. Mittelpunkt des Alten Reiches der Maya
- 1523 Beginn der spanischen Eroberung
- 1821 Unabhängigkeit von Spanien
- 1839-71 Herrschaft der Konservativen, die die Interessen der Großgrundbesitzer und der Kirchenhierarchie vertraten
- 1871-98 Herrschaft der Liberalen. Einschränkung der Macht der Kirche, Demokratisierung und Übergabe von Indio- und Kirchenland an Großgrundbesitzer zum Kaffeeanbau
- 1898-1920 Diktatur von Estrada Cabezas. Eindringen der US-Monopole, darunter die United Fruit Company
- 1920 Sturz Cabezas. Anschließend Entwicklung einer revolutionären Massenbewegung. Teilweise bürgerkriegsähnliche Zustände
- 1931 Installierung der Diktatur Jorge Ubicos mit Hilfe der USA
- 1944 Durch Streiks und Demonstrationen wird Ubico zum Rücktritt gezwungen. Soziale und demokratische Reformen unter dem gewählten Präsidenten Juan José Arévalo
- 1950 Wahlsieg von Jacobo Arbenz Guzman. Vertiefung des Reformprogramms
- 1954 Sturz der Arbenz Regierung durch eine Söldnerarmee des CIA unter Castillo Armas. Unter seiner Diktatur wurden die Reformen rückgängig gemacht und die demokratischen Organisationen verboten
- 1960 Ein Aufstandsversuch fortschrittlicher Offiziere gegen die Diktatur von Miguel Ydigoras Fuentes (1958-63) wird niedergeschlagen. Ihre Führer Yon Sosa und Turcios Lima gehen in die Berge und bilden die Guerillaorganisation MR-13
- 1962 Massendemonstrationen gegen die Diktatur. Bildung der FAR aus MR-13 und Arbeiterpartei (PGT)
- 1963 Guatemala wird Gründungsmitglied des Mittelamerikanischen Verteidigungsrates (CONDECA)
- 1966/67 Durch eine „Counterinsurgency“-Kampagne gelingt es, die Guerilla aufzureiben
- 1973 Aufleben von Streiks und Demonstrationen
- 1974 Rios Montt gewinnt als Kandidat der DCG und FUR die Wahlen. Kjell Laugerud wird jedoch zum Präsidenten ernannt
- 1975 Wiederbelebung der Guerillaaktivitäten
- 1978 General Lucas Garcia wird zum Präsidenten „gewählt“
- 1979 Bildung der Demokratischen Front gegen die Repression (FDCR)
- 1982 Gründung von URNG und CGUP. Putsch durch Rios Montt nach Parlamentswahlen
- 1983 Putsch durch Mejia Victores

von P. Penados auf seiner Reise zum Vatikan im November 1983, daß in Guatemala „der Ertrag der Erde nicht dem gehört, der sie bearbeitet, weil das Grundeigentum sich in Händen weniger befindet, während die Arbeit auf unzählige Indios aufgeteilt wird, die nicht nur schlecht bezahlt, sondern auch in Ghettos eingeschlossen sind“, qualifizierte denn auch der Innenminister Lopez Sandoval als „beklagenswert, peinlich und antipatriotisch“.⁴

Außenpolitisch kann das neue Regime einige „Erfolge“ aufweisen. Zum einen ist das zentralamerikanische Militärbündnis CONDECA durch Mejia Victores (auf höhere Weisung) am 1.10.1983 wiederbelebt worden.

Zum anderen ist zwar mit dem Argument der Menschenrechtsverletzungen die wirtschaftliche Hilfe der USA an die guatemaltekeische Regierung im Dezember suspendiert worden, jedoch wird die Hilfe an den Privatbereich weitergezahlt und trotz des Widerstands seitens des US-Kongresses beabsichtigt die Reagan-Administration, entsprechend den Plänen der Mittelamerikakommission Henry Kissingers, Guatemala von 1984-90 4,5 Mrd Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe zukommen zu lassen.⁵

Mejia Victores, der als „Falke unter Falken“ eingestuft wird, treibt die Kampagne des Völkermords und der „verbrannten Erde“ voran und hat sich einen ebenso eifrigen Generalstabschef, Oberst Lobos Zamora, zur Seite gestellt. Er hat 1981 und 1982 persönlich verschiedene Massaker in El Quiché und Huehuetenango geleitet.⁶

„Zivile Aktion“

Das Ziel der Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) ist die Vernichtung der Guerilla, indem man sie von ihrer sozialen Basis trennt. Zur Verwirklichung dieser Strategie bedient sich die Counterinsurgency verschiedener Instrumente.

In der Stadt wurde die mit Regierungsunterstützung funktionierende Gewerkschaftsförderung CSG Anfang Dezember 1983 juristisch zugelassen.

In den Landregionen werden die Mitbestimmungsstrukturen der Gemeinden und Departements mittels „coordinadoras insitucionales“ (institutionelle Koordinationsgremien) neu organisiert. Hierbei handelt es sich um Gremien, deren Mitglieder zivile Funktionäre verschiedener Organisationen sind, die von der nächstgelegenen Militärbehörde ausgewählt werden.

Der ranghöchste Militär auf jeder territorialen Ebene ist auch Mitglied dieser Gremien und besitzt das Vetorecht und Disziplinierungsrechte. Zwecks dieser Gre-

mien ist es, die Bevölkerung zu Kommunalarbeiten zu verpflichten und sie vor „subversiven“ Einflüssen zu „schützen“.⁷

Ein weiterer Bestandteil der „zivilen Aktion“ sind die „Patrouillen der zivilen Selbstverteidigung“⁸ (PAC). Die PAC (insgesamt 600.000 Männer) haben Wachdienste zu schieben, dienen der Informationsbeschaffung für das Militär und werden periodisch zu „Säuberungsaktionen“ eingesetzt. Die Mitglieder werden u.a. gezwungen, „Guerilleros“ zu foltern und zu ermorden, als auch zur Vernichtung von Nahrungsmitteln und Vieh, Verbrennen von Holz und Hütten herangezogen.

Mit den PAC soll die Mobilisierung der Guerilla behindert werden, was diese zu großen Umwegen zwingt, wenn sie die Konfrontation mit den PAC, die in der Regel nicht der Feind sind, vermeiden will. Die Verpflegung der Guerilla soll erschwert werden. Ein Bespitzelungs- und Kontrollsystem wird geschaffen, um durch Einschüchterung den Kontakt zwischen Guerilla und ihrer Basis zu verhindern. Die Bevölkerung soll gezwungen werden, gegen die Guerilla zu kämpfen und auf diese Weise, quasi durch Komplizenschaft, „antisubversiv“ zu werden.

Internationale Forderungen nach der Auflösung der PAC überhört Mejia Victores genauso chronisch wie seine ausländischen Geldgeber.

Ein weiteres Element der Counterinsurgency sind die „aldeas modelos“ (Modelldörfer – AM). Nachdem die Bevölkerung durch die „Taktik der verbrannten Erde“ terrorisiert worden ist, geht das Regime dazu über, eben diese AM zu schaffen, wobei die verlassenen Gemeinden zwangsweise wiederbesiedelt werden.

Modelldörfer für „Subversive“

Wenn die Flüchtlinge, deren Anzahl auf mittlerweile 1 Mio geschätzt wird⁹, wegen der nicht mehr erträglichen Not aus ihren Zufluchtsorten zurückkommen, werden sie als Subversive bezeichnet und in den AM konzentriert. Die AM werden an strategischen Punkten installiert. Ihre Bewohner werden zur Teilnahme an Umerziehungsmaßnahmen und an den PAC verpflichtet und unterliegen dem Kriegsrecht: Eintritt und Verlassen des AM ist nur mit militärischer Erlaubnis möglich. Das Konzept der in den Konfliktzonen eingerichteten AM funktioniert wie folgt: Die Bewohner des AM erhalten Unterkunft, Arbeit und Nahrung. Zu diesem Zweck werden Fonds mobilisiert, die allerdings nur von solchen Institutionen vergeben werden, die von der Armee kontrolliert sind.



Vertriebene Indiobauern im Wehrdorf La Pista (oben); Counterinsurgency-Einheit der Armee in Quiché

Als Gegenleistung für den Erhalt von Essen und Unterkunft haben sich die AM-Bewohner für Arbeiten der „autoreconstrucción“ (selbständiger Wiederaufbau) zur Verfügung zu stellen.¹⁰ Mittels dieser öffentlichen Arbeiten (besser: Zwangsarbeiten) werden hauptsächlich Militärzwecken dienende Installationen und Wege errichtet wie beispielsweise die Straße zwischen Huehuetenango und El Quiché.

Dieses in den AM durchgeführte Programm „fusiles y frijoles“ (Gewehre und Bohnen) setzt im wesentlichen in denjenigen Konfliktzonen an, die wirtschaftlich darniederliegen, d.h. im Nordwesten. Die hierfür aufgebrauchten Mittel werden zu 30% für militärische Aktionen und zu 70% für „zivile Aktionen“, die von der Armee kontrolliert werden, verwendet. Anfang Januar d.J. kündigte Mejia Victores an, daß künftig die Errichtung von AM in größerem Maßstab erfolgen soll.¹¹

Das Counterinsurgency-Programm „fusi-

les y frijoles“, welches Ende 1981 unter dem damaligen Generalstabschef Benedicto Lucas Garcia initiiert worden ist, hat unter Mejia Victores eine Zentralisierung erfahren.

Die Counterinsurgency richtet sich gegen die Zivilbevölkerung und nicht direkt gegen die Rebellen um so „dem Fisch das Wasser zu entziehen“. Auch unter Mejia Victores wird sie etwas selektiver gehandhabt, aber weiter institutionalisiert. Völkermord, Flüchtlingsproblem und Konzentrationslager – so bezeichnet der guatemaltekeische Bischof Ramiro Pellecer am 11.8.1983 die AM – sind notwendige und beabsichtigte Konsequenz der Counterinsurgency. Diese ist Ausdruck einer sich jeder Art von Demokratisierung und Reform versperrenden Oligarchie.

Reaktivierter Widerstand

Die Counterinsurgency-Offensive bedeutete eine erhebliche Erschwerung jeglicher Massenarbeit der Opposition, insbesondere, wenn es zu Verlusten von Führungskräften der jeweiligen in der Regel illegal arbeitenden Massenorganisation kam.

Beispielsweise führte der Staatsterror an der Universität zur Ermordung wichtiger Studentenfürher der Studentenvertretung AEU in den Jahren 1980-81. Bis Ende 1982 war die Kraft der Studentenbewegung im Abnehmen begriffen, und augenblicklich befindet sie sich im Prozeß des Wiederaufbaus¹². Dieser Zustand ist charakteristisch für alle Massenorganisationen. Sie befinden sich nach schweren Schlägen in zurückliegenden Jahren im Stadium der Reaktivierung.¹³

Vereinzelt kam es in der letzten Zeit zu verschiedenen Protestaktionen.¹⁴ Am 1.9.1983 streikten Studenten des Technischen Instituts der Landwirtschaft gegen Kürzungen. Am 15. Oktober 1983 wurden Meetings von verschiedenen Volksorganisationen gegen den Kissinger-Besuch veranstaltet. Am 22.10.1983 fand eine Demonstration von Arbeitslosen in der Hauptstadt statt. Am 10.11.1983 nahmen mehrere tausend Katholiken an der Beerdigung von Pater Augusto Ramirez Monasterio, der von Sicherheitskräften ermordet wurde, teil. Am 18.11.1983 besetzten Studenten die Universität von Quetzaltenango aus Protest gegen die geplante Studiengebühren-erhöhung.

All diese Aktionen sind Anzeichen für die Fortexistenz des Widerstands auf dieser Ebene, der sich trotz der Erschwerung der Bedingungen unter Mejia Victores, die sich u.a. durch die neuerliche Bildung von Todesschwadronen ergeben hat, aufrechterhält.

Vereinigungsproklamation der URNG

Zusammenfassung der Vereinigungsproklamation der revolutionären Organisationen Guatemalas, Guerillaarmee der Armen (EGP), Rebellen Streitkräfte (FAR), Revolutionäre Organisation des Volkes in Waffen (ORPA) und Guatemaltekeische Partei der Arbeit – Kern der Nationalen Leitung – PGT/N, für das Volk Guatemalas und für die Völker der Welt. Mit tiefer Überzeugung in die guatemaltekeische Revolution und in die wehmütigen Sehnsüchte unseres Volkes haben wir den Weg der revolutionären Einheit fortgesetzt, in welcher unser Volk die Gewähr sieht, daß dieses Mal seine Anstrengungen, Kämpfe und Opfer durch den Sieg gekrönt werden.

Die Einheit der guatemaltekeischen revolutionären Kräfte basiert auf der Strategie des revolutionären Volkskrieges, dem einzigen Weg, den die mächtigen in- und ausländischen Reichen zugelassen haben, und auf dem unser Volk seine endgültige nationale und soziale Befreiung erlangen kann.

Das guatemaltekeische Volk befindet sich heute in dem größten revolutionären Krieg seiner Geschichte, welcher schon mehr als 20 Jahre dauert und der sich augenblicklich praktisch auf das gesamte Territorium ausgeweitet hat. Es ist ein Krieg, an dem Arbeiter und Bauern, Indianer und Ladinos (Mestizen; d. Red.), Katholiken und Protestanten, Männer und Frauen aller patriotischen, volkstümlichen und demokratischen Sektoren teilnehmen.

Gegenwärtig erfährt die Macht der herrschenden Klassen die größte wirtschaftliche, politische und militärische Krise in ihrer Geschichte. Nur mittels der Repression halten sie die Macht noch aufrecht. Seit 1954 haben sie 83.500 Bürger aus politischen Gründen ermordet; allein im Jahr 1981 betrug die Zahl der Opfer ihrer brutalen Unterdrückung 13.500 Guatemalteken. Täglich wurden durchschnittlich 36 Personen ermordet, verschleppt oder verschwanden einfach.

Die herrschenden Klassen besaßen niemals den Rückhalt des Volkes und jetzt verloren sie auch noch die Unterstützung der Mittelschicht; das Ermorden seiner demokratischen Führungspersonlichkeiten verschließt jede Möglichkeit einer demokratischen Teilnahme an der Politik.

Hohe Militärs, Unternehmer und korrupte, repressive Staatsbeamte bilden die Gruppe der Neureichen. Durch Manipulation des Staatsapparates und durch die Kontrolle des Oberkommandos der Streitkräfte häufen sie Kapital an. Sie sind hauptsächlich für die wirtschaftliche, politische und soziale Krise wie sie Guatemala erlebt verantwortlich. (...)

Gegen eine siegreiche Entfaltung und Zunahme des revolutionären Volkskrieges und angesichts der Niederlage, die der Macht der herrschenden Klassen droht, bleibt unseren Feinden, um sie abwenden zu können, kein anderer Ausweg als der einer ausländischen Intervention. Die kriegerische Reagan-Administration hat die Militärhilfe für das blutrünstige guatemaltekeische Regime erhöht und fördert die Einmischung Israels, Argentiniens, Chiles, Taiwans und von Söldnerstreitkräften, die aus dem internationalen Abschaum angeworben wurden.

Mittelamerika und die Karibik bilden augenblicklich eine der Hauptkonfliktregionen. Außer der unbeugsamen Präsenz des revolutionären Kuba, gibt es in dieser Region heute

die glorreiche sandinistische Revolution an der Macht, die Revolution Grenadas, den heldenmütigen revolutionären Kampf des salvadorianischen Volkes und den siegreichen revolutionären Volkskrieg, der sich in Guatemala entfaltet. Die kriegerische Politik der Reagan-Administration wird von der gesamten fortschrittlichen Menschheit verurteilt. In Mittelamerika und der Karibik hat es vergebliche Versuche gegeben die Revolution aufzuhalten.

Angesichts der ersten Situation, in der sich unser Volk befindet, und angesichts des Risikos, das die Intervention des Imperialismus für die Völker Mittelamerikas und der Karibik darstellt, erklären die guatemaltekeischen revolutionären Organisationen, daß der einzig sichere Weg unseres Volkes die Erringung seiner endgültigen nationalen und sozialen Befreiung ist, indem es den revolutionären Volkskrieg vorantreibt, die völkermörderische Armee vernichtend schlägt, die Macht übernimmt und eine revolutionäre, patriotische, volksverbundene und demokratische Regierung errichtet.

Um dieses große Ziel zu erreichen, rufen wir dazu auf, eine große patriotische Front der nationalen Einheit zu bilden, die der Ausdruck der breitesten Allianz unseres ganzen Volkes ist, unter der Führung der revolutionären Avantgarde.

Wir, die revolutionären, politisch-militärischen Organisationen, die heute diese historische Einheit der guatemaltekeischen Revolutionäre proklamieren, richten einen brüderlichen Appell an den Teil der Guatemaltekeischen Partei der Arbeit (PGT), der sich noch immer nicht in die Praxis des revolutionären Volkskrieges eingegliedert hat, in die Diskussion über ihren Anschluß an die revolutionäre Einheit einzutreten; und zwar auf der Basis des Angleichens seiner Linie, auf der unwiderruflichen Basis der gegenseitigen Anerkennung und der Eingliederung in die Praxis, die auf der Strategie des revolutionären Volkskrieges fußt, und über die Basis der programmatischen Grundziele, die wir in dem vorliegenden Dokument als Nationale Revolutionäre Einheit darlegen.



Höhlenversteck, Vorrats- und Waffenlager der URNG

Prinzipielle Punkte für das Programm der revolutionären, patriotischen, volksverbundenen und demokratischen Regierung

Die Regierung, die wir in Guatemala errichten, verpflichtet sich vor dem Volk Guatemalas und vor den Völkern der Welt folgende fundamentalen Punkte ihres Regierungsprogrammes zu erfüllen:

1. Die Revolution wird der Repression gegen das Volk für immer ein Ende setzen und den Bürgern das Leben und den Frieden, die höchsten Rechte des Menschen, garantieren. Sie wird ein Regime, das sich das Recht nimmt, seine Gegner zu töten, um sich an der Macht zu halten, beseitigen.

2. Die Revolution wird die Grundlagen schaffen, um die Grundbedürfnisse des Volkes zu lösen hinsichtlich der Bodenfrage, der Arbeit, des Lohns, der Gesundheit, der Wohnung, der Alphabetisierung und der Kultur. Und sie wird Schluß machen mit der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der mächtigen, reichen in- und ausländischen Unterdrücker; Rücksicht nehmen auf den kleinen und mittleren Landbesitz, das Kapital patriotischer Unternehmer garantieren, die bereit sind daran mitzuwirken, Guatemala aus der Rückständigkeit und Abhängigkeit herauszubekommen, ohne daß die Wahrung der Interessen des Volkes eingeschränkt wird.

3. Die Revolution garantiert die Gleichstellung von Indianern und Ladinos, indem sie die kulturelle Unterdrückung und Diskriminierung beendet, die indianische Bevölkerung an der politischen Macht beteiligt und die Rechte, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Identität brauchen, anerkennt.

4. Die Revolution garantiert die Schaffung einer neuen Gesellschaft, in deren Regierung alle patriotischen, volksverbundenen und demokratischen Sektoren der Bevölkerung vertreten sind, die Achtung der Vereinigungsfreiheit, der Meinungsfreiheit und erkennt die christliche Gemeinschaft als einen Grundpfeiler der neuen Gesellschaft an. Am neuen Volksheer können alle diejenigen Offiziere und Soldaten sich beteiligen, die sich nicht die Hände mit dem Blut des Volkes beschmutzt haben.

5. Die Revolution garantiert eine Politik der Nichtpaktgebundenheit und der internationalen Zusammenarbeit, die die armen Länder brauchen, um sich in der komplexen und interdependenten Welt von heute entwickeln zu können, auf der Basis der Selbstbestimmung der Völker. Sie erkennt Investitionen des ausländischen Kapitals als nötig für die armen Länder an; aber dies müssen Vereinbarungen auf der Grundlage der Respektierung der nationalen Unabhängigkeit sein, welche die Bedürfnisse der armen Länder sowie die Rentabilität der ausländischen Investitionen angemessen berücksichtigen. Ohne politische Stabilität kann es keine internationale Zusammenarbeit geben, und diese ist trotz unterschiedlicher Regimes oder Ideologien möglich, immer dann, wenn das Recht eines jeden Volkes auf freie Entscheidung respektiert wird.

„...unser Volk stirbt lieber, als versklavt zu werden...!“

Guatemaltekeische Revolutionäre Nationale Einheit – URNG

(Quelle: COMUNICADO INTERNACIONAL, Guatemala, Februar 1982)



EGP-Guerillero: Trost für eine Frau

Die Counterinsurgency-Offensive stellte auch den bewaffneten Widerstand auf eine harte Probe. Konnten die militärischen Strukturen der Guerilla nicht zerschlagen werden¹⁵, so hat das Counterinsurgency-Programm jedoch deren Basis empfindlich getroffen.

Wenn dies generell für alle in der Guatemalteken Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) vereinigten Guerillaorganisationen (ORPA (Revolutionäre Organisation des Volkes in Waffen), EGP (Guerillaarmee der Armen), FAR (Rebellische Streitkräfte) und PGT-N (Guatemaltekeische Partei der Arbeit – Nationaler Führungskern)) gilt, so trifft dies speziell für die im Nordwesten (El Quiché, Huehuetenango) operierende EGP zu. Sie war dort Ende 1981 stark geworden, konnte aber wegen fehlender objektiver Bedingungen (u.a. Waffen) einen Aufstand nicht durchführen.

Rolando Moran, EGP, drückt es folgendermaßen aus: „Wir überschätzten unsere Fähigkeiten. Die Fehler, die wir begingen, waren so ernst, daß sie Anlaß gaben zu Abweichungen, die in einem Versuch der Insubordination mündeten, in welchem 2 Militärschefs, Mitglieder der Nationalen Leitung, verwickelt waren.“¹⁶

Ein Vergleich der Anzahl der Operationen der Guerilla zwischen 1981 und 1982 zeigt, daß 1982 ein Rückgang derselben zu verzeichnen war, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt. Anfang 1983 hatten sich insbesondere ORPA als auch FAR soweit erholt, daß sie wieder in der Lage waren, dem Gegner Schläge zuzufügen¹⁷. Im Mai/Juni 1983 kam es zu einer Häufung von Guerilla-Aktionen, bei denen die EGP wieder etwas verstärkt in Erscheinung trat¹⁸ und andererseits erstmalig Einheiten zweier verschiedener Organisationen der URNG unter einheitlicher Führung vereint kämpften.

Seit Oktober 1983 ist seitens der revolu-

tionären Organisationen eine verstärkte Aktivität festzustellen. Die FAR entführte die Schwester von Mejia Victores; die PGT den Prensa Libre-Direktor, Pedro Julio Garcia. In beiden Fällen wurde die Veröffentlichung einer Anzeige in wichtigen Zeitungen Guatemalas erreicht.

Die militärischen Aktionen nahmen (teilweise auch saisonal bedingt) Ende Oktober, d.h. seit der US-Invasion in Grenada am 25.10.1983, zu. In diesen Aktionen wurde deutlich, daß es leichte qualitative Verbesserungen gibt: Bei verschiedenen Gelegenheiten agierten die Guerillaeinheiten in der Größe von Kompanien; die Auseinandersetzungen mit dem Feind dauerten mehrere Stunden; die Häufigkeit der Auseinandersetzungen nahm leicht zu.

Im November 1983 wurde der Armee mit dem Tod von Oberst Rebulli ein wichtiger Schlag versetzt, der einen Eingriff in ihre Struktur bedeutet. Die militärischen Aktivitäten nahmen in erster Linie in ORPA-Gebieten, aber auch im Petén (FAR) und weniger stark im Nordwesten (EGP) zu. Auch in der Stadt Guatemala („Frente Urbana“) nahm die Aktivität der bewaffneten Widerstandsgruppen wieder merklich zu, wie die Anschläge auf die Botschaften von Honduras, El Salvador und den USA und auf etliche Polizeistationen zeigen.

Generalisierung des Guerillakrieges

Im Dezember 1983 waren insgesamt 33 Aktionen der Guerilla zu verzeichnen.¹⁹ Wenn auch der Staatsstreich von Mejia Victores nicht direkt von den Guerillaorganisationen zu ihren Gunsten ausgenutzt werden konnte, so ist ein graduelles Wiedererstarren festzustellen. Einerseits zeigt sich dies an der „Frente Urbana“, andererseits daran, daß die Guerilla mit ihren Aktionen im letzten Quartal 1983 bewiesen hat, daß sie in der Lage ist, die guatemalteken Streitkräfte auf nationalem Territorium zu binden.

Letzteres wurde selbst in offiziellen Äußerungen deutlich: Mejia Victores sagte, daß Guatemala nicht an regionalen Manövern teilnehmen werde, weil es sich selbst schützen müsse²⁰.

Der Kissinger-Plan, der auch verstärkte Hilfe der USA für das Militärregime Guatemalas vorsieht, hat Mejia Victores jedoch wohl dazu bewogen, einer Teilnahme an den US-Manövern Grenadero I in Honduras im Juni d.J. zuzustimmen. Zum Zustand der Guerilla bemerkte Pablo Monsanto, FAR, daß „der Feind keinen Erfolg gegen die Guerilla erlangt hat. Das heißt, er hat Verluste verursacht, aber diese sind minimal. Warum, weil es jetzt eine Generalisierung des Guerilla-

krieges gibt.“²¹

Dies bedeutet, daß die Armee trotz eines erheblichen Kraftaufwandes, der sich in der Schaffung von Militärbasen in jedem Departement bzw. deren Erweiterung widerspiegelt, nicht fähig ist, mit der Guerilla Schluß zu machen. Jede einzelne der vier Organisationen hat in unterschiedlichem Maße Fortschritte in der eigenen Konsolidierung erzielt und damit auch den besten aktuellen Beitrag zur Einheit geleistet.

Anmerkungen:

- 1) El Día, Mexico, 7.6.1983
- 2) Vgl. „Boletín No. 1 de la delegación unitaria que representa a las fuerzas de la oposición guatemalteca en la 38. período de sesiones de la asamblea general de la ONU“
- 3) El Día, 23.1.1983
- 4) Noticias de Guatemala, Mexico, 15.12.1983
- 5) Vgl. Report of the National Bipartisan Commission on Central America, Washington 1984, S. 65
- 6) Siehe: El Día, 5.12.1983
- 7) Vgl. Zeitschrift NEXOS Mexico, Juli 1983
- 8) Einzelheiten der Abschnitte über die Zivilpatrouillen und Modelldörfer sind dem bislang unveröffentlichten Dokument „Guatemala – La Contrasurgencia de Rios Montt“, Mexico 1983, entnommen.
- 9) Vgl. Comité Justicia y Paz, Situación de Derechos Humanos en Guatemala, Guatemala 1982, S. 68
- 10) Im Februar 1983 z.B. hatte das nationale Landwirtschafts-Vermarktungsinstitut (INCA) zu diesem Zweck 65.000 Quintales Mais und Bohnen an das Verteidigungsministerium abzuführen.
- 11) Siehe: El Día, 2.1.1984
- 12) CERIGUA-Especial, Managua, 20.11.1983
- 13) Siehe ebenda
- 14) Vgl. Noticias de Guatemala, 15.12.1983
- 15) Le Monde Diplomatique (Español), September 1983
- 16) Compañero, Nr. 7/November 1983
- 17) Siehe: Le Monde Diplomatique, September 1983
- 18) Vgl. El Día, 25.6.1983
- 19) Siehe: El Día, 2.1.1984
- 20) El Día, 23.12.1983
- 21) Martha Harnecker, Pueblos en Armas, Mexico 1983, S.33

Aufruf zum Verpackungsboykott

Die Zeitschrift „öko päd“ fordert in ihrer Oktoberausgabe dazu auf, nicht weiter für Kauf- und Warenhäuser die Müllabfuhr zu bezahlen. Ein großer Teil des Hausmülls besteht aus Verpackungsabfällen. Die Beseitigung muß der Käufer zahlen; die Herstellung natürlich auch. Sparen tun die Warenhäuser, nämlich Personal.

Die Verpackung sollte man im Geschäft lassen und außerdem Geld zurückfordern. Nämlich für den Müll, den man mit nach Hause nehmen muß und für die Verpackung, die man notgedrungen mitkaufen mußte (ca. 7% des Warenpreises).

Eine ausführliche Begründung für diese Aktion und weitere Beiträge und Ideen zum Thema „Müll“ gegen DM 6,— bei „öko päd“, Am Thasberg 30, 6149 Rimbach 3.

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

**Bestellliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
—	Graphikmappe , Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
—	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
—	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
—	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
—	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
—	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
—	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
—	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Four vertical lines for the recipient's address.

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM



Anhänger ASK-Taube, gold, 78,00 DM.

Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, s/w,

3,— DM



Bernd Graul

Krise ohne Unterlaß

Am 27. Dezember 1983 schrieb die mexikanische Tageszeitung El Dia, daß die gegenwärtige Kaffeernte in Guatemala 30% weniger Ertrag bringen würde als im Vorjahr. Außerdem seien der guatemaltekischen Wirtschaft aufgrund der Schließung der Grenze durch die Regierung von El Salvador bislang 50 Mio Dollar verlorengegangen.

Zwei Beispiele, die das Chaos verdeutlichen, in dem sich die guatemaltekische Wirtschaft momentan befindet.

Der Unternehmerverband CACIF (Koordinationskomitee der Vereinigungen des Landwirtschafts-, Handels-, Industrie- und Finanzsektors) knüpfte an den Regierungsantritt von General Mejia Victores am 8. August 1983 vor allem drei Erwartungen: Zerschlagung der revolutionären Volksbewegung; baldige Wiederherstellung der Konstitutionalität (Verfassungsmäßigkeit; d. Red.), um die internationale Isolierung zu überwinden; Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Wirtschaftliche Talfahrt

Doch die neue Regierung hatte ein schweres Erbe übernommen. 1982 war für die guatemaltekischen Unternehmer das schwärzeste Jahr ihrer jüngsten Geschichte.

Das Wirtschaftswachstum ging um 5% zurück (1977: +7,7%; 1981: +1,8%)¹; öffentliche sowie Privatinvestitionen sanken um 29,8%² bzw. 10%, die Auslandsverschuldung betrug Ende 1983 1,297 Mrd Dollar³ und das Außenhandelsdefizit erhöhte sich im Laufe des Jahres 1981 von 30 auf 200 Mio Dollar.

Fast kein Bereich der Bourgeoisie blieb von dieser Entwicklung verschont. Der traditionell dominierende Agrarexportsektor litt vor allem unter sinkenden Weltmarktpreisen und schrumpfender Nachfrage.

Aufgrund des Rückgangs der Quoten für den Export von Kaffee gingen die Einnahmen dieses wichtigsten Devisenbringers (35%) 1982 um 6% zurück. 1983 verminderte sich die Kaffeeproduktion um weitere 13%. Bessere Preise und eine höhere Exportquote konnten die Verluste nicht auffangen. Die Exporteinnahmen verringerten sich um 8%.⁴

Zu ähnlichen Exportverlusten kam es auch beim Zucker, und beim Fleisch. Der Baumwollexport, der bereits 1982 von 170 Mio Dollar auf 70 Mio zurückgegangen war, verringerte sich 1983 abermals um 20%.⁵

Trotz dieser zum Teil gewaltigen Einbußen verzeichneten jedoch nicht alle Produzenten Verluste in ihren Bilanzen. Vor allem Großgrundbesitzer konnten den Kostendruck entweder auf ihre Arbeiter oder auf die Kleinproduzenten abwälzen.

Am stärksten von der Krise betroffen ist die Industrie, die im Vergleich zu den anderen Ländern Mittelamerikas in Guatemala am weitesten entwickelt ist. Sie litt vor allem unter der gesunkenen Kaufkraft im Lande (private Nachfrage: -3%; industrielle Nachfrage: -6% 1982²), unter dem weitgehenden Zusammenbruch des Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes (MCC) sowie unter der Devisenknappheit. Letztere ist die häufigste Ursache für den Mangel an Ersatzteilen und Rohstoffen, die zum großen Teil aus dem Ausland importiert werden müssen.

Der weitere Ausbau der Erdölförderung kommt nicht zuletzt wegen der zögernden Haltung ausländischer Investoren nur langsam voran.

1982 kam es insgesamt zu 189 Unternehmenszusammenbrüchen⁶ und zahlreiche Multis gaben Guatemala als Produktionsstätte auf, unter ihnen Nestlé, Kerns, SEARS, Centro Hogar und Coca Cola (siehe Kasten).⁷

Durch Preissteigerungen versuchen viele Produzenten dem erhöhten Kostendruck zu entgehen. Eine Maßnahme, die jedoch nicht nur die Käufer, sondern auch den Handelssektor trifft. Zu den bezüglich der Industrie genannten Gründen für den Rückgang der Geschäftstätigkeit kommt in diesem Bereich noch die faktische Abwertung des Quetzal gegenüber dem Dollar um 35% hinzu.

Der Touristikbereich schließlich, dritt-wichtigster Devisenbringer, hat 1983 Einkommensrückgänge um 50% zu verzeichnen gehabt. Hauptgrund ist die gefährliche politische Situation im Lande. Dies veranlaßte das US-Außenministerium 1980 in seinem „Reise-Ratgeber“ den US-Bürgern zu empfehlen, das Land aus Sicherheitsgründen zu meiden. Auswirkungen dieses Boykotts wurden in einer Verlautbarung der Touristikindustrie vom 2. August 1983 deutlich, in dem die Unternehmer sich beklagten, 30 mittlere Hotels stünden vor dem Konkurs.⁸



Landarbeiter auf einer Kaffeeplantage

Alles in allem ein düsteres Bild einer Volkswirtschaft, die sich in ihrer tiefsten Krise seit 1932 befindet. Und die Unternehmer scheinen kaum Zuversicht in die baldige Überwindung der Depression zu haben. Sie bevorzugen es, ihr Kapital ins Ausland zu transferieren (1982: 100 Mio

Dollar⁹), wo inzwischen nach Aussagen des ehemaligen Regierungschefs Rios Montt (vom 15.2.1983) 1 Mrd Dollar deponiert sein sollen.¹⁰

Dem CACIF, 1957 auf Betreiben der USA gegründet, gelingt es zusehends weniger, die Widersprüche zwischen seinen einzelnen Mitgliedern zu lösen. Das CACIF wird immer offensichtlicher zum Machtinstrument der dominierenden Fraktion der Agrarexporteure zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen.

Mejias Scheinzugeständnisse

Die Maßnahmen, die General Mejia Victores zur Überwindung der Krise ergriff, unterscheiden sich nur unwesentlich von denen seines Vorgängers im Amt.

Durch die Ernennung von Fernando Anrade Díaz-Durán zum Außenminister machte der General deutlich, daß er Priorität auf die Wirtschaftspolitik legen will. Anrade, ehemaliger Wirtschaftsberater unter Präsident Kjell Laugerud (1974-78), verfügt sowohl über enge Verbindungen zum CACIF als auch über gute Kontakte zur ausländischen Geschäftswelt.

Seine ersten Auslandsreisen nach Mittelamerika, den USA und Europa verfolgten auch das Ziel, Vertrauen in die guatemaltekeische Wirtschaft wiederherzustellen, den mittelamerikanischen Markt zu beleben und Kredite zu erhalten.

Ein gewisser Erfolg besonders in der letzten Frage blieb dabei nicht aus. Im Oktober 1983 rühmte sich Finanzminister Figueroa Villate, daß Verhandlungen über eine Reihe von Krediten in Höhe von 360 Mio Dollar kurz vor dem Abschluß stünden. Darin enthalten ist u.a. eine 125-Mio-Dollar-Zusage des Internationalen Währungsfonds (IMF) zur Stützung der Außenhandelsbilanz, deren erste Rate über 13,5 Mio Dollar im September 1983 ausgezahlt wurde.

Dieser Vertrag war schon unter Rios Montt ausgehandelt, aber wie üblich auch an gewisse Auflagen gebunden worden. Die umstrittenste unter ihnen war die „Steuerreform“, die am 1. Juli 1983 in Kraft trat. Hauptbestandteil war die Einführung einer Mehrwertsteuer von 10%, die Aufhebung der Exportsteuern, die Vereinfachung des Imports von Rohstoffen und Ersatzteilen sowie die Vergünstigung von Krediten für landwirtschaftliche Produzenten.

Hauptnutznieser dieser Reformen sind somit die Agrarexporteure. Hauptleidtragende die Konsumenten, auf die 83% der Steuerlasten entfallen. Indirekt sind auch der Handels- und Industriesektor betroffen, die deshalb auch zum Hauptgegner dieses Gesetzes im Unternehmerlager wurden.

Mejia Victores hielt an dieser Steuerpolitik zur Erhöhung der Staatseinnahmen fest, um die immer teurer werdende Kriegführung zu finanzieren. Er machte lediglich einige Scheinzugeständnisse an seine Kritiker. Er reduzierte die Mehrwertsteuer zwischenzeitlich um 3%, führte aber gleichzeitig die sog. „Kassensteuer“ von 3% auf alle Verkäufe ein. Im Oktober 1983 stellte die Regierung die alte Rate von 10% wieder her.

Mit der Absetzung des Landwirtschaftsministers Sandoval Villeda und der Ernennung des Viehexporteurs Nájera Fanfán Ende August 1983 setzte die Regierung ein deutliches Zeichen gegenüber Agrarreformvorschlägen von Seiten der US-amerikanischen Internationalen Entwicklungsagentur (AID) und des Landwirtschaftsministeriums.

Als Antwort auf seine Entlassung und zur Begründung des von ihm mitausgearbeiteten Programms erklärte Sandoval: „Wenn wir keine Reformmaßnahmen bezüglich der Landverteilung ergreifen, öffnen wir die Tür für eine Agrarrevolution mit großem Blutvergießen.“¹¹

Wahlen zwischen Pest und Cholera

Vor allem Kaffeebarone und Viehzüchter befürchteten jedoch Landenteignungen in größerem Umfang. Die „Asociación Guatemalteco del Agro“ (Guatemaltekeischer Landwirtschaftsverband) und die rechtsradikale Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN) waren deshalb die entschiedensten Protagonisten des Amtswechsels.

Am 16. September 1983 unterzeichnete Mejia Victores ein neues Erdölgesetz, das den weiteren Ausverkauf dieses wichtigen Rohstoffs ans Ausland vorbereitete. Statt wie bisher 45% sind jetzt bis zu 70% Auslandsbeteiligung an der Ausbeutung der reichhaltigen Vorhaben¹² erlaubt.

Diese Einladung an die multinationalen Konzerne nahm im November 1983 als erstes Texaco an und beschloß, 40 Mio Dollar innerhalb der nächsten 3 Jahre für den Ausbau von drei Förderzentren zu investieren.

In den letzten Jahren verschlechterten sich vor allem die für Guatemala traditionell vorteilhaften Handelsbeziehungen mit den anderen Mitgliedern des MCC. 1982 verzeichnete das Land zwar noch immer einen Überschuß von 122 Mio Dollar aus dem Warenverkehr mit seinen südlichen Nachbarn. Aber im Vergleich zu den Vorjahren gab es einen deutlichen Rückgang (1980: 259; 1981: 184 Mio). Hauptabnehmer für industrielle Erzeugnisse ist dabei noch immer Nikaragua.

Eine im Oktober 1983 dekretierte Reduzierung der Ausfuhren rief deshalb die energischen Proteste der „Industriekam-

mer“ hervor. Sie verstärkten sich, als Kostarika, Honduras und El Salvador protektionistische Maßnahmen gegen guatemaltekeische Warenströme ergriffen. Nach bilateralen Verhandlungen wurden die Reduzierungen zurückgenommen.

Die wirtschaftliche Talfahrt und die Zuspitzung der inneren Widersprüche wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Doch bei allem, was die verschiedenen Sektoren der herrschenden Klasse voneinander trennt, in einem sind sie sich einig: in ihrer Gegnerschaft zu den breiten Volksschichten.

Sie sind es, die auch in Zukunft die Hauptlasten der Krise zu tragen haben. Schon jetzt ist die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung erschreckend: 41,9% Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel für 3 Mio Landbewohner, 800.000 Kinder ohne Schulbildung, 3,3 Mio Landbewohner ohne Trinkwasserversorgung, eine der höchsten Säuglingssterblichkeitsraten der Welt (81,1 auf 1.000). Laut Angaben der Vereinten Nationen leiden 62% der städtischen und 80% der ländlichen Bevölkerung an Hunger.¹³ Hinzu kommt die Repression. Gegen die Volksorganisationen richtet sich auch weiterhin die „Counterinsurgency“-Strategie (siehe Beitrag von F. Bushin) der Militärs.

Die „Rückkehr zur Konstitutionalität“, eine der Versprechungen Mejia Victores in seiner ersten Regierungserklärung nach dem Militärputsch, wird daran nichts ändern.

Besonders von zwei Seiten ist der General zur Einhaltung dieser Zusage gezwungen worden. Die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie wollen endlich wieder einen direkten Einfluß auf die Regierungspolitik ausüben können. Sie wollen stabile bürgerlich-demokratische Verhältnisse, in denen sie ihre Interessenunterschiede auf parlamentarischem Wege



Von der Armee Verschleppte kehren selten wieder



Wahlkampf 1982: Rechte unter sich

austragen können. Die Militärs sollen in die Kasernen zurückkehren und sich ausschließlich der „Counterinsurgency“, der Aufstandsbekämpfung, widmen. Die Politik soll den Parteien überlassen werden.

Eine Vorstellung, die den an 20 Jahren Machtausübung gewöhnten Militärs etwas fremd erscheint. Der alternde Vorsitzende der ultrarechten MLN (Mitinitiator der letzten zwei Umstürze), Alarcón Sandoval, warf deshalb der Militärführung im Oktober 1983 vor, sich nicht als Übergangsregierung zu verstehen und von ihren „ursprünglichen Zielen und Perspektiven abgewichen zu sein“¹⁴. Er verließ damit erneut den Forderungen aller 29 Parteien vom 11. August 1983 Nachdruck, am 1. Juli d.J. Wahlen zu einer „Konstituierenden Versammlung“ durchzuführen.

An solchen Wahlen werden sich linke Vertreter kaum beteiligen können, da es keine Garantien für den Schutz ihrer körperlichen Unversehrtheit gibt. Die repressive Struktur der Gesellschaft, der Terror staatlicher Organe und paramilitärischer Gruppen gegen die Volksorganisationen bleibt bestehen. Den Wählern bietet sich somit lediglich die Alternative



zwischen Pest und Cholera, denn alle Parteien die bisher ihre Kandidatur angemeldet haben, stammen aus dem bürgerlich-konservativen bis hin zum faschistischen Lager.

Der zweite Interessent an der Einhaltung des Wahlversprechens sind die USA. Sie brauchen die Wahlfarce zum einen, um die Opposition im eigenen Land zu beschwichtigen und endlich wieder Waffen und Wirtschaftshilfe in größerem Umfang an das mittelamerikanische Land liefern zu können. Seit der Weigerung Präsident Carters (1977), Guatemala weiterhin mit Kriegsmaterial zu versorgen, waren die Militärdiktaturen in den folgenden Jahren überwiegend auf Waffenlieferungen aus Israel angewiesen.

Andererseits möchte die Regierung Reagan mit der Durchführung von Wahlen in Guatemala und El Salvador 1984 ein Exempel statuieren und die Sandinistas unter Druck setzen, ebenfalls „demokratische Wahlen“ zu veranstalten. Dabei sollen in der Propaganda der USA die beiden nördlichen Nachbarländer Nikaraguas auch das Beispiel für ein „demokratisches Wahlsystem“ nach den Vorstellungen der USA geben.

Diesem Druck von zwei Seiten scheint Mejia Victores mittlerweile nachgegeben zu haben. Ende Dezember 1983 erklärte der General sich bereit, den Wahlgesetzentwurf mit Vertretern der Parteien zu diskutieren und bestätigte endgültig den 1. Juli 1984 als Termin für den ersten Urnengang.

Die zweite Voraussetzung für die Intensivierung der Hilfsmaßnahmen Washingtons an Guatemala erfüllt das Land hingegen nach wie vor nicht: Ein Ende der Menschenrechtsverletzungen, wie es größere Teile der Öffentlichkeit und des Kongresses der USA fordern.

US-Botschafter Chapin erklärte zwar am 7. November letzten Jahres: „Es gibt keine Massaker, Entführungen und Morde, in Guatemala passiert nichts dergleichen.“ Am selben Tag jedoch ermordeten Unbekannte den Pfarrer Augusto Ramirez Monasterio. Damit fiel zum zweiten Mal seit der Regierungsübernahme Mejia Victores ein Kirchenvertreter dem Terror zum Opfer, was sowohl energische Proteste der katholischen Bischofskonferenz als auch des Vatikan hervorrief.

Am 16. Dezember 1983 verurteilte darüber hinaus die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Verletzung der Menschenrechte und forderte die guatemaltekeische Regierung auf, die Massaker und die allgemeine Repression sowie die zwangsweise Vertreibung von Menschen zu beenden und das Schicksal von tausenden Verschwundenen aufzuklären. Verantwortlich für diese Völkermordpolitik waren in erster Linie Präsident Ríos Montt und sein Verteidigungs-

nister General Mejia Victores als oberster Chef dieser „Counterinsurgency“-Strategie.

Die Bilanz seiner 16monatigen Amtszeit ist erschreckend: 15.000 Tote, 300 völlig zerstörte Dörfer, über 1 Mio Flüchtlinge.

Und in seiner Doppelfunktion als Regierungschef und Verteidigungsminister sorgt Mejia zum Schrecken der Guatemalteken und der Weltöffentlichkeit für Kontinuität in seiner Politik.

Katholische Kirche auf Distanz

Deshalb hat sich auch die Kluft zwischen Regierung und katholischer Kirche nicht geschlossen, im Gegenteil.

Der damalige Vertreter des verstorbenen Erzbischofs Casariego Ramiro Pellecer bescheinigte Mejia Victores nach seiner Regierungsübernahme zwar einen „guten Willen und beste Disposition“. Aber trotz der Absichtserklärungen des Generals, den Einfluß der fundamentalistischen Sekte seines Vorgängers zurückzudrängen und vertrauensvolle Beziehungen zur katholischen Kirche wiederherzustellen, änderte sich seit dem 8. August 1983 nicht viel.

Für die protestantische Theologin Julia Esquivél (siehe Kasten) kommt es darauf an, was man unter „Beziehungen“ versteht, um zu beurteilen, ob es zu einer Versöhnung zwischen Kirche und Staat gekommen ist. „Wenn Beziehungen schöne Worte sind, dann ja. Aber man muß die Taten sehen. Sie ermordeten einen Priester, brachten einen Seminaristen um und nahmen einen Pater des Maryknoll-Ordens gefangen, dem sie vorwarfen, Waffen transportiert zu haben.“ Und zu diesen (Un-)Taten der Militärregierung kommt auf der anderen Seite die Ernennung von Monseñor Prospero Penados zum neuen Erzbischof von Guatemala. Damit steht ein Mann an der Spitze der katholischen Kirche, der als Bischof von San Marcos die Leiden des Volkes kennenlernte, der die Dörfer besuchte und mit den einfachen Menschen sprach. Er ist ein Mann, der nicht wie sein erzkonservativer Vorgänger Casariego durch die politisch Mächtigen korruptiert ist, sondern sich auf die Seite der Schwachen und Unterdrückten stellt.

Die Widersprüche zwischen den einzelnen Teilen der Bourgeoisie haben im Zuge der Verschärfung der Wirtschaftskrise weiter zugenommen. Die außenpolitische Isolierung des Militärregimes ist gewachsen. Innenpolitisch ist es starkem Druck der politischen Parteien der Rechten ausgesetzt und die Distanz zur katholischen Kirche hat sich vergrößert.

In der Mittelamerikapolitik hat Mejia Victores nicht die erhoffte militärische

Gespräch mit Julia Esquivel Christen im Widerstand



Messe eines Guerillapriesters für die Opfer eines Massakers

Julia Esquivel ist protestantische Theologin und Mitbegründerin der ökumenischen Menschenrechtsorganisation „Pro Justicia y Paz“ (Für Gerechtigkeit und Frieden). Sie lebt seit 1980 in Genf im Exil.

FRAGE: Was hat sich im Verhältnis der katholischen Kirche zu den Regierenden seit dem Militärputsch vom 8. August 1983 geändert?

J. ESQUIVEL: Im Grunde gar nichts. Ich glaube einer der Gründe für den Wechsel von Ríos Montt zu Mejía Victores war die Geringschätzung der katholischen Kirche durch Ríos Montt. Und die Überschätzung der Macht seiner Sekte „El Verbo“.

Mejía Victores ist Katholik aus Trägheit, weil die Mehrheit katholisch ist, aber nicht aus Überzeugung. D.h. er hat keinen richtigen Glauben, keinen authentischen Glauben. Er ist Katholik, weil er getauft wurde, kirchlich heiratete und man ihm einmal die Totenmesse lesen wird. Nicht aus Überzeugung.

Als General und als Mitglied einer der Fraktionen der „Counterinsurgency“ (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) in der Armee ist Mejía Victores gegen die Kirche. Warum? Weil die Doktrin der Nationalen Sicherheit, weil das Dokument von Santa Fé (Papier der Reagan-Berater für die US-Lateinamerikapolitik von 1980, vgl. AIB 1/1982, S. 10ff.; d. Red.) die Grundlage seiner Ideologie und die Basis aller „Counterinsurgency“-Programme sind. Und diese Konzeptionen behaupten, gewisse Sektoren der katholischen Kirche seien Kanäle des Kommunismus.

In diesem Zusammenhang sehen sie als Ideologen, als Politiker und als Militärs die „Theologie der Befreiung“. Aber die „Theologie der Befreiung“ ist so alt wie das Evangelium.

FRAGE: Aber das ist nicht die Position der ganzen Kirche. Die Hierarchie ist doch in ihrer Mehrheit konservativ?

J. ESQUIVEL: Das hängt davon ab, was man unter Kirche versteht.

Ich verstehe darunter das Volk der Gläubigen. Die Gemeinden, die den Glauben mit Leben erfüllen, die das Evangelium in die Tat umsetzen. D.h. ich spreche von der Mehrheit der Christen. Von den Bauern des Hochlan-

des, von den Arbeitern. Und sie befinden sich im Kampf um ihre Befreiung, im revolutionären Volkskrieg. Und zwar weil sie Hunger haben, weil ihr Magen leer ist, weil sie keine ärztliche Versorgung haben, weil sie keine gerechten Mindestlöhne empfangen. Und für mich ist das die Kirche.

Nun, die Hierarchie, für sie ist es sehr schwierig, das Projekt der Befreiung zu unterstützen. Denn sie haben schöne Ringe, teure Autos, können reisen, so oft sie wollen, essen ohne zu arbeiten. Folglich ist es ganz natürlich, daß die die keine Opfer von Unrecht sind, sich vom Volk entfernt haben.

Aber es gibt Ausnahmen. Monseñor Prospero Penados, der erst kürzlich ernannte neue Erzbischof ist eine solche Ausnahme. Penados war Bischof der Diözese San Marcos. Ich habe ihn früher jeden Monat besucht und konnte mich überzeugen, daß er die Dörfer besuchte, daß er mit den Bauern sprach. Er ist ein Mensch, der die Leiden des Volkes bewußt wahrnimmt.

Mit seinem Vorgänger Casariegos konnte man nicht sprechen. Er war ein unheilbringender Mensch, ein immerwährender Dissident, der Unaufrichtigkeit in der Episkopalkonferenz provozierte. Man kann Casariegos nicht mit Penados vergleichen.

FRAGE: Und wie sieht es mit der Versöhnung zwischen Kirche und Staat aus?

J. ESQUIVEL: Ich habe eine Äußerung von Penados gehört, daß sich die Beziehungen verbessert hätten. Wenn Beziehungen schöne Worte sind, dann ja. Aber man muß die Taten sehen.

Sie ermordeten einen Priester, brachten einen Seminaristen um und nahmen einen Pater des Maryknoll-Ordens gefangen, dem sie vorwarfen, Waffen transportiert zu haben. Wir sehen nicht nur die schönen Worte oder wie oft man sich gegenseitig besucht, sondern die Taten. Und die sind grausam, weil sie z.B. den Priester ermordeten.

Und es ist klar, wie sie ihn ermordeten. Erst kam ein Guerillero, der sich im Zuge des Amnestiegesetzes den Behörden stellen wollte und den Priester bat, ihn der Armee zu übergeben. Doch sie haben den Pater festgenommen, gefoltert und anschließend ermordet. Und wer ihn ermordete, war das Heer.

Stellvertreterrolle Washingtons eingenommen (siehe Beitrag von N. Biver/B. Graul). Und innerhalb der Armee hat sich der General inzwischen eine einzigartige Machtfülle angeeignet. Zum Ärger vieler einflußreicher Militärs und Politiker im Lande sowie auch in den USA.

Um dem ungeschriebenen Gesetz der guatemalteckischen Militärgeschichte zu entgehen, wonach es immer der Verteidigungsminister ist, der den jeweiligen Präsidenten stürzt, übernahm Mejía Victores dieses Ressort selbst.

Alle Macht dem General

Die acht wichtigsten Berater seines Vorgängers schickte er Anfang Oktober 1983 als Militärattachés in verschiedene Länder Südamerikas. Im Zuge der Ämterrotation besetzte er die Schlüsselpositionen der wichtigsten Militärbasen im Lande mit Vertrauenspersonen. Und der „zweite Mann“ des Regimes, Armeechef Lopez Fuentes, eng verbunden mit der MLN und den Agrarexporteurern, wurde als Botschafter ins politische Exil nach Rom geschickt.

Den größten Coup landete Mejía Victores mit der Verabschiedung des „Armeegesetzes“ am 7. Dezember letzten Jahres, das ihm die gesetzliche Grundlage gibt, 200-300 Offiziere (von insgesamt ca. 900), die entweder gleichzeitig öffentliche Ämter innehaben oder mehr als 33 Jahre im militärischen Dienst standen, zu entlassen.

Am 30. Dezember 1983 fand die erste Verabschiedungsfeier von 10 Generalen und 35 Obersten statt, unter ihnen die Ex-Präsidenten Kjell Laugerud (1974-78), Lucas García (1978-82) und Ríos Montt (1982-83), der als einziger General an dem Festakt teilnahm.

Damit bleibt nur Mejía Victores selbst als General in einer Armee, die ausschließlich von „jungen Offizieren“ mittlerer Ränge (vom Leutnant bis zum Oberst) geführt wird.

Mit dieser Personalpolitik verfolgt er vor allem das Ziel, seine eigene Position zu festigen. Was die Aneignung von Machtfülle anbetrifft, steht er somit seinem Vorgänger Ríos Montt mittlerweile um keinen Deut nach.



Eine weitere Absicht könnte es sein, sich unter jungen Militärs eine Basis zu verschaffen. Ihnen stehen jetzt alle Wege nach oben offen. Und mit dem regelmäßigen Aufstieg verknüpfen sich in der Regel auch bessere Möglichkeiten, sich wirtschaftlich zu bereichern.

Andererseits rufen diese Umbesetzungen und Entlassungen Unruhe und Unsicherheit hervor. Die Führer verschiedener politischer Machtgruppen im Militär können zwar ausgeschaltet werden, ihr Anhang bleibt jedoch bestehen. Und somit die permanente Gefahr eines neuen Militärputsches.

Inwieweit die USA in diesem Machtpoker ihre Finger im Spiel haben, ist unbekannt. Es ist jedoch möglich, daß mit dem zunehmenden Einfluß junger Militärs die moderne Counterinsurgency-Politik verbunden mit kosmetischen Reformen wie das AID sie vorschlug (swo.) bestimmend werden könnte.

Die Entmachtung landbesitzender Generale und die Entfernung verschiedener den Agroexporteuren nahestehender Politiker aus wichtigen Regierungssämtern (Wirtschaft, Landwirtschaft, Arbeit) könnte in diese Richtung deuten.

In diesem Falle würden neue, noch schärfere Auseinandersetzungen innerhalb des herrschenden Machtblocks die notwendige Folge sein.

Anmerkungen:

- 1) Daten nach: NACLA. Report on the Americas, New York, März/April 1983, S. 13
- 2) Siehe: Banco de Guatemala, zit. nach: Servicio de Informacion de Guatemala (SIAG), Mexiko, Nr. 3/1983, S. 8ff.
- 3) Vgl. Informationsdienst El Salvador, 24.2.1984
- 4) Siehe: ebenda, 3.2.1984
- 5) Ebenda
- 6) Angaben nach: NACLA, a.a.O., S.14
- 7) Vgl. Enfo prensa, Guatemala - La Contrainsurgencia de Rios Montt, Mexiko 1983, S. 111
- 8) Siehe: SIAG Nr. 1/1983, S.8
- 9) Daten nach: Enfo prensa, Guatemala..., a.a.O., S. 100
- 10) Ebenda, S. 121
- 11) SIAG, Nr. 2/1983, S.7
- 12) Guatemala gehört zu den 20 Ländern, die über die größten Erdölvorräte verfügen.
- 13) Die Angaben stammen von der UNESCO, zit. nach einer Erklärung der PGT, die Anfang Oktober 1983 in der guatemaltekischen und lateinamerikanischen Presse veröffentlicht wurde. Hier: Uno Mas Uno, Mexiko, 12.10.1983



Das Beispiel Coca Cola Betriebsschließung, um eine Gewerkschaft zu zerstören

Seit dem 17. Februar 1984 befinden sich die Arbeiter des multinationalen Unternehmens Coca Cola in Guatemala im Konflikt mit der Geschäftsleitung.

Am Nachmittag jenes Tages, so berichten zwei Gewerkschaftsmitglieder der dortigen Betriebsgewerkschaft (aus Sicherheitsgründen können die Namen nicht genannt werden), erhält ihre Organisation einen Anruf von der Betriebsleitung, daß am gleichen Abend eine Sitzung stattfände. Auf dieser Sitzung gibt die Geschäftsführung bekannt, daß der Betrieb wegen Überschuldung geschlossen werden müsse und man ab sofort den Betrieb einstelle.

Diese Ankündigung kommt überraschend für die 460 Arbeiter des Coca-Cola-Abfüllbetriebs in der Hauptstadt. Und sie steht nicht in Übereinstimmung mit den arbeitsrechtlichen Regelungen, wonach eine Betriebsschließung einen Monat im voraus beim Arbeitsministerium anzugeben ist.

Noch am gleichen Abend wird der Gewerkschaftsleitung von der Geschäftsleitung insgeheim Geld angeboten, um auf diese Weise erwartete Widerstandsaktionen zu verhindern. Die Arbeitervertreter gehen darauf nicht ein. Im Gegenteil, 30 Gewerkschaftsmitglieder besetzen friedlich das Betriebsgelände und fordern den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Am nächsten Tag beteiligen sich fast alle Arbeitskollegen, von denen 350 der Gewerkschaft angehören.

Die Gewerkschafter berichten, daß es in Guatemala drei Coca-Cola-Betriebe gibt: einen im Süden (Retalhuleu), einen im Osten (Puertos Barrios) und einen eben in der Hauptstadt. Sie funktionieren

nach dem Prinzip der regionalen Arbeitsteilung.

Während in den anderen beiden etwas kleineren Betrieben die Geschäfte ihren normalen Gang nehmen, soll es im Betrieb in Guatemala-Stadt finanzielle Schwierigkeiten geben, obgleich die Hauptstadt und die umliegenden Verkaufsgebiete doch den eindeutig größten Absatzmarkt im Land darstellen.

Es drängt sich daher eine andere Sichtweise auf: Die beiden kleineren Betriebe verfügen über keine Gewerkschaft; der Betrieb in der Hauptstadt hat hingegen eine durchaus konfliktbewußte und -erfahrene Gewerkschaft, die seit ihrer Entstehung im Jahre 1975 ständigen Eliminierungsversuchen ausgesetzt war.

Gewerkschafter als Freiwild

So sind insgesamt in der Zeit zwischen 1975 und 1980 10 Coca-Cola-Gewerkschaftsführer ermordet worden jeweils mit dem Ziel, eine Gewerkschaft zu zerschlagen, die anderen als Vorbild dienen könnte. Dies ist aber – so die Gewerkschafter – nicht erreicht worden, einerseits aufgrund des Kampfeswillens der Gewerkschaft und andererseits aufgrund internationaler Unterstützung.

Hervorzuheben sei die Bedeutung der Internationalen Union der Arbeiter des Nahrungsmittelgewerbes (UITA), die den Impuls für eine Boykottkampagne gegen den Konsum von Coca Cola gegeben habe. Desweiteren habe die UITA direkt mit Coca Cola Interamericana (Atlanta) verhandelt. Am 20. Januar 1981 sei u.a. aufgrund dieses Umstands die Ratifizierung eines Kollektivvertra-

STRO				
WIR ÜBERLEBEN				
EN, 16.80 DM				
ische Staatschef Fidel				
s ein Team hochkarätli-				
chaftswissenschaftler				
strem Bericht, der auf				
pleikonferenz der Nicht-				
idenen weltweit Aufse-				
e, die Auswirkungen				
in und wirtschaftlichen				
lie unterentwickelten				
ersucht. Die Autoren				
if dramatische Weise				
ng nicht erst im Krieg				

Menschenleben vernichtet, sondern daß schon im Frieden Tag für Tag Menschen sterben müssen, weil das Geld nicht für ihre Ernährung, sondern für immer perfektere Waffensysteme verpulvert wird. "Uns bleibt keine andere Wahl als zu kämpfen und dabei auf die gewaltige moralische und geistige Kraft der Menschheit zu vertrauen, wenn wir die Hoffnung auf das Überleben hegen wollen."

Fidel Castro

im Buchhandel erhältlich

Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS

Geschichte eines blutigen Kampfes

11. 8.1975 Die Coca-Cola-Gewerkschaft wird gegründet.
24. 3.1976 Streik, da 124 Gewerkschafter des Betriebes entlassen worden sind; der Betrieb wird 17 Tage lang besetzt. Polizeikräfte beenden den Ausstand. Im Gefolge bildet sich in Guatemala ein Solidaritätskomitee, in dem eine Vielzahl weiterer Gewerkschaften vereinigt ist, die sich kurz darauf zum gewerkschaftlichen Dachverband CNUS (der heute nicht offen im Inland arbeiten kann) zusammenschließen.
- 12.12.1978 Erster Mordfall, ausgeführt gegen den Finanzsekretär (und ehemaligen Generalsekretär) der Gewerkschaft, Pedro Quevedo. Quevedo war dies zuvor vom Coca-Cola-Geschäftsführer Trotter (US-Staatsbürger) angedroht worden. Zur gleichen Zeit erhält der Generalsekretär der Gewerkschaft, Israel Marquez, von Trotter eine gleichartige Drohung; Marquez verläßt das Land nach einem mißglücktem Mordanschlag.
5. 4.1979 Ermordung des nachfolgenden Generalsekretärs der Gewerkschaft, Manuel Lopez Balam. Dies löst einen lokalen Boykott der Coca-Cola-Arbeiter gegen Coca Cola aus. Die Internationale Union der Arbeiter des Nahrungsmittelgewerbes (UITA) schaltet sich in den Konflikt ein und erklärt Coca Cola für die Gewaltakte gegen die Arbeiter für verantwortlich. UITA-Mitgliedsverbände werden aufgefordert, Protestschreiben an Coca Cola, Atlanta (USA), zu richten.
- 1980 Von der UITA und verschiedenen Mitgliedsverbänden wird eine internationale Boykottkampagne gegen Coca Cola durchgeführt. Im Mai kommt es zum erneuten Mord an Generalsekretär der Gewerkschaft, Marlon Mendizábal. Die Solidaritätskampagne verbreitert sich.
20. 1.1981 Ratifizierung eines Kollektivvertrages zwischen Coca Cola Interamericana (Atlanta) und UITA (Genf) mit folgenden Punkten: Auswechslung des administrativen Personals (welches sich z.T. aus Militärs rekrutierte, die für ihre Repressionsmethoden bekannt waren), keine Polizei auf dem Betriebsgelände, keine Massenentlassungen, im Streitfall Zusammenkunft von Gewerkschaft, UITA und Coca Cola, Vertragsdauer 5 Jahre.
17. 2.1984 „Betrügerische Betriebsbesetzung“; friedliche Betriebsbesetzung.
27. 2.1984 Scheitern der Verhandlungen in Atlanta. Die UITA ruft zum internationalen Boykott des Konsums von Coca Cola auf.

ges (siehe Kasten) erreicht worden, womit die internationale Unterstützungskampagne beendet worden sei.

Der von den beiden Kollegen abgegebene Einblick in die Konfliktgeschichte von Coca Cola macht unmißverständlich klar, welche Bedeutung die momentane Auseinandersetzung hat und welches die Hauptmotive der Geschäftsleitung für die Betriebsschließung sind.

Die Interviewpartner verfügen außerdem über Belege, wonach Verkaufsabrechnungen der nicht in der Hauptstadt liegenden Verkaufsgebiete des Betriebes über persönliche Konten einzelner Mitglieder der Geschäftsleitung getätigt wurden, daß normal erfolgte Auslieferungen als beschädigte Ware erklärt wurden, daß das Inventar unterbewertet wurde und Spesenabrechnungen überhöht waren. Ferner hätten sich bereits Interessenten gemeldet, den Betrieb zu kaufen, allerdings unter der Bedingung, daß die Gewerkschaft unterdrückt werde.

Vor diesem Hintergrund wurde kurz nach Beginn der friedlichen Betriebsbesetzung vom 17.2.1984 eine Delegation der Gewerkschaft nach Atlanta (Georgia, USA) zu Coca Cola Interamericana geschickt, um die Wiedereröffnung des Betriebes zu verlangen. Die Delegation stützte sich dabei auf die Vereinbarungen von 1981.

Aber der dort für „interamerikanische Angelegenheiten“ zuständige Direktor von Coca Cola, Ted Circuit, zeigte sich nicht gesprächsbereit. Damit waren die Verhandlungen gescheitert. Am gleichen Tag, den 27.2.1984, erklärte der Generalsekretär der UITA, Dan Gallin, seine Organisation werde international den Boykott des Konsums von Coca Cola propagieren.

Die beiden Gewerkschafter sagen, daß die Bemühungen ihrer Gewerkschaft darauf orientiert seien, daß das guatemalteckische Arbeitsministerium die Betriebschließung seitens der Geschäftsleitung

zum „illegalen Unternehmerstreik“ erklärt, da es sich um eine „betrügerische Schließung“ handele. Sie geben sich zuversichtlich, dies erreichen zu können, wenn sie international Unterstützung erhalten.

Die Kollegen stützen sich darauf, daß die Geschäftsleitung eindeutig und einseitig die im Kollektivvertrag vom 20.1.1981 getroffenen Vereinbarungen verletzt habe. Sie meinen, ihre Chancen stünden nicht schlecht, denn ohne weiteres könne das Regime nicht dazu übergehen, die Gewerkschaft zu zerstören, würde sie doch ihr international ohnehin bereits stark beschädigtes Ansehen noch weiter verschlechtern.

Davon abgesehen wäre die Regierung vordergründig bemüht, von sich das Bild abzugeben, daß sie Gewerkschaften zulasse, wie sich in der kürzlichen Schaffung der regimetreuen Gewerkschaft CUSG (Zulassung im Dezember 1983) zeige. Dieses Projekt würde sich jedoch vollends als Farce erweisen, wenn man die Coca-Cola-Gewerkschaft unterdrücke.

Überdies würde die definitive Schließung eines Betriebes, von dem 2.500 weitere Arbeitsplätze abhängen, in einer Situation, in der offiziell eine Arbeitslosenrate von über 40% zugegeben wird, die sozialen Spannungen erneut steigern. Das erkläre, warum die Regierung im Fall der Coca-Cola-Gewerkschaft bislang neutral geblieben sei.

Die beiden Gewerkschaftsvertreter wiesen darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung durch die Repression stark geschwächt sei, und unter ständiger Bedrohung stehe, was sich beispielsweise an der Entführung von 14 Gewerkschaftsführern und Arbeitsanwälten seit November 1983 zeige (von denen 3 lebendig und 2 ermordet auftauchten, und die restlichen 9 verschwunden sind).

Ein weiteres Beispiel sei der Abfüllbetrieb San Bernardino. Dort sind 6 von den 20 für die Registrierung beim Arbeitsministerium zur Gründung einer Gewerkschaft erforderlichen Mitgliedern entlassen worden, was jedoch einen Ausstand in dem Betrieb provozierte.

In diesem Moment ist es wichtig für die guatemalteckische Gewerkschaftsbewegung, so die Interviewten, daß die Absicht, eine konfliktbereite Gewerkschaft zu zerschlagen und damit ein Zeichen zu setzen, durchkreuzt wird.

Es werden viele Erwartungen der nicht regierungskontrollierten Gewerkschaftsbewegung an den erfolgreichen Ausgang des Konflikts von Coca Cola geknüpft. Deshalb ist der Druck der internationalen Öffentlichkeit notwendig, sei es durch wirtschaftliche Hilfe (zur Unterstützung der Familien), durch Boykottmaßnahmen oder Protestschreiben an das Arbeitsministerium und Coca Cola.



Weekend in Guatemala US-Intervention gegen die Reformgefahr 1954

„Wir operieren in einem feindlichen Land“, murmelte er. Feindlich?“ läßt Miguel Angel Asturias einen US-Sergeanten Harkins sich fast belustigt fragen: „Die Eisenbahnen gehören uns, die Häfen gehören uns, die Fluglinien gehören uns, Telegraf und Telefon gehören uns, fehlt nur noch, daß wir uns selbst den Krieg erklären...“

Es ist „Weekend in Guatemala“, so der Titel der Episodensammlung des späteren Literaturnobelpreisträgers Miguel Angel Asturias (1899-1974) aus dem Jahre 1958, und der Krieg ist im Gange gegen das Volk von Guatemala und seine Regierung.

Es geht um das Land, das diese Regierung dem Volk zurückgegeben hatte — denn auch dieses hatte den USA gehört. Genauer: der United Fruit Company (UFCO), genannt „la frutera“, die sich inzwischen United Brands etikettiert. Seit Beginn des Jahrhunderts war die UFCO die faktische Herrscherin der „Bananenrepublik“ Guatemala gewesen. Willfährige Despoten wie Cabrera und Ubico hatten dafür gesorgt, daß ihre Geschäfte ungestört liefen und sich mit denen der Handvoll einheimischer

kannte aber auch die Notwendigkeit einer Agrarreform, um die Macht der feudalen Lati-fundienbesitzer zu brechen.

Eine Anzahl wichtiger Reformmaßnahmen fiel unter Arevalos Präsidentschaft (bis 1951): Gesetzgebungen zur Sozialversicherung und Arbeit, Ansätze zur Überwindung des Analphabetismus, Zulassung von Parteien und Gewerkschaften, Schutz der indianischen Bevölkerung (fast zwei Drittel der Einwohner).

Unangetastet blieben hingegen die Berufsarmee des Landes und das Auslandskapital (dessen Allmacht durch eigene Investitionsförderung zurückgedrängt werden sollte). Die UFCO kontrollierte von 1946 bis 1952 zwischen 61 und 89% des Bananenexports.

Trotz reaktionärer Putschversuche — einer davon angeführt von dem Obersten Carlos Castillo Armas — gehen auch die Wahlen 1950 mit einem Sieg des demokratischen Kandidaten zuende. Der neue Präsident heißt Jacobo Arbenz Guzmán, ein Offizier der Junta vom Oktober 1944 und Verteidigungsminister im Kabinett Arevalo. Nun stehen auch Bauern und Landarbeiter sowie die — zahlenmäßig



Großgrundbesitzer vertrugen.

Doch im Oktober 1944 war Ubicos designierter Nachfolger durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt worden. Hinter dieser „Front der nationalen Wiedergeburt“ standen Teile des mittleren und niederen Offizierskorps, bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte, die Intelligenz des Landes, vor allem die Studentenschaft.

In Guatemala wurde eine Periode bürgerlich-demokratischer Reformen eingeleitet. Noch im Dezember 1944 wurde der Philosophieprofessor Juan José Arevalo, Verfasser eines Essays über den nordamerikanischen Hai und die mittelamerikanischen Sardinien, zum Präsidenten gewählt — mit 95% der Stimmen.

Die unter seiner Regierung 1945 verschiedene Verfassung, orientiert an der Mexikos von 1917, verankerte bürgerliche Freiheiten und eine Garantie des Privateigentums. Sie aner-

freilich schwache — Arbeiterschaft hinter der Regierung.

Die von Arbenz unternommenen Schritte verstärken den antifeudalen und antiimperialistischen Charakter des Prozesses — Ziel bleibt indessen die Schaffung eines „modernen kapitalistischen Landes“. In diesem Sinne steht es sogar im entscheidenden Gesetz der Ära Arbenz, dem über die Agrarreform vom 17. Juni 1952.

Dennoch werden die UFCO und die US-Regierung bald von einer „kommunistischen Machtübernahme“ in Guatemala sprechen.

Das Agrarreformgesetz hatte die Enteignung aller ungenutzten Flächen über 270 Hektar (ha) gegen Entschädigung und die Verteilung an Bauern- und Landarbeiterfamilien vorgesehen. Insgesamt 1,8 Mio ha sollten bis 1954 an über 100.000 neue Eigentümer übergehen. Hatte diese Politik zunächst die feudalen



J. F. Dulles, selbst Aktionär und Vertragsunterhändler der United Fruit, später US-Außenminister

Grundherren getroffen, so zählte ab März 1953 auch die UFCO zu den Expropriierten. Sie mußte fast zwei Drittel ihres Besitzes aufgeben.

Damit war der Kern des Freiheitsbegriffs made in USA getroffen. Die UFCO veranlaßte in der guatemalteckischen und US-Presse eine Diffamierungskampagne.

Die Unterstützung Arbenz' durch die kleine Fraktion kommunistischer Abgeordneter im Parlament (4 von 56!) sollte später vom US-Außenminister John Foster Dulles zur „Kontrolle der Legislative“ aufgeblasen werden. Dulles war in den 30er Jahren federführend gewesen bei der Aushandlung der Kontrakte der UFCO mit dem Regime Ubico.

Ende 1953 war in Washington beschlossene Sache, daß die Regierung Arbenz gestürzt werden sollte. Diffamierung, Boykott und — sollte dies nicht ausreichen — Intervention sah die Planung vor.

Blutige Diktatorengegnern wie Batista, Trujillo und Jiménez gaben sich unter Dulles' Regie auf einer Konferenz in Caracas als empörte Demokraten und verurteilten die Regierung Arbenz, die versuchte, die elende Lage eines Volkes zu bessern.

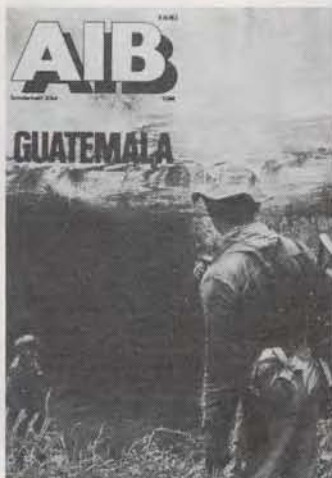
Im Nicaragua der Tyrannensippe der Somozas bereiteten der CIA und der im Exil lebende guatemalteckische Oberst Castillo Armas die Invasion vor. Sie begann am 18. Juni 1954. Der eigens für die Organisation des Manövers Ende 1953 nach Guatemala beorderte neue US-Botschafter Perifoy äußerte im Kreis seiner Untergebenen: „Morgen um diese Zeit können wir ein großes Fest feiern.“

Doch die Invasoren kamen kaum voran. Erst Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung — geflogen von US-Piloten — schüchterten die Bevölkerung ein, die gleichwohl zur bewaffneten Gegenwehr bereit war. Doch Arbenz scheute vor diesem Schritt zurück. Stattdessen übergab er — unter dem Eindruck der verlustreichen Bombardements — am 27. Juni 1954 sein Amt dem Obersten Diaz, der die Putschisten vertreiben wollte.

Ein Putsch durch dessen Stellvertreter, arrangiert unter Mitwirkung Perifoy's, machte dann doch noch den Weg frei für den Einmarsch der Söldner-Banden unter Oberst Armas.

Das Reformexperiment war gewaltsam beendet. Miguel Asturias, der seinen Band „Weekend in Guatemala“ den „Martyrer-Bauern“ und „hingeopferten Arbeitern“ widmen sollte, ging ins Exil. Die UFCO kam wieder. Sie sollte bald fast die gesamte Bananenausfuhr kontrollieren, denn 95% der Kulturen gehörten ihr.

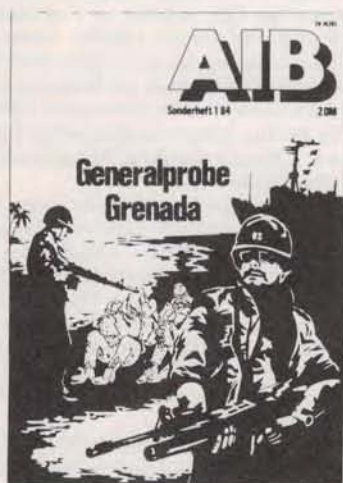
J. Ostrowsky



3/84: Guatemala



2/84: AirLand Battle und die Rolle der Bundesrepublik



1/84: Generalprobe Grenada

Sonderheft 1/84 und 3/84: 24 S., 2 DM
 Sonderheft 2/84: 60 S., 4 DM
 Porto: 0,60 DM je Heft. Ab 10 Ex. 33%
 Rabatt. Bestellungen unter 10 DM nur gegen
 Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken).

Einführungsbücher

Um Interessierten einen nicht zu aufwendigen und zugleich lebendigen Einstieg in das Neuland Guatemala zu erschließen, mag es genügen, sich hier auf einige ausgewählte Buchveröffentlichungen der letzten zwei Jahre zu beschränken.

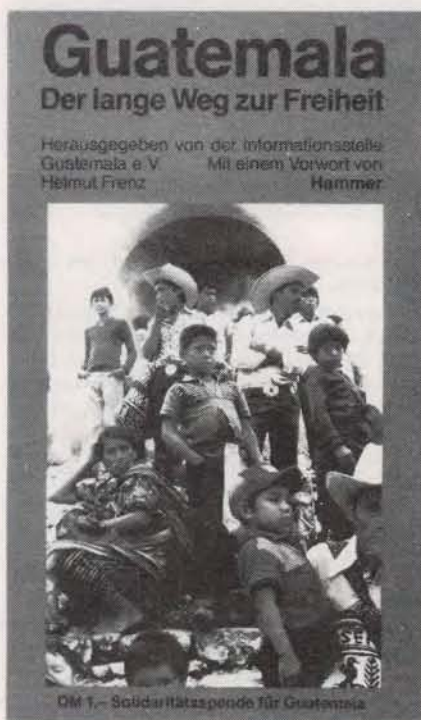
Eine empfehlenswerte Gesamtschau über Land, Leute und Geschichte Guatemalas bietet das vom Madrider Institut für Politische Studien über Lateinamerika und Afrika verfaßte und erstveröffentlichte Buch **Guatemala. Der lange Weg zur Freiheit**, hrsg. von der Informationsstelle Guatemala, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1982, 255 S., Preis 12,80 DM.

Es enthält im 1. Teil eine detaillierte Zusammenschau von Grundinformationen (Bevölkerung, Rohstoffe, Regionen, Erziehung, Gesundheit usw.) sowie Grundzüge zur guatemaltekischen Geschichte von den Mayas bis zur Gegenwart. Im 2. Teil findet sich eine solide Untersuchung der Gesellschaft Guatemalas, die von der Wirtschaftsstruktur über das politische System und die Klassenkampfentwicklung bis hin zur militärischen Situation reicht. Der 3. Teil des Buches bietet dokumentarisches Material, darunter zum Selbstverständnis des Volkswiderstands und zum Verhältnis Europa/BRD und Guatemala.

Einen noch aktueller gehaltenen Einstieg vermittelt der Guatemala-Länderbeitrag von D. Boris/P. Hiedl/V. Sieglin in dem Mittelamerika-Standardwerk

D. Boris/R. Rausch (Hrsg.), **Zentralamerika. Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica, El Salvador**, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983, 405 S., 14,80 DM, S. 70-127.

Bei Boris u.a. besticht die Schärfe in der Darstellung der guatemaltekischen Klassen- und Sozialstruktur wie auch der Befreiungsbewegung. Der Aufsatz ist für Unvorbelastete als grobe Orientierung maßgeschneidert, zugleich aber auch als Ergänzung zum Einführungsbuch des Hammer Verlags unverzichtbar.



Literarisches

Die fesselnde Selbstdarstellung einer Indiofrau verbirgt sich hinter dem soeben erschienenen Titel

E. Burgos, Rigoberta Menchú. **Leben in Guatemala**, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1984, 244 S., 16,80 DM.

In dieser Aufzeichnung wird überaus eindrucksvoll der Alltag der guatemaltekischen Indios, der Land- und Stadtmutter geschildert, werden gerade auch die kulturellen Besonderheiten dieses Landes nachvollziehbar. Rigoberta Menchu, eine 26jährige Indianerin vom Stamm der Quiché, beschreibt die Sitten, Traditionsverbundenheit und Riten ihres Volkes, das Los der indianischen Bauern und Plantagenarbeiter. Sie berichtet über die Unterdrückung durch die „reichen Herren“ wie über den opferreichen Widerstandskampf der Landarbeiter und der Guerilla.

Rigoberta Menchu zeichnet anschaulich nach, wie sie als Betroffene – ihre Eltern und ihr Bruder werden von Regierungstruppen ermordet – einen zwangsläufigen Radikalisierungsprozeß durchläuft. Sie macht so den Leser betroffen. Und sie weckt zugleich Hoffnungen in den guatemaltekischen Widerstand, dem sie sich, von einer linkschristlichen Position ausgehend, verschrieben hat.

Ein dichterisches glanzvolles Beispiel des guatemaltekischen Widerstands bietet

Otto René Castillo, **Selbst unter der Bitterkeit. Gedichte spanisch-deutsch**, hrsg. von der Informationsstelle Guatemala, München 1983, 223 S., 14,80 DM.

O. René Castillo (1936-67), der als der profilierteste revolutionäre Lyriker des Landes gilt, kämpfte 1966/67 in den Reihen der Guerilla. Er wurde nach einer Verwundung vom Militär gefoltert und bei lebendigem Leibe verbrannt. Der salvadorianische Schriftsteller Roque Dalton nennt René Castillo daher im Nachwort des Gedichtbandes die Verkörperung eines neuen Typs von mittelamerikanischen Künstlern: „...der Dichter ist moralisches Verhalten, er muß schreiben wie er denkt, und leben, wie er schreibt, er ist dem Volk verpflichtet, seinen Befreiungskämpfen, der Revolution.“ (S. 212)

Tiefe Zuneigung zum einfachen Volk, Empörung gegen die Unterdrücker, Patriotismus, Naturverbundenheit, Liebe, dies sind bestimmende Elemente in Castillos Lyrik. Die eine Seite seiner Dichtkunst ist die Bitterkeit und Traurigkeit über die Unmenschlichkeit der Diktatur:

„Mein dunkelhäutiges Land,
 von dir
 kenne ich nicht
 das einfachste
 Lächeln.“

So beginnt er sein Gedicht „In Wahrheit kenne ich dein Lachen nicht“.

Castillos andere Seite ist die Siegeszuversicht, sein Vertrauen in die Unterprivilegierten, in eine bessere Zukunft, seine Hoffnung. Sie kommt zum Ausdruck u.a. in dem Gedicht „Morgen der Sieg“:

Auch bei Guatemalas berühmtestem Schriftsteller, Miguel Angel Asturias (1899-1974), der 1967 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet wurde, steht die Beschreibung der Diktatoren und des guatemaltekischen Volkswiderstands im Mittelpunkt.

Das Diktaturregime Cabrera nahm er in dem Frühroman „Der Herr Präsident“ (Verlag Helmut Kossodo, Genf) aufs Korn.

Filme



Miguel Angel Asturias

Eine Vielzahl seiner Romane und Novellen widmete er der Schilderung der verschiedensten Bereiche und Formen des Widerstands: im eben erwähnten Roman war es der städtische, in „Die Maismenschen“ (Lamuv 1983, 376 S., 19,80 DM) der indianische Widerstand und in der Romantrilogie „Der starke Wind“, „Der grüne Papst“ und „Die Augen der Begrabenen“ (die beiden letzteren erschienen bei Luchterhand und als Taschenbücher bei Ullstein) der Widerstand der Landarbeiter in den Plantagen der United Fruit.

In „Weekend in Guatemala“ verarbeitete Asturias die traumatische Erfahrung von US-Intervention und Sturz der Reformregierung Arbenz im Jahre 1954. In den im März 1983 vom rotpunktverlag Zürich, 267 S., 21,20 DM) neuverlegten acht Erzählungen werden diese Ereignisse szenarisch nachgezeichnet, aus dem Blickwinkel der Söldner, der einheimischen Militärs, der Bauern, der politischen Gefangenen usw.

Ähnlich informativ liest sich die Interventionsgeschichte des Jahres 1954 in Romanform, die der bundesdeutsche Journalist K.H. Poppe (1923-77) zu Papier brachte:

K.H. Poppe, *Intervention oder Zwölf Tage Krieg in Guatemala*, Edition LitPol, Berlin (West) 1983, 294 S., 22,80 DM.

Nicht nur als anschaulicher Beitrag zur gesellschaftlichen Wirklichkeit Guatemalas, sondern auch als exemplarische Darstellung zur Rolle der Frauen in Lateinamerika empfiehlt sich A. Nispel/B. Bruch u.a., *Jedem das Seine. Von der Teilung der Arbeit und der Teilung der Macht. Frauen in Lateinamerika/Beispiel Guatemala*, edition CON, Bremen 1984, 120 S., 12,80 DM.

Im 1. Teil wird die Stellung der guatemaltekischen Frauen in Produktionsprozess und Familie untersucht, darunter auch der Machismo (Männlichkeitskultur) und seine diskriminierenden Wirkungen für die Frauen. Der 2. Teil behandelt die Repressionsebenen dieses Zustandes, z.B. die Begleiterscheinungen des Tourismus, der Entwicklungshilfe, des Analfabetismus, des Muttermilchersatzes (Nestlé!). Im 3. Teil wird der Standort der Frauen im mittelamerikanischen Befreiungskampf hinterfragt.

Mit einem 1. Preis wurde auf den Kurzfilmtagen 1984 in Oberhausen der Film „Vamos Patria a Caminar“ ausgezeichnet. Es ist der erste Streifen der neuen guatemaltekischen „Cinematografía“ (Filmkunst), einer Gesellschaft, die in Guatemala revolutionäre Filme produziert. Er wurde 1983 fertiggestellt und skizziert die Geschichte des Landes vom Jahr 1954, dem Jahr als der Reformpräsident Jacobo Arbenz gestürzt wurde. Bis zur Diktatur von Rios Montt zeigt der Film, daß Guatemalas Geschichte eine lange Folge von Gewalt Herrschaft und fortgesetzten Interventionen durch die USA ist.

„Wenn die Berge erzittern“ (Pamela Yates/Thom Sigel, 16 mm, Farbe, 83 Minuten, auch als Kinofilm geeignet) behandelt am Beispiel der Indiofrau Rigoberta Menchú die Folgen der jüngsten Geschichte Guatemalas. Der Film wurde 1983 gedreht. Der Lebensweg der Indiofrau führt zurück in die Maya-Vergangenheit und zeigt ein Panorama von Gesellschaft, Kultur und Politik Guatemalas.



Rigoberta Menchú

Im Grenzgebiet zwischen Mexiko und Guatemala entstand „Adios Guatemala“ (Tilmann Scholl, 16 mm, Farbe, 22 Minuten, 1982, auch als Video/VHS erhältlich). Er zeigt die Situation der Flüchtlinge und die Ursachen ihrer Flucht.

Die Reportage „Kaibil“ von Michael Gregor (16 mm, Farbe, 15 Minuten, 1982) schildert Strategie und Taktik der berüchtigten Antiguerrillaeinheiten der Armee in Guatemala.

Zu einer der Hauptaufgaben der städtischen Feuerwehr in Guatemala-Stadt ist der Abtransport der Terroropfer der Armee und der rechtsradikalen paramilitarischen Banden geworden. Darüber berichtet „Bomben und Bomberos (Feuerwehrlente)“ (Michael Gregor, F. Chavez, 16 mm, Farbe, 30 Minuten).

Die Reportage „Gewehre und Bohnen“ (Leo Gabriel, 16 mm, Farbe, 17 Minuten) schildert die Situation guatemaltekischer Indios nach der militärischen Großoffensive von Rios Montt gegen die Guerilla von 1982.

Die Auswirkungen des Tourismus auf das Leben der Indios schildert „Ferien bei den Indianern“ (Johannes Pepper, John Redeye, T. Mascal, 16 mm, 44 Minuten, Farbe). Der Film zeigt, auf welche Art der Ferntourismus auf Kosten der Selbstbestimmung der Indianer

geht und wie die Militärregierung dieses für sie devisenbringende Geschäft unterstützt.

Er ist sowohl zur Diskussion über Ferntourismus als auch für die Informationsarbeit zu Guatemala geeignet.

Alle Filme sind zu beziehen über CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen, Tel. 0421/540012-13.

Broschüren und Infos

Eine Broschüre, die das Gründungsmanifest der Guatemaltekischen Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) enthält sowie die revolutionären Organisationen Guatemalas vorstellt, kann über den Solidaritätsshop Dritte Welt, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt/Main bestellt werden. Sie umfaßt 40 Seiten und kostet 2 DM.

Ein monatlicher Informationsdienst kann bei der Informationsstelle Guatemala e.V., Maistraße 29, 8000 München 2, ebenfalls zu 2 DM bezogen werden.

Ausstellung

Am Beispiel Guatemalas wird in der Ausstellung „Den Frauen die Hälfte des Himmels, den Herren die ganze Welt“ die Lage der Frauen in der Dritten Welt anschaulich gemacht.

Am Anfang wird der Arbeitsalltag der Frauen gezeigt. Im 2. Teil, der mit einer Tafel zum Kolonialismus beginnt, werden die historischen Ursachen der Unterentwicklung beleuchtet. Der 3. Teil behandelt den Neokolonialismus und seine Auswirkungen auf die Frauen.

Der letzte Teil setzt sich kritisch mit der Beteiligung der Frauen am Widerstand auseinander. Die Ausstellung kann über CON bezogen werden.

Spendenkonto

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt/Main) ist gegenwärtig dabei, ein Solidaritätsprojekt mit der URNG abzustimmen. Spenden können auf das Sonderkonto Prof. Wulff, Kt. Nr. 527055-602, Postscheckamt Frankfurt/Main, Kennwort Guatemala überwiesen werden.

Für Flüchtlinge, die verfolgte Kirche, die URNG bzw. Volksorganisationen und für Öffentlichkeitsarbeit zu Guatemala kann bei der Informationsstelle Guatemala unter der Konto-Nr. Postscheck München 2081 59-802 gespendet werden. Dabei sollte das jeweilige Stichwort angegeben werden.

Für medizinische Hilfe sammelt Medico International, Stadtparkasse Frankfurt/Main, Konto-Nr. 646. Auch hier Stichwort Guatemala angeben.

Richtigstellung

Im Libanon-Artikel in AIB 3/1984, S.6 ist uns ein Fehler in Sachen Chaoui unterlaufen. Der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei ist Georges Hawi, während Nicolas Chawi als Präsident der Partei fungiert. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



K. D. Bredthauer (Hg.)
Sage niemand, er habe
es nicht wissen können
208 S., Pahl Rugenstein



Elisabeth Burgos
Rigoberta Menchú
Leben in Guatemala
256 S., Lamuv 1983

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Unser aktuelles Buchgeschenk

Fortsetzung von S. 16

stration. Sie mußte wegen mangelnder Unterstützung abgesagt werden.

Einige rechte Elemente im Lande gaben Pamphlete heraus, die in der Hauptstadt und in einigen anderen Städten verteilt wurden. In ihnen griff man Gewerkschaften und Einzelpersonen als Coard-Anhänger und als Kommunisten an.

Die sehr ausgeklügelte Propaganda wurde offensichtlich unter Beratung von Personen durchgeführt, die Erfahrung mit der Vorbereitung dieser Art von Propaganda hatten.

Der wichtigste Sektor, den diese Elemente zu neutralisieren versuchten und belästigten, war der Gewerkschaftssektor. Ein Beispiel dafür ist die Grenadische Lehrgewerkschaft, deren Führung größtenteils progressiv ist, die aber nicht der NJM angehörte. Sie organisierte eine Befragung ihrer Mitglieder, um ihre Ansichten über die andauernde Besetzung Grenadas herauszufinden.

Der Übergangsrat reagierte darauf, indem er erklärte, daß die Grenadische Lehrgewerkschaft eine antiamerikanische Demonstration organisieren würde, und daß dies ein ernster Schritt sei, der die Sicherheit des Landes gefährden würde.

Dies war gelogen, denn sie organisierten keine Demonstration. Und der Führer

der traditionell rechten Seeleute- und Hafenarbeiter-Gewerkschaft, ein Typ namens Eric Pierre, hielt eine Rede, in der er die Führung der Grenadischen Lehrgewerkschaft als Coard-Anhänger angriff.

Das Resultat war, daß der einzige wirkliche Versuch, die Meinung von Grenadiern über die politische Lage und die Besetzung zu erfahren, abgebrochen werden mußte.

Die Führungen der Gewerkschaften im ganze Lande wurden unter Druck gesetzt. Rechte Grenadier, von denen viele eine bestimmte Zeit im Exil waren und die von den USA unterstützt wurden, unternahmen Versuche, die Gewerkschaften zu übernehmen. Sie wollten sie neutralisieren und in proamerikanische oder von den USA kontrollierte Organisationen verwandeln.

Eine große Zahl von US-amerikanischen Vertretern des Amerikanischen Instituts für die Entwicklung freier Gewerkschaften (AIFLD), eine Organisation, die mit der AFL/CIO verbunden ist, organisierten zweiwöchige Seminare, zu denen jedes Mitglied der Führungen sämtlicher Gewerkschaften „eingeladen“ wurde. Dieses Seminar hatte „politisches Denken“ zum Thema.

Ich will ihnen kurz etwas zur Reaktion des grenadischen Volkes in der damali-

gen Situation sagen. Das erste was wir feststellten, als wir ins Land kamen, war, daß alles merkwürdig ruhig war und die Menschen sehr stark zögerten, mit uns zu sprechen. Dennoch schwächte sich diese Atmosphäre der Angst während der Woche, als wir dort waren, ab. Wir sahen in einigen Sektoren der grenadischen Gesellschaft deutliche Zeichen dafür, daß die Leute sehr aufgebracht sind und die US-amerikanische Besetzung ablehnen.

Wir sahen Grenadier, die US-amerikanische Plakate abreißen. Einige weiße Mitglieder unserer Delegation, die für US-Amerikaner gehalten wurden, wurden mit Steinen beworfen. Antiamerikanische und pro-Bishop-Losungen wurden uns an einigen Orten im Land zugerufen. Als wir in Grenada waren, begannen Leute in St. George's Bishop-Abzeichen zu tragen.

Die einzige progressive Organisation, die in dieser Situation der Besetzung, der Spannung und Angst zu entstehen begann, war die Maurice-Bishop-Gedächtnisstiftung, die Leute wie Kenrick Radix, George Louison und andere aufbauen (siehe AIB 3/1984, S. 37; d. Red.). Außerdem wurden in der Gewerkschaftsbewegung einige Schritte unternommen, um Widerstand gegen das, was im Land geschieht, zu organisieren.

horizont

Sozialistische Monatszeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft

weltweit informativ konkret lebendig

Kupon

- Ich möchte „horizont“ zum Jahresabonnement von 15,60 DM zzgl. Portogebühren von 2,40 DM beziehen.
- Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Wohnort _____



„horizont“ vermittelt Ihnen Interessantes und Wissenswertes aus allen Kontinenten

Journalisten aus der DDR und anderen Ländern informieren Sie in Tatsachenberichten, Reportagen und Dokumentationen zu Fragen der internationalen Politik und Weltwirtschaft.

Übersichten, Grafiken, Karten, Schaubilder und Diagramme ergänzen Ihre Nachschlagwerke.

Direktversand ab Berliner Verlag

Senden Sie den Kupon als Bestellung an Gebr. Petermann Buch + Zeitung international Kurfürstenstraße 111 1000 Berlin 30 Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden. Berliner Verlag DDR - 1026 Berlin Karl-Liebknecht-Straße 29

Erklärung der FMLN/FDR zur Präsidentschaftswahl vom 5. 3. 1984

Die Präsidentschaftswahlen vom 25. März 1984 ähnelten den vorausgegangenen salvadorianischen Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vom März 1982 (siehe AIB 5/1982, S. 4-6) in fast allen Belangen: offenkundige Wahlbetrügereien, Kopfkopf-Rennen zwischen dem christdemokratischen Kandidaten José Napoleon Duarte, dem Führer der ultrarechten Republikanisch-Nationalistischen Partei (ARENA), Ex-Major Roberto D'Aubuisson, und Francisco José Guerrero von der konservativen Nationalen Versöhnungspartei (PCN), Ausschluß der Linksoption. Die Bonner FMLN/FDR-Vertretung hat in der hier dokumentierten Stellungnahme vom 2. April d.J. die Wahl als politischen Fehlschlag für die USA gewertet. Eine unabhängige bundesdeutsche Beobachtergruppe verweist in ihrem Bericht vom 29.3.1984 (Ergebnisse siehe Kasten) darauf, daß die Wahlen weder frei noch allgemein, geheim oder gleich waren. Und, daß von der am 6. Mai d.J. anstehenden Stichwahl nichts anderes zu erwarten steht.

Letztere, die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) und die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR), schätzten den Wahlvorgang von vornherein als Farce und als untauglich für eine Konfliktlösung in El Salvador ein.

Die Bedingungen, unter denen die Wahlen stattfanden, ihre Durchführung und ihr Ergebnis bestätigen eindeutig unsere Einschätzung. Die Veranstaltung ist angesichts der Friedenssehnsucht aller Salvadorianer eine Verhöhnung des Volkes. Der erste Wahlgang zur Feststellung des nächsten Regierungschefs El Salvadors fand am 25. März 1984 statt. Die Reagan-Administration organisierte und förderte diese Wahlfarce mit 10,5 Mio Dollar und Vertreter der US-Administration waren die ersten, die dem salvadorianischen Volk „den Sieg der Freiheit über die Tyrannei“ bescheinigten und vermieden, über die tatsächlichen Geschehnisse zu sprechen, denn sie interessierten sie nicht. In der Bundesrepublik

waren konservative Journalisten gleich derselben Meinung.

Doch unter den gegenwärtigen Bedingungen sind in El Salvador keine freien Wahlen möglich. Die Wahlen selbst stellen keine Lösung des Konflikts dar und die Durchführung und Ergebnisse bestätigten, daß sie nur ein weiteres politisches Manöver der US-Administration sind.

Drei Faktoren beeinträchtigten die Durchführung der Wahlen, was die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse in Frage stellt.

Die für die Wahltage von den Regierungstruppen organisierten militärischen Operationen gegen die FMLN mit dem Ziel Gebiete zurückzuerobern, um dort die

Durchführung der Veranstaltung zu ermöglichen, führten unweigerlich zu schweren Zusammenstößen zwischen der Armee und der FMLN.

Die FMLN/FDR hatte bereits Wochen vorher bekräftigt, daß die Wahlen selbst kein militärisches Ziel darstellen, sondern daß die FMLN vor, während und nach den Wahlen kämpfen würde. Die von uns durchgeführten militärischen Operationen trafen militärische Ziele, wie die Zerstörung von einem Militärflugzeug in San Miguel am 23. März d.J., das laut der internationalen Presse Hunderte von Wahlurnen transportierte; die Nichtduldung der Farce in den von uns kontrollierten Zonen und Sabotageakte gegen wichtige militärische und wirtschaftliche Zentren.

In den von der FMLN politisch-militärisch kontrollierten Gebieten fand dann die Wahlfarce nicht statt. Die Gemeinden hatten demnach keine Wahlurnen, wie die Ergebnisse des Zentralwahlrates (CCE) in San Salvador später bestätigten. In der Presse war das bis hin nach Washington schon lange kein Geheimnis mehr. In der Pressekonferenz der Christdemokratischen Partei El Salvadors bestätigte der Generalsekretär Rey Prendes, daß selbst in San Miguel (drittgrößte Stadt des Landes) 40% der Wahlberechtigten ihre Stimme nicht abgeben konnten.

Das Land hat 261 Gemeinden. Jede Gemeinde entspricht einem Wahlbezirk. In der Provinz Chalatenango wurde in 30 der 33 Gemeinden, in der Provinz Morazan in 19 der 26 Gemeinden nicht gewählt. In der Provinz Usulután in 8, in der Provinz San Miguel in 13, in der Provinz La Unión in 6, und in weiteren auf dem ganzen Land verteilten 23 Gemeinden wurde auch nicht gewählt. Insgesamt in 89 der 261, also in mehr als einem Drittel der Wahlbezirke, war kein Wahlvorgang möglich. Von allgemeinen Wahlen kann keine Rede sein.

Die Wahlen fanden inmitten eines so-



„Deine Stimme zählt nicht!“ Losung der FMLN

wohl organisatorischen als auch technischen Chaos statt. Es ging soweit, daß der Zentralwahlrat am Nachmittag des Wahltages die Anordnung gab, daß jeder wählen durfte, wo er wollte, sofern er im Besitz eines Personalausweises war.

Denn das in den letzten Tagen in aller Eile erstellte Wahlregister erwies sich als unzulänglich und zu kompliziert für die Bevölkerung, was den Weg für viele Pannen öffnete. Es gab z.B. drei Arten von Wahlurnen: die „Nationalen“, die „Regionalen“ und die „Örtlichen“. In den entsprechenden örtlichen Registern erschienen viele Wählernamen nicht, so daß viele sich für die „Nationalen“ entschieden – die übrigens für die Flüchtlinge bedacht waren und wo man nur mit dem Personalausweis wählen konnte. Viele andere wurden zunächst abgewiesen, ihre Namen erschienen nirgends.

Chaos an den Urnen

Der Zentralwahlrat rief zu einer Pressekonferenz im Sheraton-Hotel in San Salvador zusammen und erklärte angesichts des entstandenen Chaos, daß die „Subversion, Organisationsmängel und das neue System das Chaos verursacht hätten, aber es trotz allem eine faire Wahl war. Die Guerilla hätte Urnen gestohlen – wo sie fehlten –, Wahlzettel wurden mit Fehlziel geleitet und am Wahlabend erschienen Stimmzettel, Wahlurnen und Säcke mit Stimmzetteln an anderen Orten“.

Der Zentralwahlrat schwieg dazu, daß es in vielen Orten überhaupt keine Wahlurnen gab, oder nicht mal das Register bekannt gegeben wurde. Der Gipfel war es, daß die Standorte der Wahllokale in der Hauptstadt einen Tag vor der Wahl bekannt wurden, und daß einige am Wahltag geändert wurden.

Die kleineren Parteien wollten die Wahlen anfechten, denn sie zeigten mindestens 100 Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung. Sie mußten offensichtlich auf Druck der US-Regierung zurückstecken, und die Anträge zurücknehmen. Einige Mitglieder der Parteien, klagte der Zentralwahlrat, haben sich in einigen Orten einem Boykott, wie die Guerilla ihn durchführte, angeschlossen.

Andererseits kommen die Zentralen der großen Parteien mit eigenen Ergebnissen heraus, die nicht der Wirklichkeit entsprechen und Durcheinander verursachen. „Einige voreilige Kandidaten“ – so der Zentralwahlrat weiter – „sprechen bereits von Betrug.“ Das galt in erster Linie für Duarte, der am 26. März gegenüber der internationalen Presse von Fälschung und Unregelmäßigkeiten vor allem in der Hauptstadt sprach, weswegen er die absolute Mehrheit verfehlt habe.

Joaquin Villalobos

Die Wahlen – ein Tag mehr im Krieg



Guerillero vor einem verminten Straßenstück. Rechts: J. Villalobos

Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen bewertete Joaquin Villalobos, einer der fünf Generalkommandanten der FMLN und Führer des Revolutionären Volksheeres (ERP), das Wahlgesehehen aus der Sicht der Guerilla. Wir bringen Ausschnitte aus seinem Gespräch mit Radio Venceremos.

Wir haben klar gesagt, daß die Wahlen für die FMLN kein wichtiges politisches Ereignis sind. Wir boykottieren keine Wahlen. Wir führen Krieg.

In El Salvador herrschte schon Krieg, bevor ihnen eingefallen ist, ein Wahlprojekt durchzuführen. Wenn sich die Regierung und der Imperialismus entscheiden, unter den herrschenden Kriegsbedingungen Wahlen durchzuführen, ist das ihr Problem. Der Krieg wird diese Wahlen natürlich behindern. Wir werden den Krieg nicht stoppen, um ein imperialistisches Projekt zu begünstigen.

Für die FMLN ist es uninteressant, was die Diktatur bezüglich tausenden von Wählern, langen Schlangen vor den Wahllokalen und ähnlichen Dingen sagt. Wir wissen, daß sie über Mechanismen und Druckmittel verfügen, um die Leute wählen zu lassen. Uns ist gleichgültig, was sie der Welt am Wahltag vorführen.

In einer hohen Zahl von Dörfern wird es keine Wahlen geben, Hunderttausende werden nicht zur Wahl gehen, weil sie sich bereits nicht mehr unter der Kontrolle der Diktatur befinden, sondern entweder unter dem völligen Einfluß der FMLN stehen oder die Kontrolle über diese Gebiete wechselt.

Auf lange Sicht sind die Wahlen nicht nur als Strategie gegen die FMLN unnützlich, sondern werden den Feind in eine tiefe Machtkrise stoßen. Das sind in Wirklichkeit die Auswirkungen und das Wichtige an den Wahlen.

Erinnern wir uns an den 28.3.1982, wo man der Welt ebenfalls lange Schlangen vor den Wahllokalen gezeigt hat. Dort wurden die gleichen Mittel, die gleiche Repression angewandt. Es wurde gesagt, das Volk lehne die FMLN ab, die Wahlen seien ein Vernichtungsschlag gegen uns. Heute, 2 Jahre später sind wir viel weiter vorangeschritten. Die Armee ist auf dem Weg, den Krieg zu verlieren, und allein schon die imperialistische Intervention, deren Entscheidung immer klarer wird, mit Truppen direkt zu intervenieren, zeigt, daß nicht wir es sind, die zurückweichen. Diejenigen, die zurückweichen, sind sie. Der Krieg schreitet voran.

Das sollte man in Rechnung stellen, wenn man einschätzen will, ob die Wahlen ein Projekt darstellen, das Wert für El Salvador hat oder nicht.

Für uns sind sie ein Tag mehr im Krieg.

Anscheinend sorgt sich die US-Administration sehr um die Durchführung der Wahlen. Um sie zu garantieren, wurde ein Plan entwickelt, uns mit aktiven Mitteln zu erpressen. Nach uns vorliegenden Geheimdokumenten, stellt dies den ersten Teil des Plans einer direkten Intervention dar.

Frech sprechen sie von Hunderten von Spionageflügen von US-Kampfflugzeugen über unsere Positionen in den kontrollierten Gebieten, von der Möglichkeit massiver Luft- und Wasserbombardierungen gegen unsere Stellungen, von der Präsenz von 2.000 Soldaten, die an der Grenze zwischen Honduras und El Salvador Manöver durchführen würden.

Nach den Einschätzungen der Reagan-Administration sollten wir, durch all dies eingeschüchtert, die Durchführung der Wahl respektieren und uns aus Angst vor der Intervention zurückziehen.

Angesichts der Erpressungen und Drohungen der US-Administration muß eine Sache klar sein: Wir lassen uns nicht durch die Kanonenbootpolitik der US-Administration nicht beeindrucken; und wenn die Politik der USA darauf angelegt ist, uns einzuschüchtern, so erreicht sie in Wirklichkeit das genaue Gegenteil.

Die aktuelle Kriegspolitik der nordamerikanischen Administration kann sich nur ändern, wenn sie ihre Logik ändert, sie sei in der Lage, auf der Basis von Druck und Erpressung Siege zu erringen. Die libanesischen Patrioten gaben die angemessene Antwort auf die US-Außenpolitik. In El Salvador wird die US-Administration die gleiche kämpferische Situation vorfinden, wenn es nötig ist.

Wenn die Reagan-Administration mit der Intervention droht, muß sie sich bewußt sein, daß wir uns nicht niederknien werden, um sie zu verhindern.

Wir sind bereit, ihr entgegenzutreten und die Aggression zu besiegen, wenn sie sich entschließen, sie durchzuführen.

(Quelle: Internationaler Pressedienst von Radio Venceremos, April 1984)

Bericht zur Märzwahl 1984

Eine unabhängige bundesdeutsche Delegation, der der Theologieprofessor N. Greinacher, der Rechtsanwalt H.H. Heldman und der Journalist Th. Hellmann angehörten, weilte vom 18.-28. März d.J. in El Salvador. Sie führten Gespräche mit Parteien-, Kirchenvertretern u.a. und beobachteten den Wahlvorgang am 25. März in der Hauptstadt wie in sieben Provinzen El Salvadors. In ihrem 30seitigen Bericht vom 29.3.1984, den sie im Auftrag von *terres des hommes*, *medico international* und der Christlichen Initiative El Salvador verfaßten, gelangen sie zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Wahlen des Jahres 1984 stehen in Kontinuität mit allen Wahlen nach 1931. Die das Volk beherrschenden gesellschaftlichen Kräfte, nämlich Oligarchie und Militär, die in der Vergangenheit die Wahlen massiv manipuliert hatten, haben von ihrer unterdrückenden Gewalt und Gewalttätigkeit nichts verloren.

2. Die Unterdrückung hat sich seit 1979/80 vielmehr verschlimmert durch den perma-

nenten Ausnahmezustand und die Ausweitung des Bürgerkrieges.

3. Der Ausnahmezustand hat hier und heute die Beteiligung relevanter politischer Kräfte an dieser Wahl verhindert. Der Bürgerkrieg hat einen Teil des Volkes (Bewohner der von der FMLN kontrollierten Gebiete und die Bürgerkriegsflüchtlinge) von der Wahl ausgeschlossen.

4. Ohne die verstärkte militärische und wirtschaftliche Unterstützung der USA hätte die Bürgerkriegssituation diese Wahl unmöglich gemacht.

5. Diese Wahl entbehrt zureichender Rechtsgrundlage, weil es keine demokratisch und rechtsstaatlich zustandegekommene Gesetzgebungsversammlung gibt, die für die Wahlgesetzgebung kompetent gewesen wäre.

6. Unsere Beobachtungen am Wahltag selbst beweisen, daß die Wahl den Anforderungen der salvadorianischen Verfassung nicht entspricht. Sie war nicht allgemein, weil ein Teil des Volkes an den Wahlen zurückgewiesen worden ist. Sie war nicht frei, weil viele

Bürger aus Angst vor Repressionen zur Wahl gegangen sind. Sie war nicht gleich, weil die staatlich organisierte oder zugelassene Unterdrückung den Wettbewerb der politischen Kräfte verhindert hat. Sie war nicht geheim, weil die Stimmabgabe kontrolliert werden konnte und in vielen Fällen kontrolliert wurde.

7. Unter den beobachteten Umständen können wir diese Wahl nicht anders würdigen als einen Versuch, die offenkundigen Defizite an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu vertuschen. Die Lösung des Konfliktes in El Salvador können wir nur sehen im Dialog im Sinne von Verhandlungen zwischen den Bürgerkriegsparteien.

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland muß unserer Überzeugung nach darauf gerichtet sein, ausschließlich verhandlungsbereite Kräfte zu unterstützen. Die FDR/FMLN hat für Verhandlungen am 31.1.1984 ein umfassendes Angebot unterbreitet. Die Katholische Kirche ist zur Vermittlung bereit.



Verfrühter Jubel Duartes

Das „Endergebnis“ des Zentralwahlrates wurde nun am 1. April bekanntgegeben: Abgegebene Stimmen 1.370.473 (= 72% der Wahlberechtigten)

Gültige Stimmen 1.266.276

Ungültige Stimmen 109.557

Enthaltungen 41.736

Nicht anerkannte Stimmen 6.924

Die gültigen verteilen sich wie folgt:

PDC 43,41%

ARENA 29,76%

PCN 19,31%

AD 3,46%

Die restlichen 4% verteilen sich auf die vier Parteien: PAISA, PPS, MERECEN und POP. Das Zählen dauerte eine Woche lang, ein seltsamer Vorgang, wenn man bedenkt, daß die Stimmen per Computer gezählt wurden.

Die Wahlen haben nicht, was sich die Reagan-Administration gewünscht hatte, klare Verhältnisse geschaffen. Sie sind praktisch ein politisch-militärischer Fehlschlag der US-Regierung, denn sie zeigen:

• Unsere politisch-militärische Stärke.

Die von uns kontrollierten Gebiete haben seit der Wahlfarce vom März 1982 – wo die US-Administration uns als politisch erledigt abstuft – zugenommen. Die FMLN/FDR befindet sich auf dem Vormarsch. Ohne uns ist keine Lösung des Konflikts möglich.

Ein Fehlschlag für Reagan

• Die Widersprüche zwischen dem von den USA favorisierten Duarte und seinem Widersacher, dem Chef der Todesschwadron und Vertreter der Oligarchie, Major D'Aubuisson, werden bis zum nächsten Wahlgang ohne Zweifel innerhalb der herrschenden Schichten zu kritischen Konflikten führen.

• Die Armee war nicht in der Lage, uns durch die Wahlen eine politische und durch ihre militärischen Operationen eine militärische Niederlage zu bereiten. Ganz im Gegenteil, sie mußte erhebliche Verluste hinnehmen.

Die Wahlen können das eigentliche Ziel der US-Administration vor der Weltöffentlichkeit nicht verdecken: den salvadorianischen Konflikt militärisch lösen zu wollen.

Die FMLN/FDR stellt fest, daß die Wahlen zu Ende gegangen sind, weil sie angefangen haben: mit einer großen Propagandakampagne seitens der US-Regierung und der mit ihr kooperierenden Presse. Die Kampagne entspricht dem Wunsch, einem national und international abgenutzten Regime Anerkennung zu verschaffen, um eine mögliche Invasion als Teil ihrer militärischen Lösung in El Salvador zu erleichtern.

Die FMLN/FDR hat wiederholt ihre Bereitschaft zu einem gerechten Frieden

unterstrichen und schlägt vor, einen Dialog mit allen politischen Kräften des Landes zu führen mit dem Ziel, eine provisorische Regierung mit breiter Beteiligung zu bilden, die sich auf eine Plattform stützt, in der die Aufgaben enthalten sind, die aufgenommen werden müssen, um die jetzige Krisensituation zu überwinden und durch die unser Volk die Möglichkeit erhält, einen Prozeß von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen fortzusetzen, um eine wirklich gerechte Gesellschaft aufzubauen, wo freie und allgemeine Wahlen durchgeführt werden können.

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

herausgegeben von Georges Labica
unter Mitarbeit von Gérard Bensussan
Herausgeber der dtsch. Fassung
Wolfgang Fritz Haug
Titel der Originalausgabe
Dictionnaire Critique du Marxisme
Presses Universitaires de France, Paris 1982
ISBN 3-88619-033-1

Im Oktober 1983 erschien der erste Band der deutschen Ausgabe des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus. Das Gesamtwerk soll bis Ende 1985 geschlossen vorliegen. Es wird aus zwei Teilen bestehen:

1. Die deutsche Übersetzung des Dictionnaire critique du marxisme, das 1982 von Prof. Georges Labica (Universität Paris X) unter Mitarbeit von Gérard Bensussan im Verlag der Presses universitaires de France herausgegeben worden ist. Die Übersetzung beruht auf der in Vorbereitung befindlichen verbesserten und wesentlich erweiterten zweiten Auflage. Sie erscheint in 7 Bänden zu je ca. 200 Seiten bis Ende 1984. Über 60 marxistische Wissenschaftler Frankreichs, aus unterschiedlichen Generationen und von unterschiedlicher politischer Orientierung, bearbeiten über 400 Begriffe der marxistischen Theorie.

2. Im Anschluß sollen 2 bis 3 Ergänzungsbände zur deutschen Ausgabe erscheinen. Die behandelten Stichwörter werden teils Lücken des französischen Werks ausfüllen, teils ergänzende Aspekte zu bereits behandelten Stichwörtern hinzufügen. Das Konzept der Ergänzungsbände ist noch in Entwicklung. Anregungen sind willkommen.

Das Subskriptionsangebot gilt bis 30. September 1984. Die Subskription verpflichtet zur Abnahme des Gesamtwerks.

Ausgabe in 17z Broschur: Subskription 19,80 DM pro Band (später 24,-), Leihenausgabe 29,80 DM (später 34,-).

Pressestimmen

«Dieses Wörterbuch bereichert beträchtlich die verfügbaren Mittel einer seriösen Kenntnis des Marxismus.» Lucien Séve in «Le Monde»

«... liest sich so spannend wie ein Geschichtsbuch.» Liberation

«Kurz, eine Summe, die man unbedingt in den Händen haben muß, wenn man es Welt des Marxismus verstehen will. Nicht nur ein Wörterbuch, sondern ein Ganzes das es bis heute noch nicht gab.» La gazette

«... ein unentbehrlicher Instrumentenkasten für die 80er Jahre» Frieder O. Wolf «Moderne Zeiten»

Fordern Sie den ausführlichen Sonderprospekt zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus an.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/46190

Neue Taschenbücher bei Röderberg

RÖDERBERG



JOSEPH PISCHEL

Lion Feuchtwanger

BIOGRAFIEN

RT 120
Joseph Pischel
LION FEUCHTWANGER
Versuch über Leben und Werk
264 Seiten, 69 Abb., 8.-- DM

Der Literaturwissenschaftler J. Pischel zeichnet das Bild des großen Romanciers, Dramatikers und Novellisten, seinen "argen Weg der Erkenntnis" vom bürgerlichen Ästheten zum politisch engagierten Künstler. Frägnante Werkanalysen sowie Vergleiche mit dem zeitgenössischen literarischen Schaffen (H. und Th. Mann, Brecht, Döblin, Fallada, L. Frank, Seghers) erhellen den Wachstumsprozeß von Feuchtwangers (1884 - 1958) weltanschaulichen und künstlerischen Positionen. Die neue Ausgabe berücksichtigt im Biografischen wie im Werkverständnis den neuesten Forschungsstand.

RÖDERBERG

*Das Erscheinen
eines jeden
in der Menge*

Lyrik aus der BRD

Lyrik aus Westberlin

seit 1970

TASCHENBUCH

RT 121
DAS ERSCHEINEN EINES JEDEN IN DER MENGE
Lyrik aus der BRD - Lyrik aus Westberlin seit 1970
264 Seiten, 4.-- DM

30 Autoren sind versammelt, die das Gesicht der westdeutschen Lyrik im letzten Jahrzehnt wesentlich mitbestimmt haben: Andersch, Krolow, Kipphardt, Rühmkorf, Enzensberger, von Törne, Meckel, Haufs, Born, Schütt, Brinkmann, Kiwus, Delius, Ritter, Konjetzky, Krüger, Theobaldy, Krechel, u.a. In ebenso poetischen wie gesellschaftlich relevanten Texten widerlegen sie das Gerede von einer konservativen "Tendenzwende" der Lyrik oder ihrer Flucht in die "Innerlichkeit", fordern und fördern sie das "Erscheinen eines jeden in der Menge".

Diese Sammlung sieht sich als Nachfolge der Anthologie "Denkzettel".

Röderberg-Verlag

Postfach 41 29 6000 Frankfurt/M. 1.



RT 118
VERFOLGUNG - VERTREIBUNG - VERNICHTUNG
Dokumente zum faschistischen Antisemitismus 1933-1945
368 Seiten, 5.-- DM

Am 20. Januar 1942 konferierte am Berliner Wannensee eine Gruppe faschistischer Würdenträger, um sich mit der "Endlösung der Judenfrage" zu beschäftigen. Auf dieser Beratung wurde der Vernichtungsplan für Millionen Menschen erlüttert und das organisatorische Zusammenwirken der Mörder geregelt.

Anhand einer Vielzahl bisher nicht publizierter Dokumente zeigt die Auswahl, die Planmäßigkeit und Kontinuität deutlich, mit der seit dem Machtantritt der faschistischen NSDAP auf den größten Massenmord in der Geschichte der Menschheit hingearbeitet wurde.



Was ist der militärisch-industrielle Komplex?

Victor Perlo

Victor Perlo zählt zu den namhaftesten gesellschaftskritischen Wirtschaftswissenschaftlern in den USA. Er machte u.a. durch Studien über die imperialistische Globalstrategie der USA und über ihr Engagement in Nahost von sich Reden.

Der militärisch-industrielle Komplex (MIK) der Vereinigten Staaten ist der gefährlichste Teil der herrschenden Klasse. Er ist wahnwitzig in seinem Haß auf den Kommunismus und die Arbeiterklasse, zügellos in seiner Gier nach Profiten und zunehmend verzweifelt in dem Maße, in dem das Gleichgewicht der Kräfte sich weltweit zugunsten der Werktätigen, der Friedenskräfte verschiebt.

Es handelt sich um eine Koalition von Rüstungsunternehmen, Oberen des Pentagon, ultrarechten Politikern, fanatischen „Experten“ aus dekadenten Multimillionärsfamilien und Auswanderern aus sozialistischen Ländern, die haßerfüllt auf die Regierungen ihrer Heimatländer sind.

Der militärisch-industrielle Komplex glaubt, daß alle internationalen Angelegenheiten letztendlich nur durch Waffengewalt gelöst werden können, ergänzt durch Mord, chemische und biologische Kriegführung, wirtschaftliche Sanktionen, Erpressung oder Bestechung.

Der MIK betrachtet die Atombombe als

Retter des kapitalistischen Systems, das andernfalls dem Untergang geweiht wäre, und kalkuliert, daß nur sie, die selbsternannten Auserwählten, überleben werden, allerdings als Erben einer — aber kapitalistischen — Welt in Trümmern.

Der Aufstieg des MIK begann während des 2. Weltkrieges. Seither stellt er einen erstangigen Faktor dar, der stetig eine einflußreiche Vertretung in der Regierung der Vereinigten Staaten hat und auf die ideologische Unterstützung eines entscheidenden Teils der Massenmedien zählen kann.

Neues Machtzentrum Kalifornien

Gegenwärtig hat seine Macht in Washington ihren Höhepunkt erreicht. Die Reagan-Administration wird mehr als jede Vorgängerin von dem Komplex beherrscht, dessen Repräsentanten Schlüsselpositionen innehaben und die darum kämpfen, die Zielsetzungen des MIK durchzusetzen.

Die außenpolitische Linie der Reagan-Leute ist wesentlich pronzierter als die vorheriger Regierungen, deren offizielle Position darin bestand, den Atomkrieg zu vermeiden, während man die Voraussetzungen dafür schuf, ihn

föhrbar zu machen. Die Kräfte um Reagan haben ganz offen die Schlagwörter „Mäßigung“ und „Abschreckung“ ersetzt durch die Zielsetzung der „Überlegenheit“ in einem Atomkrieg, d.h. einen solchen „zu gewinnen“.

Der Sieg in einem atomaren Holocaust würde zwar bedeuten, daß Hunderte von Millionen Bürgern der USA und der UdSSR getötet, aber mehr Nordamerikaner überleben würden.

Acht Männer bestimmen den Kern der Außen- und Militärpolitik der US-Administration: Ronald Reagan, George Bush, George P. Shultz, Caspar Weinberger, William Casey, William Clark, James Baker III und Edwin Meese III.

Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert wird die amtierende Regierung nicht von Repräsentanten des Establishments der Ostküste, der Wall Street, beherrscht. Fünf dieser acht Männer vertreten den Komplex aus Hochfinanz und Industrie Kaliforniens, zwei gehören zur Interessengruppe von Erdöl, Elektronik, Rüstungsgütern und Finanzen von Texas, und nur einer kommt direkt von der Wall Street, nämlich Casey.

Das bedeutet nicht, daß der Einfluß der Wall Street weniger bedeutend wäre. Reagan, Bush und Shultz pflegen auch enge Beziehungen zur Wall Street und die Finanzzentren der Ostküste behalten

ihre Macht nicht nur durch direkte politische Vertretung, sondern ebenso durch ihren finanziellen Einfluß auf die Rüstungsindustrie und den Bundeshaushalt.

Kalifornien ist eindeutig der führende Staat in der Produktion von Rüstungsgütern. Und mehrere einflußreiche Berater Reagans sind direkt liiert mit diesen Rüstungsfirmen, seien sie staatlich oder privat. Richard De Lauer z.B., der Millionen machte als Raketenspezialist im kalifornischen Establishment des Unternehmens TRW, ist Staatssekretär für Forschung und Technik im Verteidigungsministerium. Er hat eine Schlüsselposition des Pentagon inne als federführender Beamter für Beschaffungsverträge, und von daher als Hauptbindeglied zu den Waffenproduzenten.

Bushs „Team B“

Zwei der äußerst kriegslüsternten Protagonisten des Rüstungswettlaufs innerhalb der Reagan-Clique – der stellvertretende Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Richard Perle, und der Staatssekretär der Marine, John Lehman – fallen unter diese Rubrik. Als junger Mann war Perle erster Assistent von Senator Henry Jackson, berühmter Verfechter des Kriegskurses, der mehr als irgend ein anderer Politiker dazu beitrug, einen entspannungsfeindlichen Kurs in der amerikanischen Politik durchzusetzen. Zudem ist Jackson (er verstarb noch Ende 1983; d. Red.) ja bekannt als „der Senator der Boeing“, des größten Arbeitgebers seines Staates, nämlich des Bundesstaates Washington.

Perle und Lehman, letzterer Kapitalist aus Pennsylvania, verbindet das Unternehmen Abington, eine Berater- und Lobbyisten-Firma mit Sitz in Washington. Jeder von beiden erhielt mehrere Hunderttausend Dollar 1980 als Honorar von den Rüstungsproduzenten, bevor sie 1981 direkt zur Gruppe von Reagan stießen als wesentlich wirksamere Repräsentanten ihrer alten Klientel.

Lehmann war heftiger Verteidiger einer Marine von 600 Schlachtschiffen und erreichte, daß die Marine den größten Anteil der Zuweisungen an die drei Waffengattungen erhielt. Er träumt von der alleinigen Kontrolle der USA über die Weltmeere und vom Zurückdrängen der sowjetischen Flotte auf ihre nationalen Häfen.

Perle, einer der Hauptarchitekten des Fünfjahresplanes des Pentagon, der auf die Vorbereitung der „Überlegenheit“ im Falle eines Atomkrieges abzielt, bekannte dem Journalisten Robert Scheer: „Immer war ich weniger besorgt darum, was in einem realen atomaren Austausch

passieren könnte, als um die Folgen, welche das atomare Gleichgewicht auf unsere Bereitschaft hat, Risiken in nationalen Situationen auf uns zu nehmen.“ Auf diese Weise, nämlich mit der atomaren Bewaffnung zu drohen – und sie notfalls einzusetzen – hofft er, die Befreiungskräfte von El Salvador bis Südafrika vernichtend zu schlagen. Darüber hinaus gibt es eine direkte materielle Verbindung zum Apartheidstaat. Chester A. Crocker, Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, ist Investor in den Goldminen Südafrikas, schreibt für die südafrikanische Presse und ist zu anderen Zeiten Ratgeber prominenter transnationaler Konzerne für ihre südafrikanischen Investitionen. Die Interessen von Erdöl und Militär waren immer auf das engste miteinander verbunden. Die fünf US-amerikanischen Mitglieder des Kartells der „Sieben Schwestern“ (weltgrößte US-Ölmultis: Exxon, Mobil Oil, Texaco, Standard Oil of California und Gulf Oil; d. Red.)¹ waren die bei weitem größten Nutznießer der nordamerikanischen imperialistischen Expansion und diejenigen, die von militärischer Besetzung am meisten abhängig waren, um die notwendige „Sicherheit“ für ihre Investitionen zu schaffen.

Vizepräsident George Bush und Paul Nitze, Unterhändler der Waffenkontrollverhandlungen, repräsentieren die Verbindung von Erdöl und Militarismus innerhalb der Reagan-Administration. Bush machte ein Vermögen mit texanischem Erdöl und Bankgeschäften, während er seine Verbindungen mit dem Operationszentrum seines verstorbenen Vaters im Establishment der Ostküste aufrechterhielt. (Prescott Bush war Senator von Connecticut, dem Staat mit den höchsten Rüstungsaufträgen pro Kopf.)

Bush, Direktor des CIA unter Präsident Ford (Mitte der 70er Jahre; d. Red.), schickte die berühmte „Gruppe B“ zum Geheimdienst, um die schon ge-

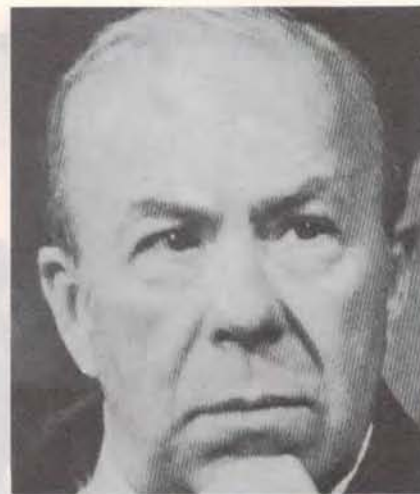


Vizepräsident und EX-CIA-Direktor Bush

fälschten Zahlen des CIA hinsichtlich der sowjetischen Militärausgaben zu verdoppeln. Ziel dieses Manövers war es, dem Pentagon zu ermöglichen, seine außerordentlich überhöht veranschlagten Militärausgaben erfolgreich durchzusetzen.

Nitze gehörte zur „Gruppe B“. Er wurde „bedeutend“, als er in die Familie der Pratt Standard Oil einheiratete. Über 30 Jahre war er ein prominenter Führer der kriegswütigsten Kräfte des Landes. Derzeit ist er einer der Direktoren der Schroders' Inc., New York, Teilhaber einer deutsch-britisch-nordamerikanischen Bankengruppe, die sich dadurch hervortat, daß sie vor und während des 2. Weltkrieges Hitler verteidigte.

Richard Pipe, der als junger Mann aus Polen den Hitler'schen Gaskammern entkam, arbeitete zielstrebig in Washington daran, alle Polen und andere Bürger sozialistischer Staaten mit Atombomben einzuäschern. Pipe, vormals Chef der „Gruppe B“ von Bush, wurde schließlich Mitarbeiter Reagans als UdSSR-Experte. Nach der Versicherung, daß mit 40%



MIK-Männer der Reagan-Administration: v.l.n.r. Weinberger, Shultz, Pipe

Wahrscheinlichkeit ein Atomkrieg ausbrechen werde, sagte er einem Korrespondenten der Washington Post, daß es ihm „wesentlich mehr Sorgen mache, ob seine Kinder vorsichtig fahren und nicht krank würden als ein Atomkrieg“.²

Die Hauptpropagandisten und Protagonisten des MIK sind gegenwärtig Präsident Reagan und Verteidigungsminister Weinberger.

Diese alten „Freunde“, politische Veteranen der kalifornischen Rechten, Multimillionäre, Diener der transnationalen Konzerne (Reagan der General Electric, Weinberger der Bechtel-Gruppe³), wütende Militaristen, antikommunistisch und antisowjetisch, sind außerdem gegen die Arbeiterklasse und offen rassistisch eingestellt.

Ihre politische Linie in internationalen Angelegenheiten verfolgt ein doppeltes Ziel: die imperialistische Expansion in der „Dritten Welt“ mit Waffengewalt durchzusetzen sowie die für einen atomaren Erstschlag notwendige Überlegenheit zu erreichen, um die Sowjetunion und den Weltsozialismus anzugreifen und zu zerstören. Um diese Ziele zu erreichen, lügen sie in unverschämter Weise, setzen sie jegliche Normen in den internationalen Beziehungen außer Kraft, beleidigen und bedrohen sie jeden, der sich ihrer Politik entgegenstellt, und nähern sie sich dem Wahnsinn in ihrer Bereitschaft, die Welt in die Luft zu sprengen, um den Kapitalismus zu retten und den Sozialismus zu zerstören.

Die Außenpolitik des gegenwärtigen Regimes ist im wesentlichen die der einflußreichsten Organisation der Ultrarechten: Des Ausschusses über die vorhandene Gefahr. Unter seinen Mitgliedern finden sich Reagan, Shultz, Casey, Lehman, Eugene Rostow, ehemaliger Chef der Waffenkontrollbehörde und der vor einiger Zeit vorgeschlagene Chef dieser Behörde, Kenneth Adelman, die UNO-Botschafterin der USA Jeane Kirkpatrick, der Hauptunterhändler der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen,

Nitze, und viele andere hohe Funktionäre.⁴

Die beiden größten Projekte – von jeweils mehr als 6 Mrd Dollar – des von Reagan unterbreiteten Militäretats für das Finanzjahr 1984 gehen zugunsten von Waffensystemen für den Erstschlag: die MX und die B-1B.⁵

Ohne die Billigung durch den Kongreß abzuwarten, konstruierte Rockwell International, Hauptvertragspartner für die B-1B, bereits große Arsenale von Teilen und investiert hunderte von Millionen in Unterverträge und Aufträge für Maschinen. Der Direktor des Programms der B-1B, Scott L. White, erklärte: „Wir haben kein Programm für 100 Flugzeuge. Wir hatten einen Vertrag für ein einziges Flugzeug und inzwischen einen Vertrag für sieben weitere.“⁶

Auf diese Weise erhofft Rockwell zwischen den Haushalten für 1983 und 1984 eine Mrd Dollar für jedes Flugzeug zu erhalten.

Kurz nach der Amtsübernahme von Reagan wurden den Firmen von Kalifornien die wichtigsten langfristigen Rüstungsaufträge zugeschanzt: der Rockwell International der Bomber B-1B; der Northrop der Stealth-Bomber (noch ohne Bezeichnung); und einem Komplex mehrerer Unternehmen die MX.

Z.B. Rockwell, Northrop

Gordon Adams führt in seinem Buch über den militärisch-industriellen Komplex, The Iron Triangle (Das eiserne Dreieck) viele der Verbindungen aus Militär, Industrie und Zivilregierung auf. Nehmen wir die Firma Northrop: Während der 70er Jahre verließen 343 Militär- und Zivilbeamte des Pentagon, ferner 17 hohe Funktionäre der militärischen Raumfahrtbehörde, ihre Ämter, um zur Northrop zu wechseln, während 17 Spitzenkräfte der Northrop überwechselten, um diese Militärorgane zu „verstärken“. Sechs der elf Direktoren,

Hauptlieferfirmen des Pentagon



F-18-Montage bei McDonnell Douglas in St. Louis

Von den Milliarden, die die Reagan-Administration für ihr Superaufrüstungsprogramm ausgibt, geht der Bärenanteil an nur wenige Rüstungsunternehmen. So erhielten 25 der größten Vertragsfirmen des Pentagon mehr als die Hälfte von dessen Aufträgen im Fiskaljahr 1983 (Endstichtag 30. September 1983).

Die 10 Firmen mit den größten Waffenlieferungsaufträgen und den Hauptprojekten des Pentagon im Jahr 1983:

General Dynamics: 6,8 Mrd Dollar
Kampfflugzeuge F-16 und F-111; Atomunterseeboote; Tomahawk and Stinger Raketen; M-1-Panzer

McDonnell Douglas: 6,1 Mrd Dollar
Kampfflugzeuge F-18 Hornet, F-15 Eagle, AV-8 Harrier und KC-10; Harpoon Raketen
Rockwell International: 4,5 Mrd Dollar
B-1-Bomber; Elektronik- und Nachrichtenausrüstung; Raumfahrzeuge

General Electric: 4,5 Mrd Dollar
Atomreaktoren für Schiffe; Düsentriebwerke; Trainingseinrichtungen; Teilstücke für ferngelenkte Raketen; Teile für Raumfahrzeuge

Boeing: 4,4, Mrd Dollar
C-135 Stratosphären-Großflugzeuge, B-52- und E-3A-Flugzeuge; AWACS (fliegende Überwachungsstationen; d. Red.); ZAGM-86-Raketensysteme; die Elektronik für die B-1

Lockheed: 4,0 Mrd Dollar
Flugzeuge C-5 Galaxy, C-130 Hercules und P-3 Orion; Raketensysteme Trident und Polaris; Amphibische Landungsfahrzeuge
United Technologies: 3,9 Mrd Dollar
Hubschrauber UH-60 UTTAS, CH-53 Sea Stallion und SH-60 Seahawk; Düsentriebwerke

Tenneco: 3,8 Mrd Dollar
Flugzeugträger; Atomunterseeboote
Howard Hughes Medical Institute: 3,2 Mrd Dollar

(Eigentümer der Hughes Aircraft)
TOW-, Maverick- und Phoenix-Raketen; Radarausrüstung für Flugzeuge F-14, F-15, AH-1J, B-52 und SR-71

Raytheon: 2,7 Mrd Dollar
Raketen Patriot, Hawk, Sparrow, NATO Sea Sparrow und Sidewinder; Elektronik- und Nachrichtenzubehör
(Quelle: U.S. News & World Report, Washington, 12.3.1984)



MIK-Männer: v.l.n.r. Meese, Nitze, Lehmann

einschließlich des Präsidenten des Aufsichtsrates, Thomas V. Jones, haben für das US-Außenministerium (State Department) gearbeitet, für fremde oder US-Militärorganisationen, die alle Käufer der Ausrüstungen der Company sind.

Die wichtigsten Betriebe der Northrop liegen in Kalifornien. Zwischen 1978 und 1980 unterstützte das Unternehmen die Wahlkampagnen der beiden kalifornischen Senatoren, von 26 der 43 Mitglieder des Kongresses, über hundert weitere Kongreßmitglieder einschließlich der Mehrheit der Mitglieder des Komitees der Streitkräfte sowie der Führer der Mehrheits- und der Minderheitsfraktion, ferner acht Präsidentschaftskandidaten, angeführt von Carter und Reagan.

Sie begünstigt in gleicher Weise Republikaner und Demokraten. Außerdem wur-

sind.

Der US-Rüstungsetat überschritt 1978 erstmals die 100-Mrd-Dollar-Grenze mit 105 Mrd Dollar. Im Finanzjahr 1983 werden es mehr als das Doppelte der vorherigen Summe sein, um die 215 Mrd Dollar, und 1988 wird er sich mit 386 Mrd Dollar erneut verdoppelt haben. Und dies noch ohne die weiteren unvermeidlichen Eskalationen mit „exzessiven Kosten“ zu berücksichtigen, wenn das Pentagon nicht gebremst wird.

Doch der Teil des Etats, der die üppigste Gewinnquelle darstellt, Beschaffung, verdreifachte sich nahezu, von 20 Mrd 1978 auf 55 Mrd Dollar 1983 und erreicht voraussichtlich 131 Mrd Dollar 1988 – das Sechseinhalbfache der Summe von 1978.

In den letzten Jahren gab es mehrfach Veränderungen in den Pentagon-Richt-

zum Vorjahr, während andererseits die Profite aller großen Konzerne um 24% fielen.

1982 wurde der Anstieg der Gewinne für die Waffenfabrikanten getrübt durch ihre Verluste im zivilen Bereich als Folge der Wirtschaftskrise. Aber Value Line, ein Investitionsberatungsdienst, schätzt, daß die Gewinne der Gruppe von Unternehmen des Bereichs Luft- und Raumfahrt – im wesentlichen also die Rüstungsproduzenten einschließlich der kleineren Unternehmen innerhalb dieses Bereichs – ansteigen werden: 1983 um 34% und in den 4 Jahren von 1982-86 um 164%.

Die Mehrheit der Rüstungskonzerne sind immense Gewinnquellen für die Direktoren und ihre militärische Klientel. Diejenigen, welche sich die Kontrolle vorbehalten, schöpfen den Rahm des Mehrwerts ab, den sie aus den Arbeitern ziehen, vergeben extravagante Unterverträge an persönlich betriebene Unternehmen und wirtschaften darüber hinaus noch den größten Teil der Pentagon-Milliarden in die eigene Tasche, bevor sie die Dividenden an die Aktionäre auszahlen.

Während der kurzen Entspannungsperiode nach dem Vietnamkrieg (1973-79; d. Red.) ließen die Rüstungsaufträge merklich nach, so daß die Konzerne sich den Luxus kostspieliger Extravaganzen in den Ausgaben, Gehältern, Prämien, Gratifikationen und Bestechungsgeldern für Politiker und Käufer nicht leisten konnten. Einige Gesellschafter wie Lockheed wurden gar zahlungsunfähig, so daß eine Koalition der größten Banken sie aus der Bedrängnis holen mußte.

Um den enormen Anstieg der Notierungen dieser Konzerne an der Börse als Ergebnis der Konfrontationen und der ungebremsten Aufrüstung unter den Regierungen Carter und insbesondere Reagan zu illustrieren, sollen die aktuellen Zahlen mit denen der Baisse der 70er Jahre verglichen werden:



Rüstungsprofitquelle Pentagon

de sie bestraft, da sie 1972 Nixon illegal mit 150.000 Dollar unterstützt hatte. Außer ihrem umfangreichen Personal in Washington nutzt sie die Dienste von 12 Lobbyistenbüros. Sie führt fast allein das gesamte Programm des US-Verteidigungsministeriums (Pentagon) zur Ausrüstung und zum Training der Luftwaffe Saudi Arabiens durch und ist einer der Hauptvertragspartner des geplanten MX-Erstschlagraketen-Programms. Die Gewinne der Rüstungskonzerne sind rapide emporgeschneit als Resultat des enorm gestiegenen Militäretats sowie der wachsenden Gewinnspannen, welche durch die Rüstungsaufträge abgesichert

linien, die dazu bestimmt waren, die Gewinnspannen der Rüstungsfabrikanten zu erhöhen. Diese Politik zahlt sich sicher für die wichtigsten Rüstungskonzerne aus, deren Gewinne bei weitem den Zuwachs der Produktionskosten übersteigen. Die Gewinne der Rüstungsfabrikanten florierten 1982 trotz der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Im letzten Quartal 1982 erhöhten sich die Profite der acht wichtigsten Rüstungsproduzenten (Boeing, General Dynamics, Grumman, Lockheed, McDonnell Douglas, Northrop, Rockwell International und United Technologies) um 23% im Vergleich

Aufschwung der US-Rüstungskonzerne (Börsennotierungen in Dollar, 70er Jahre und 1983 im Vergleich)			
Gesellschaft	Niedrig- stand (70er Jahre)	Aktueller Stand	Unge- fähre Zunahme
Boeing	2,625	41	15 fach
General Dynamics	2,75	46	17 fach
Grumman	7,25	54	7 fach
Lockheed	2,75	104	38 fach
McDonnell Douglas	7,625	53	7 fach
Northrop	4,75	75	16 fach
Rockwell International	9,0	52	6 fach
United Technologies	10,375	69	7 fach

Es gibt einen wachsenden Widerstand angesichts der Gefahr eines 3. Weltkrieges, der Marschrichtung des nordamerikanischen Imperialismus unter dem Regime der Reagan-Leute. In den USA wies die Untersuchung der Harris Organisation nach, daß 6 Monate nach dem Amtsantritt Reagans eine Meinungsumschwung ohne Beispiel gegen ihn stattfand.

Ende 1982 konkretisierte sich das in Form von Widerstand gegen Reagans Kriegspläne. Mehr als 60% der Voten in den Referenden, die im ganzen Land durchgeführt wurden, unterstützten die Resolution zugunsten des Einfrierens der atomaren Aufrüstung, eine außergewöhnliche Mehrheit für einen Gegenstand der amerikanischen Politik, insbesondere, weil -zig Millionen direkt über eine Frage abstimmten.

Der Schaden, den die Militarisierung der Wirtschaft der Arbeiterklasse zugefügt hat, ist für die Mehrheit der Arbeiter offensichtlich geworden.

Gegenwehr mit Massencharakter

Innerhalb des Exekutivrates der Gewerkschaftszentrale AFL-CIO besteht gegenwärtig eine beträchtliche Strömung für den Frieden. Die Internationale Vereinigung der Mechaniker, eine der wichtigsten Gewerkschaften, spielt eine entscheidende Rolle in der „Freeze“-Bewegung. Selbst AFL-CIO-Präsident Lane Kirkland sah sich gezwungen, seine Pro-Pentagon-Position zu verändern.

Der Widerstand gegen die US-Intervention in El Salvador, Nikaragua usw. und die Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung, welche die Grausamkeiten, die vom US-Imperialismus unterstützt werden, auslösen, haben sich vergrößert, wengleich sie noch nicht gut genug organisiert sind.

Es gibt eine breite Massenbewegung gegen die US-Atomkriegspläne in Westeuropa, welche die Anstrengungen Washingtons und seiner NATO-Verbündeten zur Aufstellung von Erstschlagswaffen auf diesem Territorium behindert.

Selbst wichtige Teile der herrschenden Klasse sind zu der Schlußfolgerung gekommen, daß das Reagan-Weinberger-MIK-Team zu schnell zu weit gegangen ist. Sie verlangen etwas geringere Steigerungen der Militärausgaben, unterstützen aber die Kürzungen der öffentlichen Fonds für soziale Sicherheit und Wohlfahrt, was die gesamte Kapitalistenklasse mitträgt.

Sie wünschen ein zurückhaltenderes diplomatisches Auftreten, die Wiederaufnahme der Verhandlungen – und vielleicht des Handels – mit der Sowjetunion in einem Ausmaß, daß die totale Isolierung der USA von ihren Verbündeten vermieden wird. Sie akzeptieren



die Doktrin der „Überlegenheit“ in einem Atomkrieg nicht.

Repräsentanten der Mehrheit der entscheidenden amerikanischen Finanz- und Industrieunternehmen unterzeichneten eine Bekanntmachung dieses Inhalts im Zusammenhang mit der Haushaltspolitik.

Bis vor kurzem war Weinberger der unnachgiebige Strohmännchen des MIK. Aber er verlor das Vertrauen bis hin zum Kongreß, so daß ihn ein Journalist als „erloschenen Vulkan“ titulierte. Inzwischen hat Reagan selbst seine Stelle eingenommen.

Ein Schimmer von Wahnsinn

Theodore H. White, dem Establishment wohlgesonnener Chronist, schrieb kürzlich in einem Artikel über Weinberger: „Sowohl die Kosten wie auch die moralische Ehre, welche die Vorbereitung der Katastrophe wachgerufen hat, haben eine Revolte gegen Weinberger provoziert... Über allem, was über die Raketen der Zukunft gesagt wird, liegt ein Schimmer von Wahnsinn. Was spielt es für eine Rolle, wer zwischen den Ruinen noch am Leben sein wird und wessen Ruinen es wären, die als Wiege der Zivilisation übrig blieben?“

Und er endet mit folgenden Sätzen: „Ronald Reagan und Caspar Weinberger sind beide Politiker. Ihr Programm der strategischen Waffen ist grundsätzlich notwendig als Vorspiel für Verhandlungen. Um sich aus der Position einer Festung zu Friedensverhandlungen zu begeben erfordert mehr als politisches Geschick. Es erfordert staatsmännisches Format.“⁷

Das staatsmännische Format ist jedoch Reagan, Weinberger und den übrigen 51 Mitgliedern des Ausschusses gegen die vorhandene Gefahr, die hervorragende Positionen in der Reagan-Administration einnehmen, ebenso fremd wie dem gesamten militärisch-industriellen Komplex.

Der Friede muß durch geeinte, koordinierte Aktionen einer zunehmend breiteren und militanteren Massenbewegung errungen werden, und zwar an allererster Stelle durch die Massen der Vereinigten Staaten, Wiege nicht nur des mächtigsten und gefährlichsten Imperialismus in der Geschichte, sondern zugleich eines Volkes mit langer Tradition im demokratischen Kampf.

(Quelle: tricontinental, Havanna, Nr. 89, 5/1983, S. 59-68, Auszüge)

Anmerkungen:

- 1) Zu den angloamerikanischen Ölmultis siehe Serie in: AIB 3-5/1980, besonders AIB 3/1980, S. 14-15; d. Red.
- 2) R. Scheer, With Enough Shavels, New York 1982, S.65
- 3) Bechtel, mit Sitz in San Francisco (Westküste), ist die wohl weltgrößte Ingenieurbaufirma der Welt, die u.a. mit Mammutprojekten am Persischen Golf (Saudi Arabien!) Aufsehen erregte. Aus ihr ging neben C. Weinberger auch US-Außenminister George Shultz hervor. D. Red.
- 4) Der Ausschuß gegen die vorhandene Gefahr wurde im November 1976 vom früheren Marineminister Paul Nitze und vom Ex-Leiter der Abrüstungsbehörde unter der Regierung Reagan, Eugene Rostow, gegründet. Sofortanliegen des Ausschusses war es, den sowjetisch-amerikanischen Rüstungsbegrenzungsvertrag SALT II und den Entspannungsprozeß zu Fall zu bringen. Einzelheiten zum Ausschuß siehe bei: R. Scheer, Und brennend stürzen die Vögel vom Himmel, München 1983, S. 66ff.; d. Red.
- 5) Interkontinentalraketen und Langstreckenbomber. Eine Gesamtschau zu Reagans Superrüstungsprogramm zeichnet M.T. Klare in: AIB 11-12/1983, S. 32-34; d. Red.
- 6) Electronic News, 14.2.1983
- 7) New York Times, 6.2.1983

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Das FORUM ist der Rundbrief der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen der BRD und Westberlin, die sich im Bundeskongreß (BUKO) versammeln.

Aufgabe und Ziel dieses Rundbriefes ist es, die Diskussion, den Austausch und die Information der Gruppen zu fördern.

Da das FORUM keine professionelle Zeitung ist (die Herausgebergruppe wird jedes Jahr neugewählt!), ist es immer so attraktiv, brauchbar und interessant wie die Beiträge, die aus den Gruppen eingehen.

Das FORUM erscheint in 12 Ausgaben jährlich, ein Institutionen-, Solidariäts- oder Luftpostabo kostet 50,- DM, ein ermäßigtes Abo 36,- DM.

ja wohl, ich abonniere (50,- DM, 36,- DM) na ja, schickt mal ein Probeheft (1,50 DM in Briefmarken!)

NAMM

STRASSE

PLZ WORTSTRECKE

ausschneiden und abschicken an:

FEA-Verlag · Postfach 21 02 31 · 4040 Neuss 21

Bücher zum Waffenhandel

Nicht immer lohnt es sich, ein Buch noch zwei Jahre nach seinem Erscheinen zu besprechen. Das Thema des Bandes

M. Brzoska/A.A. Guha/Ch. Wellmann, **Das Geschäft mit dem Tod. Fakten und Hintergründe der Rüstungsindustrie**, Eichhorn Verlag, Frankfurt 1982, 186 Seiten, 22,80 DM

ist freilich heute so aktuell wie damals. Er enthält drei Einzelbeiträge zu den Schwerpunktthemen „Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik“ (Brzoska), „Rüstungsexport und westliche Interessen in der Dritten Welt“ (Guha) und „Gewerkschaftliche Interessenvertretung und Arbeitsplätze“ (Wellmann) sowie einen Anhang mit den wichtigsten Gesetzesbestimmungen zum bundesdeutschen Waffenexport, einer umfangreichen Auflistung der größten bundesdeutschen Rüstungsfirmen u.a.m.

Die Beiträge sind von unterschiedlicher Qualität. Am nützlichsten fand ich die Aufsätze von Brzoska und Wellmann, etwas ausufernd und wenig stringent in der Analyse dagegen den von Guha, dessen Bücher über die „Nachrüstung“ (z.B. „Der Tod in der Grauzone“, Frankfurt 1980) hätten mehr erwarten lassen. Brzoska, inzwischen Mitarbeiter am Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI, liefert auf engstem Raum einen äußerst faktenreichen Überblick über die Herausbildung und die Struktur der bundesdeutschen Rüstungsindustrie. Er zeigt, daß die hiesige Waffenbranche ihren vornehmlich technologischen Rückstand gegenüber westlichen Konkurrenten erst in der zweiten Hälfte der 70er Jahre aufgeholt hat. Obwohl immer noch einzelne Lücken bleiben, können heute jedoch die meisten konventionellen Waffensysteme in der BRD entwickelt und hergestellt werden.

Als weitere wichtige Merkmale der gegenwärtigen (insgesamt der 4.) Phase der bundesdeutschen Rüstungsproduktion nennt Brzoska die „(Wieder)Entstehung eines starken politischen Selbstbewußtseins der bundesdeutschen Rüstungsindustrie“ und die „aggressiv betriebene Ausweitung von Rüstungsexporten aus der Bundesrepublik“ (S.15). Trotz der gegenwärtigen Expansionsphase prognostiziert Brzoska für die nächste Zeit eine „wirtschaftliche Klemme“, wie sie die Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik „noch nicht erlebt“ hat. Infolge des Auslaufens der gegenwärtigen Beschaffungswelle der Bundeswehr (Fregattenprogramm, Leopard-II- und Tornado-Produktion) werde es zu einem Beschäftigungseinbruch kommen, der selbst durch eine nochmalige Verdoppelung der Rüstungsexporte nicht aufgefangen werden könne. (S. 44)

Dennoch dürfte der Einfluß der Rüstungsindustrie auf die politischen Entscheidungsfindungsprozesse in Bonn weiter anwachsen. Denn, wie Brzoska detailliert nachweist, hat sie — obwohl die Rüstungsproduktion wirtschaftlich gesehen von untergeordneter Bedeutung in der Bundesrepublik ist und es nur wenige „Nur-Rüstungsproduzenten“ gibt — „durch die Verbindung mit der bundesdeutschen Großindustrie erhebliches politisches Gewicht“ (S. 45).

Materialreich ist auch der Aufsatz von Anton Andreas Guha (Redakteur der Frankfurter Rundschau). Er behandelt einerseits die Rüstungsexportpolitische Praxis der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der offiziellen Deklamationen („restriktive Handhabung“, angebliches Verbot des Exports in „Span-

nungsgebiete“ usw.). Andererseits soll er den globalen Hintergrund für die Militarisierung der Dritten Welt sowie die Auswirkungen dabelbst aufzeigen.

Ärgerlich, weil die Schärfe der Kritik an den imperialistischen Praktiken der Westmächte relativierend, ist Guhas permanentes, jedoch nirgendwo belegtes Insistieren auf Theoremen wie „Blockrivalität“ und „Supermächtepolitik“. Die politische Nähe des Verfassers zu sozialdemokratischen Denkweisen schlägt selbst auf die Kritik an der offiziellen Waffenexportpolitik durch, wo als bedeutendster Mangel ein „verheerender Verlust an Glaubwürdigkeit“ (S. 115) konstatiert wird.

Christian Wellmanns (Mitarbeiter an der FU Berlin) Verdienst ist es, daß er mit Vorurteilen gegenüber den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie und ihren Interessen aufräumt, die auch in der Dritte-Welt- und Friedensbewegung nicht selten anzutreffen sind. Wellmann stellt fest: „In erster Linie sind Rüstungsarbeiter abhängig Beschäftigte in der privat-kapitalistisch organisierten Produktion. Ihr Bewußtsein und ihre Interessen werden vor allem hierdurch geprägt, und insofern gibt es keine Unterschiede zu den Lohn- und Gehaltsempfängern in zivilen Produktionsbereichen. Entsprechend hat auch für rüstungsabhängig Beschäftigte der Erhalt des Arbeitsplatzes eine alles überragende Bedeutung... In der Friedens- und Abrüstungsbewegung wird dies nur ungenügend verstanden.“ Moralische Argumente helfen hier kaum weiter; es bestünde vielmehr die Gefahr, „daß sie als Diffamierung empfunden werden und zum Kommunikationsabbruch führen“ (S. 125).

Wie Wellmann aufzeigt, bietet die Beschlußlage der Gewerkschaften seit 1977 (besonders im IG-Metall-Bereich) vielfältige positive Ansatzpunkte zum Kampf gegen eine weitere

Ausweitung von Rüstungsproduktion und Export. Gleichwohl sei die Gefahr des „Basislobbyismus“, wie er 1975 mit der Bildung eines Betriebsrätearbeitskreises „Arbeitnehmer Wehrtechnischer Unternehmen“ zum Ausdruck gekommen sei, noch keineswegs gebannt (S. 144). Angesichts der zu erwartenden Beschäftigungskrise in der Rüstungsindustrie empfiehlt Wellmann, die Diskussion um Möglichkeiten der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, wie sie in einer Reihe von Rüstungsbetrieben von gewerkschaftlicher Seite initiiert worden ist, weiterzutreiben.

Einer der wenigen Gründe, hin und wieder mal in den Stern zu schauen, ist Wolf Perdelwitz. Zusammen mit Hasko Fischer und unter Mitarbeit von Karl-Günther Barth hat er jetzt eine Artikelserie, die die Illustrierte Ende letzten Jahres veröffentlichte, in erweiterter Form als Buch vorgelegt:

W. Perdelwitz/H. Fischer/K.-G. Barth, **Waffenschmiede Deutschland. Das Bombengeschäft**, Hamburg 1984, 317 Seiten, 18 DM.

Wer bereit ist, über den zuweilen reißerischen Illustrierten-Jargon, in dem das Buch abgefaßt ist, hinwegzusehen, hat hier eine Fundgrube gutrecherzierter Fakten und Stories über die Geschichte der deutschen Rüstungsindustrie, ihre wichtigsten personellen und firmenmäßigen Träger und ihre Geschäfte in aller Welt vor sich. Man merkt, daß die Autoren die Arbeiten, wie sie z.B. vom Hamburger Arbeitskreis „Rüstung und Unterentwicklung“ oder der Bremer Arbeitsgruppe „Abrüstung“ in den letzten Jahren vorgelegt wurden, gründlich aufgearbeitet und ihre Ergebnisse popularisiert haben. Wenn auf diese Weise zur Verbreiterung eines kritischen Bewußtseins gegenüber Rüstungsproduktion und -export der Bundesrepublik beigetragen wird, ist der Zweck der Veröffentlichung voll erfüllt.

Zeitschriftenschau

lateinamerika-nachrichten, Nr. 125/April 1984

CHILE: Pinochet braucht Hilfe ● Der Zaubertrick: Ein Plebiszit ● Wieviel Divisionen hat der Papst? ● Der Kongress der Demokratischen Volksbewegung ● Der Skandal ● Amexo Capuchinos ● Portrait einer chilenischen Familie ● Kultur: Festival für Kitch und Verdrummung ● NICARAGUA: Wahlen: Fortschritt oder Rückschritt? ● GRENADA: Das politische Leben beginnt sich wieder zu formieren ● HONDURAS: Souveränes Land oder US-Kolonie? ● EL SALVADOR: Radios der Revolution ● KOLUMBIEN: 16 Monate Amnestie und noch kein Friede ● ARGENTINIEN: Wölfe richten über Wölfe ● Kultur: Interview mit dem Regisseur Hector Olivera ● PERU: Kolonisation des Amazonasgebiets und indianische Dorfgemeinschaften ● SOLIDARITÄT: Ausdruck neuer chilenischer Kultur: ORTIGA ● REZENSION: Vamos Caminando

Einzelpreis 4 DM; Abo 45 DM

Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

blätter des iz3w, Nr. 116/März 1984

NACHRICHTEN UND BERICHTE: Westpapua, EG-Nahrungsmittelhilfe ● SOWJETUNION UND DRITTE WELT, II. TEIL: Nationalitäten in der Sowjetunion: Koloniales Erbe oder Emanzipation? ● Die sowjetische Intervention in Afghanistan ● Zur Rüstungsexportpolitik der Sowjetunion ● REPRESSION IN DER BRD: Haft und Maulkorb für Journalisten: §§ 129/129a ● NESTLE: Fortsetzung des Nestlé-Boikotts ● UN-Menschenrechtskommission ● BRD-Entwicklungspolitik ● Libanon-Hilferuf

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Mittelamerika-Magazin, Nr. 36/März 1984

GUATEMALA: Kein Ende des bewaffneten Widerstands ● Das neue Armeegesetz ● Die Wiederbelebung der Wirtschaft: Ein Hirngespinnst ● EL SALVADOR: Die Todesschwadronen lassen sich nicht kontrollieren ● NICARAGUA: Wahlen in Nicaragua ● Keine neuen Entwicklungshelfer nach Nicaragua ● Pflanzenschutz zwischen Ökonomie und Ökologie ● Projekt: Biologischer Pflanzenschutz für Nicaragua ● BRD: Bundestag: „Drogenhändler, Geheimpolizisten, politische Gefangene“ ● SOLIDARITÄTSARBEIT: „Matsch, Flöhe, Langeweile“ (Arbeitsbrigaden in Nicaragua) ● Mittelamerika-Solidarität soll kriminalisiert werden ● KULTUR: Zeigen, Dichtung: die Erben Ruben Darios

Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM

Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

ila-info, Nr. 74/März 1984

SCHWERPUNKTTHEMA: Begegnung mit mexikanischen Frauen: Die aufgepeuderte Verheißung materiellen Erfolgs ● „Und diese Ärschin holt uns nicht zur Hilfe!“ ● Frauen in der mexikanischen Revolution ● BERICHTE UND HINTERGRÜNDE: Gespräch mit einem Führungsmittglied der sozialistischen Partei CNR über die chilenischen Oppositionsparteien ● Grenzen und Erfolge der chilenischen Christdemokratie ● Der unaufhaltsame Zusammenbruch der chilenischen Wirtschaft ● Zum Widerstandskampf der Indianer in Brasilien ● Todestag Sandinos ● Bischof Schläfer zu seiner Rückkehr nach Nicaragua? ● El Salvador: Werden die Wahlen verschoben? ● Radios der Revolution: Wie die Guerilla in El Salvador ihren Rundfunk organisiert ● Die Katastrophen von San Salvador ● SOLIDARITÄTSBEWEGUNG: Die Saat der Gewalt: Schreckensurteil gegen Benny Harlin und Michael Klöckner ● Kein Dioxin in Jutetaschen ● Keine neuen Entwicklungshelfer nach Nicaragua ● Aktion Sobradinho ● Brasilien: In der ABC-Region geht's um die 40-Stunden-Woche

Einzelpreis 3 DM; Abo 25,30 bzw. 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Frauen in der Dritten Welt

Zunächst möchte ich Euch sagen, daß ich die neue Form gut finde, besonders die Idee und die „werbetechnische“ Ausführung für den Freiverkauf.

Es freut mich auch, daß Ihr Euch auch mit Themen aus der Kultur beschäftigt. Was allerdings fehlt, sind Informationen über die Situation der Frau in den Ländern der 3. Welt, was eigentlich unverständlich ist, da die Folgen der ständig wachsenden Verelendung in erster Linie Frauen betrifft, u.a. weil in ausweglosen Situationen oft die Männer verschwinden und den Frauen den Kampf ums Überleben für sich und die Kinder überlassen. Dies trifft nicht nur für Länder der 3. Welt zu, sondern z.B. auch für die USA.

Es ist auch wichtig, die Situation der Frauen in den verschiedenen Ländern zu untersuchen, denn angeblich fortschrittliche Länder, die Frauenunterdrückung tolerieren und/oder fördern werden erfahrungsgemäß auch auf anderen Gebieten ihre fortschrittliche Politik nicht beibehalten (Beispiel: Iran, Algerien...).
E. Schneider, Frankfurt/M.

Indien-Assoziationen

Die in AIB 4/1984 (S.58) veröffentlichte Kurzinformation über Indien (Punjab; gewaltsame Zusammenstöße zwischen Sikhs und Hindus) halte ich, vor allem in Verbindung mit dem danebenstehenden Bild („Amristar: Brutale Polizeieinsätze gegen rebellische Sikhs“) für – gelinde ausgedrückt – unglücklich.

Text und Bild lassen nämlich die Assoziation zu, daß es sich bei den separatistischen Bestrebungen der Sikhs und ihrer militanten Führer um eine fortschrittliche, vielleicht sogar unterstützenswerte Bewegung handelt. Die Hintergründe dieses Konflikts werden im Text nur sehr oberflächlich gestreift und Knüttelorgien der Polizei, wie sie auf dem Foto zu sehen sind, wecken natürlich Sympathien für die Zusammengeschlagenen.

Tatsache ist aber doch, daß es sich bei den extremen Nationalisten der Sikhs, die sich den Stimmungen des sozialen Protests der Bauern und unterdrückter Teile der Bevölkerung für ihre Ziele bedienen, um eine kleine, privilegierte Minderheit ländlicher Großbourgeois und

fanatischer Priester handelt, die u.a. bei reaktionären Kreisen der USA großzügige Unterstützung finden. Und eine ebensolche Tatsache ist es auch, daß ihre Forderung nach einem unabhängigen „Khalistan“ Bestandteil eines Planes der Reagan-Administration ist, Indien als eines der führenden Länder der Nichtpaktgebundenbewegung systematisch zu destabilisieren.

Auf diese Zusammenhänge seid Ihr übrigens in einem Indien-Artikel von A. Krajczek und einem Kasten „US-Balkanisierungsplan gegen Indien“ (AIB 4/1983, S. 12ff.) bereits eingegangen. Umso verwunderlicher, daß besagte Kurzinformation im April-Heft d.J. genau diese Zusammenhänge bzw. die erwähnte AIB-Hintergrundeinschätzung unerwähnt läßt und so durchaus Fehlinterpretationen möglich macht.

G. Diederichs, Gießen

Was zum Golfkrieg fehlt

So lobenswert es ist, daß der Beitrag von Naim Baraki und Nima Mina (in AIB 4/84, S. 4ff.) die Engagements und Interessenlage der Westmächte, allen voran der USA, in der Golfregion und die darin ursächlich angelegte Eskalationsgefahr des Golfkrieges mehr oder weniger detailliert belegt, so unbefriedigend ist es, daß die Rolle der Sowjetunion mit keinem Wort auch nur erwähnt wird. Dies ist umso bedauerlicher, als gerade der Golfkrieg in der aktuellen Debatte von der bürgerlichen Presse (und nicht nur von ihr!) als Paradebeispiel für die These vom „Stellvertreterkrieg“ präsentiert wird, der dem „Kalkül der Supermächte“ entspringe (siehe z.B. die „Stern“-Story vom 15. März). In Wirklichkeit freilich ist der Golfkrieg eher als ein Beispiel für einen Konflikt anzusehen, der aufgrund der ihm innewohnenden Eigendynamik von den Großmächten eben nicht vollständig kontrolliert werden kann.

Unter den Interventionsszenarien, die für den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe der USA Gültigkeit besitzen, spielt immer noch jener „worst case“ eine Rolle, die Sowjetunion könnte einen direkten militärischen Vorstoß zu den iranischen Ölfeldern unternehmen. Die Pentagon-Strategen gehen dabei von der inzwi-

schon mehrfach widerlegten Prämisse aus, daß die Sowjetunion spätestens ab 1985 ihren Ölbedarf nicht mehr aus eigenen Quellen decken könne. Tatsache aber ist, daß die irakische Armee aufgrund der früher einmal guten Beziehungen zur Sowjetunion über große Mengen sowjetischer Waffen verfügt und diese auch einsetzt.

Bekanntlich hat die UdSSR diese Waffenlieferungen gestoppt, als der Irak seinen Aggressionskrieg gegen den Iran begann, später – als sich das Kriegsblatt zugunsten des Iran wendete – jedoch wieder aufgenommen (vgl. DVZ/Die Tat, 16.3.1984). Um die zur Erklärung dieses Verhaltens notwendige Argumentationsanstrengung kann man sich aber nicht herumdrücken, indem man so tut, als kämpfe der Irak nur mit westlichem Kriegsgesetz.

Michael Mohnke, Gießen

Nicht nur Ost- und West-Beirut

Kompliment gegenüber der März-Nummer eurer Publikation; die Libanon-Berichterstattung ist ausgezeichnet, dicht und ausführlich.

Besonders freut uns natürlich, daß ihr – im Gegensatz zu den bürgerlichen Journalisten – nicht nur Ost und West Beirut kennt, sondern nicht zuletzt auch Süd Beirut – wo eben 1/4 der libanesischen Population lebt. Aus diesen Vorstädten und Slums gelang der Aufstand, der die Marines zum Abzug zwang und die libanesischen Armee aus den Händen Gemayels löste.

Wie wäre es, ihr würdet in diesem Zusammenhang einmal darauf hinweisen, daß wir die einzige westdeutsche Hilfsorganisation sind, die in eben diesen südlichen Vororten dabei ist, eine medizinische Struktur aufzubauen? Daß wir diejenigen sind, die derzeit unter recht schwierigen Bedingungen beauftragt sind (von libanesischen demokratischen Hilfsorganisationen), die wichtige medizinische Soforthilfe zu leisten?

Das stünde eurer guten Berichterstattung gut zu Gesicht.

H. Branscheidt (medico international),
Frankfurt/M.

Anmerkung der Redaktion: Diesem Anliegen haben wir bereits in AIB 4/1984 entsprochen. Dies konnte H. Branscheidt jedoch nicht wissen, da uns sein Brief vor Erscheinen des April-Heftes erreichte.

Beste 3. Welt-Zeitung

Zum AIB möchte ich Euch gratulieren. Meiner Meinung nach handelt es sich beim AIB um die beste 3. Welt-Zeitung, deren Archiv mir seit Jahren eine nützliche Stütze bei der politischen Arbeit und auch im Studium ist.

Eine Bitte vielleicht: Etwas mehr über die Polisario! Ansonsten weiter so.

C.M. Brenneisen, Hannover

NEUERSCHEINUNG

GRENADA NACHRICHTEN NR. 7/8

INHALT: Zusammenfassung der wichtigsten Redebeiträge von KENRICK RADIX, Minister der Regierung Bishop, auf der 2. bundesweiten Grenada - Solidaritätskonferenz in Hamburg/ Maurice Bishop and the 19. of Oct. Martyrs Foundation gegründet/ Bericht über eine Konferenz der NJM Support Group in London/ "Die zweite Zerstörung der Revolution"- Bericht einer britischen Untersuchungskommission/ "Meinungsumfragen" auf Grenada zur Frage der Wahlen/ Die Militarisierung des Karibischen Beckens/ Ausführliche Dokumentation der Internationalen Presse über die politisch-wirtschaftliche Entwicklung auf Grenada nach der US - Invasion.

Das Heft hat einen Umfang von 56 Seiten im DIN A 4 Format und kostet 6 DM exklusive Porto.

Bezug über: KARIBIK INFORMATIONSZENTRUM HAMBURG, Harnstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50 Tel. 040/ 390 37 45

Anmerkung der Redaktion

Je kürzer ein Brief ist, umso größer ist die Chance, daß er auf dieser Seite veröffentlicht wird. Wir behalten uns gegebenenfalls Kürzungen vor.

Broschüren zu Mittelamerika

„El Salvador: Wo die Zukunft bereits Wirklichkeit wird“, ist eine Broschüre, die die Populär-Kampagne unterstützen soll. Auf 52 Seiten gibt sie ein anschauliches Bild über das Leben in den von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebieten. Besonders beeindruckend sind die Berichte zahlreicher Frauen, die erzählen, wie sie zur Befreiungsbewegung gestoßen sind. Die Broschüre kann beim Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1 bestellt werden und kostet 5 DM.

Mit der Einführungsbrochure zu **Kostarika** „Auf der Suche nach einem Modell“ von Manfred Ernst soll – so der Autor im Vorwort – die irreführende Charakterisierung dieses Landes als „Schweiz Mittelamerikas“ korrigiert werden. Auf insgesamt 68 Seiten gibt der Autor einen historischen Überblick und geht dann in drei weiteren Kapiteln auf die Entwicklung in der Nachkriegszeit, die Krise der bürgerlichen Herrschaft seit 1970 und die Perspektiven der Volksbewegung ein. Die Broschüre kann für 4 DM beim Magazin-Verlag bezogen werden.

Im März d.J. gab die Christliche Initiative El Salvador (Kardinal von Galen Ring 45, 4400 Münster) eine 44seitige Broschüre zum Thema „Wahlen in El Salvador 1984“ heraus. Anhand von 8 Thesen wird die Funktion der Wahlen von 1982 und 1984 ausführlich und detailliert analysiert.

Die Autoren der Broschüre, die auch den Programmorschlag der FMLN/FDR zur Bildung einer provisorischen Regierung enthält, kommen zu dem Schluß, daß nicht die jetzigen Wahlen, sondern nur Verhandlungen unter Einschluß der Befreiungsbewegung zu einer Beendigung des Krieges führen können.

Mittelamerika-Konferenzen

Am 24.-25. März d.J. fand in Münster ein Bundestreffen der Nicaragua-Solidaritätsgruppen statt. Die Teilnehmer beschlossen in einem gemeinsamen Aufruf, die Entsendung von Arbeitsbrigaden nach Nicaragua fortzusetzen. Sie sollen im Norden des Landes Kooperativedörfer wiederaufbauen die von den Contras zerstört wurden, und im Süden zwei Siedlungen für Flüchtlinge errichten, die vor den Söldnern fliehen mußten.

Gleichzeitig machten die Teilnehmer aber deutlich, daß die Aggression der USA sich genauso gegen El Salvador richtet. Aus diesem Grund haben sich die Solidaritätsgruppen vorgenommen, 200.000 DM zu sammeln, die zu gleichen Teilen den Projekten der Nicaragua-Arbeitsbrigaden und der salvadorianischen FMLN/FDR zur Verfügung gestellt werden.

Wie bei diesem Treffen, so war auch am vorausgegangenen Wochenende auf einem Mittelamerika-Hearing der Grünen die Bundesregierung – wegen der Streichung der Hilfe für Nicaragua und der Unterstützung El Salvadors – für die Zuspitzung der Lage mitverantwortlich gemacht worden.

Auf dem Hearing, an dem auch Experten aus den USA teilnahmen, hatte Laurence Birns, Direktor des Rates für Hemisphärische Angelegenheiten (COHA), die Konrad-Adenauer-Stiftung beschuldigt, 1,5 Mio Dollar CIA-Gelder an die Contras in Kostarika weitergeleitet zu haben.

Gefangene in Südafrika

Am Vorabend des 6. April 1984, des fünften Jahrestages der Hinrichtung des südafrikanischen Freiheitskämpfers Solomon Mahlangu, erreichte die Kampagne gegen die drohende Vollstreckung eines weiteren Todesurteils in Südafrika einen ersten Höhepunkt.

Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) überreichte Außenminister Genscher einen Appell an die Bundesregierung, sich gegen die anstehende Hinrichtung Malesela B. Moloises, eines nachweislich unschuldig verurteilten Südafrikaners, einzusetzen. Ferner wird darin die Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika gefordert.

Der Appell (vgl. AIB 3/1984, S. 49) war von 2.992 Personen, darunter zahlreiche Politiker und Kulturschaffende, unterzeichnet. Unterschriftenlisten sind bei der AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1 erhältlich.

In der ersten Aprilwoche zeichnete die Dresdner Bank einen 75-Mio-Dollar-Kredit direkt an die südafrikanische Regierung sowie einen weiteren über 150 Mio Dollar an die südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft ESCOM. Diese Gesellschaft baut Südafrikas Atomindustrie auf, die keiner Kontrollmöglichkeit auf Grundlage internationaler Verträge unterliegt. Während der Jahreshauptversammlung der Dresdener Bank am 25. Mai d.J. werden Apartheidgegner gegen diese erneute Unterstützung Pretorias protestieren.

TAZ und 3. Welt-Zeitschriften

Einen Korb gab die Auslandsredaktion der Tageszeitung (TAZ) den bundesdeutschen Dritte-Welt-Zeitschriften.

Zunächst hatte es in einem Schreiben vom 6.3.1984 geheißen, „daß die TAZ in Zukunft keine Zeitschriftenschau mehr drucken wird, um mehr Platz zu haben für eine inhaltliche Vorstellung und Besprechung der Dritte-Welt-Zeitschriften.“ Diese beiden Kooperationszusagen hatte die TAZ-Redaktion beim Treffen der Dritte-Welt-Zeitschriften vom 28. Mai 1983 abgegeben. Doch dann wurden in einem zweiten Brief der TAZ-Auslandsredaktion, verfaßt am 14.3.1984, auch noch die Zeitschriftenbesprechungen gestrichen. Die Begründung lautet auf einen zu „erheblichen Arbeitsaufwand“, „Funktionslosigkeit“ bzw. Unzumutbarkeit von „Bleiwüsten“.

Die meisten Dritte-Welt-Zeitschriften, darunter auch das AIB, sehen das anders. Sie veröffentlichten seit November 1980 regelmäßig diese „Bleiwüsten“. Sie sehen die Zeitschriftenschau als einen Service für ihre Leser an und fordern von der TAZ, ihren Korb zu rücken.

Ausländerpolitik

Vom 23.-25. März d.J. trafen sich in Frankfurt mehr als 1.000 ausländische und deutsche Frauen, um die besonderen Auswirkungen der Ausländerfeindlichkeit auf die Frauen öffentlich zu machen und Gegenmaßnahmen zu diskutieren. Der Frauenkongreß „gegen die besondere Unterdrückung von ausländischen Mädchen und Frauen“ wurde von zahlreichen Frauengruppen aus den unterschiedlichsten Ländern veranstaltet.

Ihre wichtigsten Forderungen verabschiedeten

sie in einem gemeinsamen Kommuniqué, in dem die Ausländerpolitik der derzeitigen Bundesregierung verurteilt wird. Als Sofortforderungen benannten sie das eigenständige Aufenthaltsrecht und die Arbeiterlaubnis für Frauen in der BRD, unabhängig von ihrem Familienstand. Geschlossen sprachen sich die Teilnehmerinnen für weitere Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen die besondere Diskriminierung ausländischer Frauen aus und richteten eine Koordinationsstelle ein: IAF-AG, Frauenkongreß, Mainzer Landstr. 239-241, 6000 Frankfurt 1

5 Jahre Wissenschaftliches Volksfest 8. bis 11. Juni Henry-Ford-Bau der FU Berlin

Vorlesungen, Erfahrungsaustausch,
Workshops, Theater,
Lieder, Diskussionen ...



VOLKSUNI-Büro
Muthesiusstraße 38
1000 Berlin (West) 41
Tel.: 030/7928920
(Di + Fr 10-16 Uhr)

Aus dem Programm:

- 35-Stunden-Woche. Sinnvolle Produktion. Verkabelung und Heimarbeit. Arbeit als Lebensbedürfnis. Arbeitszeitverkürzung für den Frieden.
- Weiberräte und Frauenliste. Arbeitszeitverkürzung — mehr Freizeit, mehr Privatheit, mehr Familie? Technologietransfer und Frauenausbeutung in der Dritten Welt.
- Strategien für eine neue Mehrheit. Wirtschafts- und Sozialpolitik jenseits des Keynesianismus. Die Grünen — Fundamentopposition oder Juniorpartner der SPD?
- Körperkultur in den sozialen Bewegungen. Technikfaszination, Technikpanik, Utopien. Kulturpolitik zwischen Populismus und Avantgarde.
- Ziviler Ungehorsam. Angst und Politik. Politik mit der Angst.
- Katholische Kirche und Nachrüstung. Computer, Macht und Theologie.
- Waldsterben. Gesundheitliche Folgen des Säuren Regens. BI-Bewegung.
- Ausländerpolitik. Arbeitszeitverkürzung, Arbeitslosigkeit, ausländische Arbeitnehmer und die Gewerkschaften.

Abendveranstaltungen:

Wolf Biermann, Martin Buchholz, George Reis. — Politisches Nachtgebet für Nicaragua. — Fest: viel Kleinkunst, Musik aus dem In- und Ausland, Tanz.

Weitere Informationen erhältlich über die VOLKSUNI-Briefe (10,- DM im Jahr). Ausführliches ProgrammBuch gibt's ab dem 1. Mai. Schlafplätze können über das Volksuni-Büro vermittelt werden.

BUKO

Vom 31. Mai - 3. Juni 1984 findet in Münster unter dem Motto „Zwischen Butten und Brigaden“ der 8. Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO) statt. Der BUKO, ein bundesweiter Zusammenschluß von Dritte-Welt-Gruppen, hatte sich auf seinen beiden letzten Kongressen mit dem Thema „Entwicklung heißt Befreiung“ befaßt. Dieses Jahr geht es vor allem darum, sich kritisch mit den Aktionsformen der Dritte-Welt-Gruppen auseinanderzusetzen.

In insgesamt 15 Arbeitsgruppen sollen u.a. folgende Themen diskutiert werden: Boykott, Alternativtourismus, Kulturarbeit, Patenschaften, Solidaritätsprojekte, Dritte-Welt-Läden, Ausländer, Medienarbeit, Solidaritätsarbeit und Befreiungsbewegung, Kampagnen, direkte Aktionen und Parlamentsarbeit. Parallel dazu finden sechs Workshops zu kulturellen Themen statt.

Veranstaltungen und Diskussionen zum Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen und zur Friedensbewegung ergänzen das Kongreß-Programm.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/393156.

Nahost-Bundestreffen

Eine bundesweite Kampagne mit Unterschriftensammlung gegen die zunehmende militärische Verwicklung der BRD in die Reagan'sche Nahost-Interventionspolitik beschlossen die Palästina-, Libanon-, Nahost-Komitees einmütig auf ihrem letzten Bundestreffen am 24./25. März d.J. in Frankfurt.

Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang vor allem auf das „Wartime Host Nation Support“-Abkommen (siehe: AIB 4/1984, S. 39f.), die zunehmende Funktion der BRD als „strategische Drehscheibe“ für die Schnelle Eingreiftruppe sowie die Bereitschaft der Bundesregierung, logistische Hilfe für die inzwischen zum Abzug aus dem Libanon gezwungene Multinationale (NATO-)Streitmacht (MNF) zu leisten und den libanesischen Präsidenten beim Aufbau einer „Grenzschutztruppe“ zu „beraten“.

Als besonders alarmierend wurde die Tatsache gewertet, daß der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Glanz, bereits 1982 zusammen mit dem Generalstabschef der US-Armee das Vorwort zu dem „gemeinsam entwickelten Konzept 'AirLand Battle 2000'“ (siehe: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 41-44) unterzeichnete. Diese Kriegführungsdoktrin definiert explizit „als Interessensphären der NATO“ u.a.: „Naher und Mittlerer Osten und Persischer Golf“. Vor diesem Hintergrund müsse auch die „Diskussion in den USA über deutsche Soldaten in Nahost“ (Bonner General-Anzeiger, 19.12.1983) gesehen werden.

Die beschlossene Kampagne soll daher dazu dienen, die Friedensbewegung und die Öffentlichkeit insgesamt über diese gefährlichen Tendenzen zu informieren und zeitig den gemeinsamen Widerstand dagegen zu mobilisieren. Vorgestellt und als unterstützenswert erachtet wurden humanitäre Hilfsprojekte der Palästina-Ärztevereinigung, der Libanonhilfe, von Najdeh und der Ghassan-Kanafani-Stiftung.

Uruguay

Mit der Freilassung Liber Seregnis, des „Generals des Volkes“ und Präsidenten des Volkseinheitsbündnisses Frente Amplio (Breite Front), konnte der uruguayische Volkswiderstand einen neuerlichen Erfolg im antidiktatorischen Kampf erringen. Die großen Massendemonstrationen des Vorjahres (siehe AIB 4/1984, S. 59) und der Generalstreik vom Januar 1984 zwangen die Militärdiktatur zu Zugeständnissen. Dem Wahlversprechen für November 1984 folgte die Freilassung prominenter Persönlichkeiten der Frente Amplio, zunächst J. Luis Masseras und dann am 19. März d.J. auch Liber Seregnis.

Im Oktober 1975 war der damals 59jährige General von einem Militärgericht zu 11 Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner Freilassung von tausenden Bürgern Montevideos begeistert begrüßt, zeigte sich Seregnis ungebrochen: „Ich bin älter geworden, aber auch treuer gegenüber meinen Idealen.“ Er wolle aktiv am Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie in Uruguay teilnehmen. Er forderte außerdem eine Amnestie für alle – rund 1.000 – politischen Gefangenen.

Hunderttausende Demonstranten forderten am 1. April d.J. in Montevideo anlässlich eines nationalen Protesttages u.a., daß die Dekrete der Diktatur abzuschaffen, alle Linksparteien zuzulassen und die verfolgten Oppositionellen zu rehabilitieren seien.

Chile

Am 27. März d.J. beteiligten sich hunderttausende Chilenen am 8. Nationalen Protesttag gegen die Pinochet-Diktatur. Zu dem Protesttag hatten das Nationale Kommando der Werktätigen Chiles (CNT), die Demokratische Volksbewegung (MDP) (siehe: AIB 4/1984, S. 50f.), die Demokratische Allianz (AD) und andere oppositionelle Kräfte aufgerufen.

Dabei kam es zu einer weitgehenden Lahmlegung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Große Protestaktionen und heftige Zusammenstöße der Demonstranten mit einem massiven Aufgebot von Polizei und Militär wurden aus der Hauptstadt Santiago, aus Concepcion, Valparaiso, San Antonio und anderen Regionen des Landes gemeldet. Bei den brutalen Polizei- und Militäreinsätzen sind 6 Menschen getötet worden.

Zwischenzeitlich wurde der Präsident der MDP, Manuel Almeyda, zu einer dreieinhalbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die nach seiner Berufung jedoch auf Bewährung ausgesetzt wurde. Almeyda, der zur Unterstützung des 8. Nationalen Protesttages aufgerufen hatte, war am 15. Februar d.J. unter der Anschuldigung regierungsfeindlicher Aktivitäten verhaftet worden. Am 7. April d.J. wurden außerdem der Generalsekretär der MDP, Jaime Insunza, und Leopoldo Ortega, ein Mitglied der Menschenrechtskommission, des Landes verwiesen.



Liber Seregni nach seiner Freilassung in Montevideo

Kolumbien

Am 1. April d.J. gab der kolumbianische Präsident Belisario Betancur bekannt, daß zwischen der Friedenskommission des Landes und der größten Guerillaorganisation, den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), ein Waffenstillstandsabkommen ausgehandelt wurde. Dieses Abkommen, das auf ein Jahr befristet ist, soll am 28. Mai d.J. in Kraft treten. Ihm trat anschließend auch die kleinere Volksbefreiungsarmee (EPL) bei.

Mit der zweitstärksten Guerillaorganisation, der M-19, die sich im Dezember 1983 mit der FARC auf gemeinsame Verhandlungspositionen geeinigt hatte (siehe: AIB 2/1984, S. 55), finden ebenfalls Gespräche mit dem gleichen Ziel statt. Lediglich eine Fraktion der M-19

und die Nationale Befreiungsarmee (ELN) lehnen eine Verhandlungslösung ab.

Der Waffenstillstand war möglich geworden, nachdem die Armeeführung und der Verteidigungsminister Landazabal Reyes, die die Friedensgespräche des Präsidenten bekämpft hatten, im Januar d.J. ausgewechselt worden waren.

Das Abkommen sieht vor, daß die Guerilleros ihre Waffen behalten dürfen und legale Parteien bilden können. In ihren Operationsgebieten im Westen und Süden des Landes soll eine Agrarreform durchgeführt, sowie die medizinische Versorgung und die Infrastruktur verbessert werden.

Über weitergehende Forderungen der Guerilla, die u.a. eine Reform des politischen Systems betreffen, soll während der Waffenstillstandsperiode verhandelt werden.

Türkei

Am 25. März d.J. war die türkische Bevölkerung zu Kommunalwahlen aufgerufen. Hierzu waren neben den drei bereits zu den Parlamentswahlen vom 6.11.1983 (siehe: AIB 1/1984, S. 11f.) angetretenen Parteien, der Mutterlandspartei (AnaP) des Wahlsiegers Turgut Özal, der Nationalistischen Demokratiepartei (MDP) und der Volkspartei (HP) weitere Parteien zugelassen worden. Es sind dies die extrem rechte Partei des Geraden Weges (DYP), die religiös-konservative Partei der Annehmlichkeit (RP) und die rechte Sozialdemokratische Partei (SODEP). Die Gegner des Militärregimes, darunter die Republikanische Partei Ecevit und die Linksparteien blieben auch diesmal von der Wahl ausgeschlossen.

Die AnaP erhielt 41,5% der Stimmen, während sich die SODEP mit 23,5% als zweitstärkste Partei etablierte.

Im Hinblick auf die Aktuelle Stunde zu den Menschenrechten in der Türkei im Bundestag am 30. März d.J. begrüßte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Kommunalwahlen als weiteren Schritt der Demokratisierung des Landes. Die CDU/CSU-Fraktion sehe dadurch ihre Haltung gegenüber der Türkei bestätigt, die nicht in „Schmähungen“, sondern in „konstruktiver Kritik“ bestünde. Zudem solle die Türkei die seit dem Putsch vom September 1980 gesperrten Sitze im Europarat einnehmen dürfen.

Ende März d.J. bewilligte der US-Senat 215 Mio Dollar Militärhilfe für die Türkei unter der Bedingung, daß Ankara zu Zugeständnissen in der Zypernfrage gemäß den US-Vorschlägen bereit sei. Der türkische Außenminister Halepoglu lehnte diese Bedingungen ab.

Vietnam - China

Am 6. April d.J. drangen mehrere Regimenter der chinesischen Armee in die vietnamesische Provinz Langson vor. Unter schweren Verlusten mußten sie sich anschließend zurückziehen.

Das Vordringen der chinesischen Truppen war der Höhepunkt einer Serie von chinesischen Übergriffen im Frühjahr d.J. auf vietnamesisches Territorium. Bereits am 3. April hatte Vietnam gegen Artillerieangriffe auf seine Nordprovinzen protestiert, die von China als Akte der „Selbstverteidigung“ gegen vietnamesische Angriffe ausgegeben wurden.

„Dies ist ein seit fünf Jahren wiederholtes Manöver Chinas“, — so das vietnamesische Außenministerium — „das dazu dient, die Zusammenarbeit mit den thailändischen Behörden bei der Unterstützung der völkermörderischen Pol-Pot-Banden, gegen das Wiedererstehen des kampucheanischen Volkes und gegen die drei indochinesischen Staaten insgesamt zu verschleiern.“

Das Ziel Chinas ist es, den Pol-Pot-Truppen unter die Arme zu greifen, die durch eine Gegenoffensive der kampucheanischen und vietnamesischen Armeen Ende März d.J. schwer in Bedrängnis gerieten. U.a. verloren sie ihren wichtigen Stützpunkt Tamnak-Jeak. Die mit ihnen verbündeten Streitkräfte Son Sanns mußten am 14. April d.J. ihr Hauptquartier in Ampil aufgeben. Bei den Kämpfen kam es auch zu Angriffen der Truppen Thailands, das den konterrevolutionären Banden Unterschlupf gewährte.

Guinea



Dem Tod Ahmed Sekou Tourés am 26. März d.J. folgte eine gute Woche später der Bruch mit seinem politischen Erbe: Unter Führung des Armeehauptmanns Lasana Conté putschte das Militär am 3. April.

Es löste die Einheitspartei Demokratische Partei Guineas (PDG) sowie die Massenorganisationen auf, suspendierte die Verfassung ebenso wie die Nationalversammlung und ließ die politischen Gegner Tourés sowie andere Strafgefangene aus den Gefängnissen frei.

„Wenn das Werk Ahmed Sekou Tourés auch auf außenpolitischem Gebiet von Erfolg gekrönt worden ist“, hieß es in einer Proklamation des installierten Militärrats zum Wiederaufbau, „so trifft dies auf das Feld der Innenpolitik nicht zu, auf dem ... die Hoffnungen auf eine gerechtere und gleichere Gesellschaft sehr schnell verfliegen sind.“

Das 10-Punkte-Programm des Militärrats orientiert vor allem auf eine „Sanierung der zerrütteten Wirtschaft des Landes“, wo sich Touré bis zuletzt den ihm angetragenen Diktaten des Internationalen Währungsfonds widersetzt hatte. Die Akzente legen die neuen Machthaber jetzt offensichtlich auf die Förderung des „freien Unternehmertums“ und auf die ausländische Beteiligung an der Erschließung der reichen mineralischen Rohstoffe des Landes. Dies jedoch bedeutet vor allem eine noch konsequenter betriebene Fortsetzung jener Westöffnung, die unter Touré bereits seit Ende der 70er Jahre eingeleitet wurde.

Sekou Tourés historisches und bleibendes Verdienst liegt vor allem darin, daß sich unter seiner Führung Guinea als erstes schwarzafrikanisches Land 1958 den neokolonialen Ambitionen der französischen Kolonialmacht erfolgreich widersetzte.

Bangladesh

Die Protestbewegung gegen das in Bangladesh bestehende Kriegsrecht und für die Rückkehr zur Demokratie erreichte am 3. April d.J. einen neuen Höhepunkt. Rund 1 Mio Menschen beteiligten sich in der Hauptstadt Dacca an einer Protestdemonstration. Es war die größte seit der erneuten Aufhebung des Verbots von politischer Betätigung von Ende März d.J. (siehe AIB 1/1984, S. 55).

Vorausgegangen war ein landesweiter Streik am 1. März d.J., die Zurückziehung ihrer Kandidatur bei den Distriktwahlen durch 499 Politiker und schließlich die Verschiebung der

Wahlen auf Anordnung des Staatschefs, General Hussein Mohammad Ershad. Die Oppositionsparteien hatten zum Wahlboykott aufgerufen, da sie weiterhin auf ihrer Forderung nach unverzüglicher Durchführung von Parlamentswahlen bestehen, und zwar vor jeder anderen Wahl.

Der jetzigen Militärregierung unter General H.M. Ershad soll keine Gelegenheit gegeben werden, sich durch eine Wahlfarce eine Machtbasis für weitere Wahlen, insbesondere für die am 27. Mai d.J. vorgesehenen Präsidentschaftswahlen, zu schaffen.

Weitere Forderungen der beiden Oppositionsbündnisse aus 15 bzw. 7 Parteien sind: Die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts, die Wiederherstellung aller Grundrechte, die Beendigung jeglicher Behinderung von politischen Aktivitäten und die Freilassung aller politischer Gefangenen.

Irak-Iran

Ab Mitte März d.J. wurden iranische Soldaten, die schwere Verätzungen und innere Verletzungen aufwiesen, in europäische Kliniken eingeflogen. Nach Aussagen der behandelnden Ärzte in Wien waren sie dem chemischen Kampfstoff Senfgas ausgesetzt gewesen (zu Giftgasen und ihrer Wirkungsweise siehe: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 13ff.).

Nach iranischer Darstellung handelte es sich um Opfer von Giftgasangriffen der irakischen Seite.

Vom 13.-19. März d.J. hielt sich eine UNO-Untersuchungskommission, bestehend aus vier unabhängigen Wissenschaftlern, an der iranischen Seite der Front auf und konnte Spuren von Senfgas und dem Nervengift Tabun nachweisen. Westliche Berichte, die chemischen Gifte seien von der Sowjetunion geliefert worden, haben sich inzwischen als falsch herausgestellt. Stattdessen beschuldigen die USA bundesdeutsche Firmen, die nötige Technologie geliefert zu haben, was seitens der Bundesregierung und der betroffenen Firmen dementiert wurde.

Wenn der Irak Senfgas oder Tabun einsetzt, so stammen die Stoffe, da sie relativ einfach herzustellen sind, wahrscheinlich aus eigener Produktion.



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Spendenaufruf der Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca Eine Druckerei für die Jugend Nikaraguas



Regierungssitz in Managua: Carlos Fonseca (r.), Gründer der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN, als Guerillero gefolgt 1974

Unterstützung beim Bau und der Einrichtung einer Druckerei für die Jugend Nikaraguas – dieses Ziel hat sich die „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“ gestellt.

Eine Druckerei für die Jugend, das heißt die Voraussetzungen schaffen für die Herausgabe von Plakaten, Informationsbroschüren, Zeitschriften für Freizeit und Bildung, didaktischen Materialien und der Zeitschrift der Sandinistischen Jugend 19. Juli „Los Muchachos“.

Eine Druckerei für die Jugend, das ist konkrete Hilfe beim Aufbau des neuen Nikaragua, Unterstützung im Kampf gegen die Propaganda und die Destabilisierungsversuche der US-Regierung und der von ihr finanzierten Konterrevolution.

Die „Sandinistische Jugend 19. Juli“ ging und geht voran im Kampf gegen das Analphabetentum. Dem Einsatz von mehr als 60.000 Jugendlichen ist es vor allem zu verdanken, daß in Nikaragua die Analphabetenrate von 56% im

Jahre 1979 auf 12% im August 1980 sank.

Die „Sandinistische Jugend 19. Juli“ spielt eine große Rolle beim Auf- und Ausbau des Gesundheitswesens, in den Umweltschutzkampagnen sowie in der Produktion.

Die jungen Sandinisten setzen ihre Kraft dort ein, wo sie das neue Nikaragua am dringendsten braucht, bei der Kaffee-Ernte genauso wie bei der Verteidigung gegen konterrevolutionäre Mordbanden und eine drohende Intervention durch den US-Imperialismus.

Die jungen Sandinisten brauchen unsere Solidarität. Vom US-Geheimdienst gesteuerte und finanzierte Banden morden und zerstören. Überfälle und Sabotage führen zu Millionenschäden. Die für die Entwicklung der Wirtschaft so dringend benötigten Jugendlichen müssen das Gewehr in die Hand nehmen, um ihr Land zu verteidigen. Mit politischer Erpressung und wirtschaftlichem Boykott erschweren die USA die Entwicklungsbedingungen. Offen

drohen sie mit Intervention.

Angesichts dieser Situation rufen wir alle Freunde des freien Nikaragua auf

- Übt politische und finanzielle Solidarität mit dem Volk Nikaraguas
- Spendet für die Druckerei der Jugend
- Unterstützt die „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“!

Herbert Mies
Vorsitzender der DKP

Werner Stürmann
Vorsitzender der SDAJ

Bernd Gäbler
Vorsitzender des MSB

Heinz Jürgen Nieth
Sekretär der „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“

Spendenkonto:
„Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“,
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf,
Kto.-Nr.: 10 125 757 00